

Cornelia Rösler (Hrsg.)

Lokale Agenda 21 auf Erfolgskurs

Dokumentation des
4. Erfahrungsaustauschs
beim Deutschen Institut für Urbanistik
am 10. und 11. Juni 1999 in Berlin

Impressum

Herausgeberin:

Cornelia Rösler, Dipl.-Ing.

Sachbearbeitung:

Doris Becker

Redaktion:

Angelika Friederici, Dipl.-Hist.

Textverarbeitung:

Katrin Adam

In dieser Dokumentation wurden namentlich gekennzeichnete externe Beiträge aus Gründen der Aktualität ohne redaktionelle Bearbeitung abgedruckt.

Dieser Band ist auf 100prozentigem Recyclingpapier gedruckt.

Verlag und Vertrieb:

Deutsches Institut für Urbanistik

Postfach 12 03 21, 10593 Berlin

Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

Telefon: 0 30/3 90 01-0

Telefax: 0 30/3 90 01-2 75, Difu Umwelt 0 30/3 90 01-2 41

E-Mail: difu@difu.de

Internet: <http://www.difu.de>

Alle Rechte vorbehalten

Schutzgebühr: DM 30,-

Berlin, Dezember 1999

ISBN 3-88118-296-9

Inhalt

Vorwort	5
Rolf-Peter Löhr	
Begrüßung	7
Jörg Hennerkes	
Begrüßung und Einführung	13
Cornelia Rösler	
Lokale Agenda 21 in deutschen Städten auf Erfolgskurs	
Ergebnisse der Difu-Umfrage 1999 bei den Mitgliedstädten des Deutschen Städtetages	17
Jan Hendrik Trapp	
Lokale Agenda 21 und Projekte mit sozialem Schwerpunkt	31
Hartfried Groksch	
Das Sozialkaufhaus „Brauchbar“ in Würzburg	39
Andreas von der Heydt	
Die „Agenda-Schule“ und „Aktivitäten zur Ausländerintegration“ in Duisburg	47
Jörg Taubert	
Territorialer Pakt für Beschäftigung und Standortsicherung in Berlin-Neukölln	65
Rolf de Vries	
Die Handwerkskammer Hamburg im Agenda 21-Prozeß	
Einsichten, Ansichten, Aussichten – Beispiele erfolgreichen Wirkens	77
Silvia Hesse	
Lokale Agenda 21 in Hannover – im Dialog neue Wege gehen	
Mit der Wirtschaft ins Gespräch kommen	85
Klaus Selle	
Kommunikation, Beteiligung und Kooperation im Rahmen der Lokalen Agenda 21	95
Anhang	
Tagesordnung	113
Teilnehmerliste	115

Vorwort

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST) erstmalig im Jahr 1996 eine Umfrage bei den Mitgliedstädten des DST zum Stand der Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 durchgeführt. Die Ergebnisse machten zum damaligen Zeitpunkt deutlich, daß erst die Hälfte der antwortenden Städte die Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 als ihre Aufgabe erachtete. Schwierigkeiten bei der Einführung und Erarbeitung sahen sie weniger in den Handlungsfeldern, deren Inhalten und Zielen, sondern vielmehr in der Realisierung des Konsultationsprozesses mit der Bevölkerung, den lokalen Organisationen und der örtlichen Wirtschaft. Bis zur zweiten Umfrage im Jahr 1997 stieg die Zahl derjenigen Städte, die in den Prozeß der Lokalen Agenda 21 eingetreten waren, weiter an. Zunehmend wurden politische Beschlüsse gefaßt und Kommunikationsprozesse angestoßen. Immer mehr Städte befanden sich auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21.

Die im Jahr 1999 zum dritten Mal durchgeführte Umfrage zur Einschätzung der Entwicklungsprozesse zeigt, daß sich nunmehr die Mehrzahl der DST-Mitgliedstädte der Lokalen Agenda 21 widmet und in vielen Städten bereits Erfolge durch die Lokale Agenda 21 zu verzeichnen sind: Neue Kooperationspartner wurden gewonnen, gemeinsame Projekte entwickelt und konkrete Maßnahmen ergriffen. Trotz dieser Erfolgsmeldungen besteht weiterhin intensiver Diskussionsbedarf darüber, wie Hemmnisse und Stolpersteine zu überwinden sind und wie der Prozeß der Lokalen Agenda 21 verstetigt werden kann.

Vom 10. bis 11. Juni 1999 fand im Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin der vierte Erfahrungsaustausch zur Lokalen Agenda 21 mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Städten statt. Neben den Ergebnissen der Umfrage 1999 wurden Beispiele aus verschiedenen Städten präsentiert und diskutiert, die sich vor allem auf die Themenfelder „Lokale Agenda 21-Projekte mit sozialem Schwerpunkt“ und „Einbeziehung der Privatwirtschaft in Lokale Agenda 21-Prozesse“ konzentrierten. Darüber hinaus spielten auch die Kommunikations- und Konsultationsprozesse eine bedeutende Rolle. Mit der Wahl dieser Schwerpunkte für den Erfahrungsaustausch sollte deutlich werden, daß im Rahmen der Lokalen Agenda 21 viele Möglichkeiten für die Partizipation unterschiedlicher Akteure und für die Themenintegration von ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten vorhanden sind.

Die vorliegende Dokumentation enthält die Redebeiträge aus dem vierten Erfahrungsaustausch. Sie sollen allen Kommunen, Initiativen und Interessenten zugänglich gemacht werden und damit Anregungen für weitere Diskussionen und Aktivitäten bieten. Wir danken allen Referentinnen und Referenten sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Erfahrungsaustauschs für ihre wertvollen Beiträge und wünschen allen Akteuren viel Erfolg bei ihrer Lokalen Agenda 21.

Dr. Rolf-Peter Löh
Deutsches Institut für Urbanistik

Begrüßung

Guten Tag, meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zum nunmehr vierten Erfahrungsaustausch von Deutschem Städtetag und Deutschem Institut für Urbanistik zur Lokalen Agenda 21, diesmal wieder hier im Ernst-Reuter-Haus, dem Berliner Haus des Deutschen Städtetages.

Wer vor zwei Jahren schon dabei war, wird festgestellt haben, daß draußen immer noch das Bauschild aufgerichtet ist, das auf den Umbau hinweist, den wir hier zum Einzug des Deutschen Städtetages durchführen. Ich kann Ihnen aber versichern, daß wir inzwischen sehr viel weitergekommen sind, auch wenn unten im Foyer immer noch eine Bauschutzwand steht. Aber die ist der Sicherheit geschuldet, denn wir wollen dort am Rand des oberen Teils des Foyers ein Glasgeländer errichten, und ein solches Glasgeländer bedarf der Zustimmung des Landes Berlin (nicht etwa des sonst für alle Baugenehmigungen, soweit sie überhaupt noch erforderlich sind, zuständigen Bezirks Charlottenburg), und die wird nur erteilt, wenn zuvor ein „Pendelschlagversuch“ zur Erprobung der Festigkeit des Glases und seiner Verankerung im Fußboden stattgefunden hat. Der erfolgt in den nächsten Tagen. Ich bin sehr gespannt. Im Bundestag, den wir am Montag besichtigen konnten, sind einige solcher Scheiben schon gesplittert, allerdings nur gewölbte. Solche haben wir nicht; ich bin also guten Mutes.

Das Gerüst außen steht nur noch da in Erwartung der Love-Parade Anfang Juli. Dann werden hier Werbeplakate aufgehängt, gewinnbringend – und zwar für beide Seiten. Solche Lösungen, die allen Beteiligten Vorteile bringen, sind auch in Lokale Agenda 21-Prozessen erstrebenswert. Gerade im Verhältnis zur Wirtschaft, dem Thema, dem Sie sich morgen widmen werden, scheint mir hier ein wichtiger und für viele wohl auch neuer gedanklicher Ansatzpunkt zu liegen. Dabei geht es mir nicht um den Gedanken, daß Ökologie Arbeitsplätze schafft. Dies ist schwierig genug zu erreichen, aber im Zweifel der einfachere Fall, weil er unserem Wachstumsdenken entspricht. Viel schwieriger ist es, der Wirtschaft, so wie sie ist, plausibel und glaubhaft deutlich zu machen, daß sie durch Umweltschutzmaßnahmen Vorteile erzielen kann. Das Öko-Audit ist hier ein Ansatz. Unternehmen sehen, daß sie Kosten sparen, wenn sie sich zum Beispiel energieeffizient und damit auch ökologisch vernünftig verhalten.

Damit sage ich Ihnen sicherlich nichts Neues. Aber worauf es mir ankommt, ist darauf hinzuweisen, daß man auf Vertreterinnen und Vertreter anderer Interessen nicht erfolgreich mit dem Anspruch zugehen kann, man selbst tue etwas Gutes, und der oder die andere müsse sich dem anpassen. Hier wird sofort eine Konfrontation möglich und Kommunikation schwierig. Besser scheint mir, zu überlegen, wie man die andere Seite unterstützen, wie man ihr helfen kann, in ihrem eigenen Interesse und weithin nach der eigenen Rationalität sich ökologisch sinnvoll zu verhalten. Dazu allerdings muß man die andere Seite ein wenig kennen, und man muß ihr zuhören.

Das ist eine ganz alte und keineswegs auf das Verhältnis von Ökologie und Wirtschaft beschränkte Erkenntnis. Sie stammt aus der im Matthäus-Evangelium wiedergegebenen Bergpredigt und lautet dort wie folgt: „Was du willst, das man dir tue, das tu' auch anderen.“ Das ist also nicht der volkstümliche und eher triviale Spruch „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem anderen zu“, sondern der viel anspruchsvollere Ansatz, für andere das zu tun, was man für sich selbst von ihnen erwartet.

Es ist letztlich eine andere ethische und politische Handlungsmaxime, Kommunikation statt Konfrontation, Kooperation statt hoheitlicher Normsetzung, m.E. kein leichter, aber der einzige nachhaltig erfolgversprechende Weg. Natürlich wird man nicht völlig auf Normen und Anordnungen verzichten können, aber der Schwerpunkt wird anders gesetzt. Dies ist übrigens auch weithin der Ansatz des europäischen Rechts, das Verfahren vor Standards setzt.

Die Lokale Agenda 21 mit ihrem Anspruch, nicht nur unterschiedliche Belange zum gegenseitigen Nutzen zum Ausgleich zu bringen, sondern dies auch unter Beteiligung aller Betroffenen, insbesondere der Jugendlichen, zu versuchen, läßt mich hoffen, daß dieses alte Postulat mehr und mehr in unser Denken und Handeln einkehrt.

Das Difu und der Verein für Kommunalwissenschaften, der Rechtsträger des Difu, bemühen sich, ihren Beitrag hierzu zu leisten. Zum Zusammenwirken von Lokaler Agenda 21 und Jugendhilfe werden wir Anfang Oktober eine Fachtagung veranstalten, die sich der aktiven Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Lokale Agenda 21-Prozessen widmet. Auf dieser Tagung werden Jugendliche selbst, aber auch Agenda-Beauftragte, Verwaltung, Politik und Wirtschaft sowie Wissenschaft einbezogen sein. Die Bereitschaft von Politikerinnen und Politikern – die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Dr. Edith Niehuis, wird die Tagung eröffnen –, aber auch von Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, an dieser Tagung mitzuwirken, zeigt, daß der Gedanke der Lokalen Agenda 21 sich mehr und mehr verbreitet und Akzeptanz findet. Ich hoffe, daß die Ergebnisse der letzten Umfrage, die das Difu zuvor schon 1996 und 1997 bei Städten, 1998 bei Landkreisen durchgeführt hat, diese Einschätzung bestätigen. Frau Rösler wird es uns gleich mitteilen.

Gerade zu Anfang dieser Woche hat ein Mitarbeiter des Difu, der übrigens nicht aus dem Arbeitsbereich Umwelt kommt, in Wismar eine große Veranstaltung zum Auftakt eines Lokale Agenda 21-Prozesses und zur Unterzeichnung der Charta von Aalborg moderiert. Er berichtete von großem Interesse an dieser Veranstaltung und vom Engagement der Bürgermeisterin, aber auch von ihrer Überraschung, daß die Charta von Aalborg eine Reihe von Handlungspflichten auferlegt. Bei anderen schon länger laufenden Lokale Agenda 21-Prozessen, etwa in Leipzig, Hamburg oder Berlin-Köpenick, ist das Difu mit fachlicher Begleitung und Moderation verwaltungsinterner Gremien bemüht, diese Prozesse in die richtigen Bahnen zu lenken und überhaupt in Fahrt zu halten. Wir hoffen, daß auch unsere Veröffentlichungen wie etwa der Leitfaden für Rat und Verwaltung „Lokale Agenda 21: Kommunen aktiv für die Zukunft“ dazu beiträgt, die Idee, vor allem aber die Machbarkeit und Nützlichkeit von Lokale Agenda 21-Prozessen für die Entwicklung in Stadt und Land zu verdeutlichen.

Bei der Feier unseres 25jährigen Bestehens im September 1998 war die Problematik nachhaltigen Wirtschaftens einer von vier Diskussionschwerpunkten. Denn die ökonomische Integration der Menschen, also ein gewisser Wohlstand und relative Gleichheit, gilt weithin als die entscheidende Voraussetzung für die politische und soziale Stabilität einer Gesellschaft. Dem erfolgreichen Wirtschaften kommt also für die nachhaltige Entwicklung eine zentrale Funktion zu. Gleichzeitig besteht Einigkeit, daß die Belastung der Umwelt durch unser bisheriges Wirtschaften ein Ausmaß erreicht hat, das energisches

Gegensteuern verlangt, weil sonst letztlich auch der Wirtschaft die Basis wegbricht. Eine Ökologisierung der Wirtschaft ist daher bei gegenseitigem Verständnis zum Vorteil der Wirtschaft wie der Umwelt und der Arbeitsplätze nötig und – das ist das Besondere – eben auch möglich.

Von besonderer Bedeutung ist aber auch die Beachtung der sozialen Implikationen und Anforderungen von Prozessen der Lokalen Agenda 21. Die Beispiele heute nachmittag werden die soziale Dimension der Lokalen Agenda 21 in den Vordergrund rücken. Herr Trapp wird dazu einen einleitenden Überblick geben. Probleme der Stadtentwicklung, die sich aus der sozialen und zunehmend auch räumlichen Polarisierung in vor allem städtischen Gesellschaften ergeben, sind Gegenstand des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, das die Bundesregierung in diesem Jahr auflegen wird. In drei Wochen wird hier im Hause die Auftaktveranstaltung dazu mit dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Herrn Franz Müntefering, stattfinden. Die Bundesregierung greift hiermit eine Initiative der Bauminister des Bundes und der Länder auf, sich mit den Stadtquartieren, in denen sich soziale, aber auch politische und kulturelle Spannungen häufen, im besonderen Maße zu befassen. Das Difu wird dieses Programm begleiten und betreuen und Anstöße für die Entwicklung in ausgesuchten Modellquartieren geben.

Hier bin ich gespannt, ob auch in diesen Quartieren Lokale Agenda 21-Prozesse laufen oder initiiert werden können, denn erfolgreich wird dieses Programm nur sein können, wenn es gelingt, die Kräfte und Kompetenzen der Menschen und Betriebe vor Ort zu wecken und zu bündeln sowie die vielfältigen Handlungs- und Fördermöglichkeiten der staatlichen Stellen zusammenzuführen. Der Ansatz entspricht also weitgehend dem, was Lokale Agenda 21-Prozessen zugrunde liegt, wenn sie nicht lediglich als eine besondere Form von Umweltpolitik verstanden werden.

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, aber zum Beispiel auch der Wirtschaft an Lokale Agenda 21-Prozessen bedeutet, wenn sie ernsthaft betrieben wird, immer auch ein Aufgeben von Macht und Einfluß. Denn Beteiligung ist nur dann wirklich mehr als Prüfen und – soweit es einem als geeignet erscheint – Berücksichtigen der Interessen der Bürgerinnen und Bürger; es bedeutet auch ein Sich-Einlassen auf die wirklichen Bedürfnisse und Lösungsvorschläge der Bürgerinnen und Bürger, ein wirkliches Zuhören einerseits, aber auch ein Helfen bei der Problemartikulation – aber nicht das Ersetzen der Bürgermeinung durch die eigene. Wir werden hören, was Herr Selle morgen dazu vortragen wird.

Der jährliche Erfahrungsaustausch zur Lokalen Agenda 21 ist eine der Formen, mit denen wir Sie als unsere – ich will nicht sagen: Kunden – , als unsere Adressaten und Partnerinnen und Partner bei unseren Aktivitäten, bei der Ausgestaltung und Planung unserer Arbeit im Interesse der Städte und der Menschen beteiligen und damit auf Synergieeffekte für uns alle hoffen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und uns einen fruchtbaren Verlauf dieser beiden Tage hier in Berlin.

Jörg Hennerkes
Beigeordneter des Deutschen Städtetages

Begrüßung und Einführung

Sehr geehrter Herr Dr. Löhr,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch ich darf Sie recht herzlich im Namen des Deutschen Städtetages hier im Ernst-Reuter-Haus, dem Haus des Deutschen Städtetages, begrüßen. Ich freue mich, daß Sie wieder in so großer Zahl zum nunmehr 4. Erfahrungsaustausch über den Stand der Entwicklung zur Lokalen Agenda 21 in den Mitgliedstädten des Deutschen Städtetages zusammengekommen sind. Besonderen Dank möchte ich wieder für die hervorragende Vorbereitung dieses Erfahrungsaustausches Frau Rösler und ihrem Team des Deutschen Instituts für Urbanistik sagen. Dieser Dank gilt natürlich auch für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der nunmehr 3. Umfrage zum Stand der Entwicklung der Lokalen Agenda 21 in den Mitgliedstädten des Deutschen Städtetages. Nach dem 29. April 1996 in Köln, dem 24. und 25. April 1997 in Berlin, dem 29. April 1998 in Köln ist die heutige Veranstaltung der 4. Erfahrungsaustausch zur Lokalen Agenda 21. Wir sind damit in der Lage, eine Zeitreihe aufzubauen, die den gesamten Prozeß der Lokalen Agenda 21 ausgehend von den Beschlüssen von Rio 1992 dokumentiert. Auch an dieser Stelle möchte ich noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen, daß dieser Erfahrungsaustausch exklusiv für unsere Mitglieder ist. Hier soll viel Platz für den Dialog untereinander und für zusätzliche Gespräche darüber hinaus sein. Schon bei der Vorbereitung für diesen 4. Erfahrungsaustausch war uns deutlich, daß wir von den eigentlichen Lokale Agenda 21-Aktivitäten immer mehr zu den umfassenderen Aktivitäten für kommunale Nachhaltigkeitskonzepte kommen müssen. Wir müssen herauskommen aus der Umweltecke, müssen die Anforderungen an einen umfassenden Bürgerdialog im Sinne des Zielvierecks von Rio erreichen.

In einer bundesweiten Betrachtung können wir heute feststellen, daß jeder Ort, jede Stadt seine eigenen Ansätze zur Umsetzung der Anforderungen an eine Lokale Agenda 21 erarbeitet und verwirklicht. Wir dokumentieren vielfältige Prozesse in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. So hat die Stadt Münster bereits seinen großen LA 21-Prozeß in erster Phase abgeschlossen und dazu einen großen Abschlußbericht vorgelegt. In Ratingen z.B. ist dieser Tage erst die Auftaktveranstaltung durchgeführt worden und viele Kreise sind auf dem Weg zu regionalen Nachhaltigkeitskonzepten. Vielerorts wird das Thema Nachhaltigkeit mit der Verwaltungsmodernisierung und den Haushaltskonsolidierungen verknüpft. Gleichwohl beschleicht uns immer noch der Verdacht, daß es sich mit dem Lokale Agenda 21-Thema um ein Gute-Wetter-Thema handelt, das nur dann vollzogen wird, wenn vor Ort es die politischen Rahmenbedingungen und die Problemlagen ermöglichen.

Bundesweit kennen wir etwa 1.000 Ratsbeschlüsse zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21. In Nordrhein-Westfalen sind es allein etwa 150. Gleichwohl sind die Ansätze sehr unterschiedlich: In einigen Städten wird sehr viel Geld ausgegeben, in anderen weniger, in einigen Städten werden die LA 21-Aktivitäten von der Bevölkerung getragen, vielerorts sind es Einzelpersonen, die den Prozeß voranbringen. Insgesamt haben wir immer noch eine große Ungleichverteilung der Aktivitäten zur Lokalen Agenda: Sie findet in den großen Städten statt, weniger z.B. im ländlichen Raum. Inhaltlich sind wir noch nicht so weit, daß die gesellschaftlichen Gruppen, wie wir sie gerne an diesem Prozeß beteiligt

hätten, im nötigen Maße beteiligt sind, wie z.B. die Jugend, die Wirtschaft oder die Verwaltung als Ganzes.

Ich sagte eingangs, wir möchten raus aus der Umweltecke, wir möchten die anderen Tätigkeitsfelder des Lokale Agenda 21-Prozeß verstärkt unterstützen. Deshalb haben wir die bisherigen Defizitfelder des Lokalen Agenda-Prozesses, die sozialen Aspekte und die Integration der Wirtschaft, zum Hauptgegenstand unseres diesjährigen Erfahrungsaustausches gemacht. Wir möchten gute Beispiele zur Nachahmung empfehlen.

Nach der Darstellung von den Umfrageergebnissen 1999 durch Frau Rösler gleich im Anschluß an meinen Beitrag wollen wir uns dann am heutigen Nachmittag insbesondere mit den sozialen Aspekten im Agenda-Prozeß befassen. Morgen steht dann das Thema der Integration der Wirtschaft in den Lokale Agenda 21-Prozeß im Mittelpunkt unseres Erfahrungsaustausches.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wünsche uns einen guten Dialog und viele neue Erkenntnisse aus den unterschiedlichen LA 21-Prozessen in unseren Mitgliedstädten. Beispielhafte Ansätze sollen herausgehoben und zur Nachahmung empfohlen werden. Lassen Sie uns gemeinsam von der Agenda 21 in eine nachhaltige Entwicklung in unseren Städten gehen. Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich darf jetzt Frau Rösler bitten, uns die Ergebnisse der 3. Umfrage zur Lokalen Agenda 21 vorzutragen.

Danke schön.

Cornelia Rösler

Deutsches Institut für Urbanistik

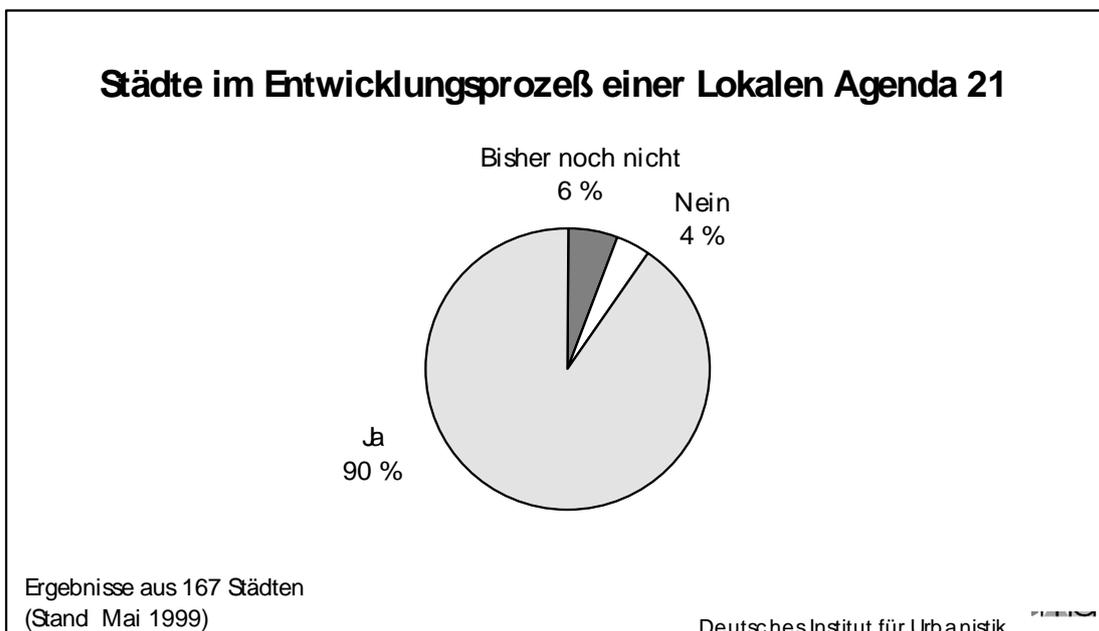
**Lokale Agenda 21 in deutschen Städten auf Erfolgskurs
Ergebnisse der Difu-Umfrage 1999 bei den Mitgliedstädten
des Deutschen Städtetages**

Noch 1996 zögerten viele Städte in Deutschland mit der Einführung einer Lokalen Agenda 21. Aus ihrer Sicht waren die Hausaufgaben bereits gemacht: Schon vor der Rio-Konferenz hatten zahlreiche Aktivitäten der Kommunen zur Verbesserung der Umweltqualität beigetragen und das Entstehen neuer Umweltschäden verhindert. In der Agenda 21 werden die Kommunen jedoch aufgefordert, Programme, Pläne, Maßnahmen und Projekte gleichzeitig umweltgerecht, sozial verträglich und ökonomisch vertretbar zu gestalten sowie ihre Handlungsvorschläge im Dialog mit der Bevölkerung, der Privatwirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen weiterzuentwickeln und umzusetzen. Diese Herausforderung wird inzwischen von vielen Städten angenommen.

Bereits in den Jahren 1996 und 1997 hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST) Umfragen zum Stand der Entwicklung der Lokalen Agenda 21 bei den Mitgliedstädten des DST durchgeführt. Zur dritten Umfrage, die Ende Mai 1999 abgeschlossen wurde, sind insgesamt 167 Rückantworten von den unmittelbaren DST-Mitgliedstädten eingegangen. Dies entspricht bei 262 angeschriebenen Städten einer Rücklaufquote von 64 Prozent.

Wesentliche Ergebnisse der Umfrage 1999 werden im folgenden dargestellt. 90 Prozent (150 Städte) bezeichneten die Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 als ihre Aufgabe. Dazu liegt bei 131 Städten auch ein politischer Beschluß vor, 13 Städte bereiten diesen gerade vor.

Abbildung 1



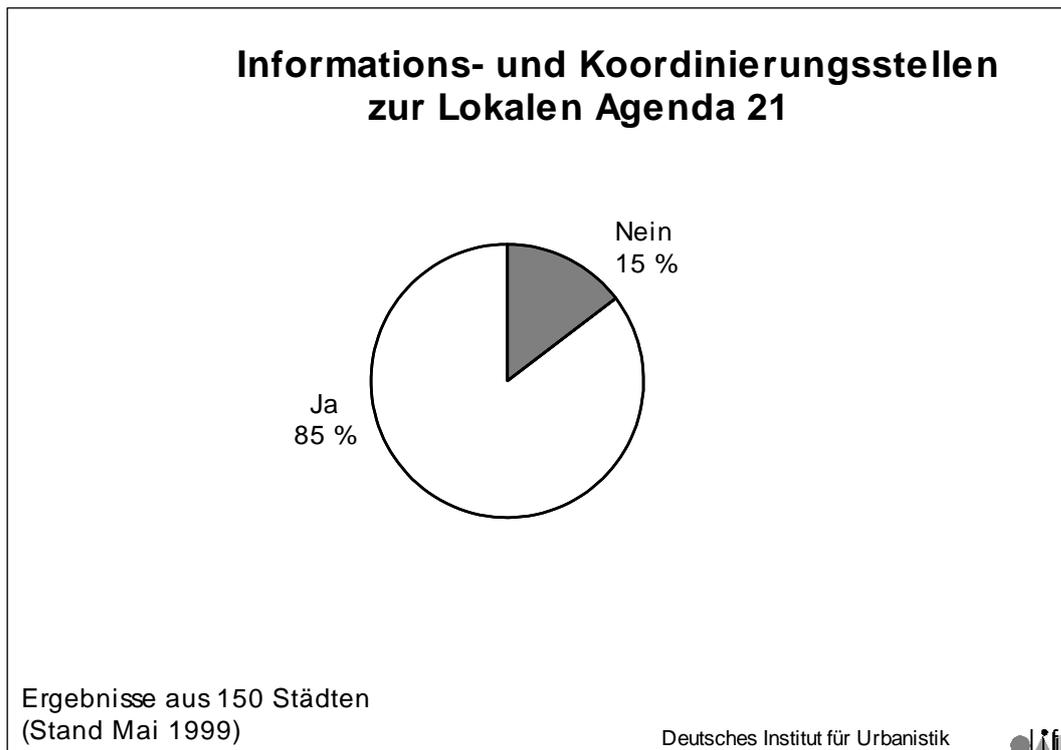
Zum Vergleich: 1996 hatten von 157 antwortenden Städten insgesamt 83 die Lokale Agenda als ihre Aufgabe bezeichnet, und erst in 27 Städten hatte dazu ein politischer Beschluß vorgelegen.

Abbildung 2



Die Einrichtung von zentralen Informations- und Koordinierungsstellen, die den Entwicklungsprozeß der Lokalen Agenda 21 koordinieren, die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit organisieren und den Informationsfluß zwischen den verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien unterstützen, wird von den meisten Städten als sinnvoll und hilfreich empfunden. Dementsprechend existieren in 128 Städten innerhalb der Stadtverwaltungen inzwischen institutionalisierte Stellen zur Betreuung und Koordinierung der Lokalen Agenda 21 (z.B. Agenda-Büro, Agenda-Koordinierungsstelle, Geschäftsstelle Lokale Agenda 21). Die Mehrzahl dieser Stellen sind in den Umweltämtern oder im Amt für Stadtentwicklung bzw. Stadtplanung angesiedelt. Im Verhältnis dazu sind nur wenige direkt dem Büro des Oberbürgermeisters oder der Oberbürgermeisterin zugeordnet.

Abbildung 3



Eindeutige Spitzenreiter bei den inhaltlichen Schwerpunkten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 sind nach wie vor die Themen Klimaschutz und Energie, gefolgt vom Thema Verkehr. Als weitere herausragende Schwerpunkte werden Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit, Natur und Landschaft, Umwelterziehung und Umweltbildung sowie Bauen und Wohnen genannt. Erfreulicherweise bezogen sich im Vergleich zu den Umfragen von 1996 und 1997 erstmalig viele Nennungen auf Programme oder Projekte für Kinder und Jugendliche, Arbeit und Beschäftigung, Soziales, Frauenprogramme oder -projekte sowie neue Lebensstile und Konsumverhalten. Der Mehrzahl dieser Nennungen können spezielle Kapitel der Agenda 21 zugeordnet werden (vgl. Abbildung 4).

Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung haben 27 Prozent der antwortenden Städte aufgestellt, in weiteren 51 Prozent befinden sich diese in Vorbereitung. 21 Prozent der Städte halten die Formulierung von Leitbildern nicht für erforderlich. Einerseits fassen einige Städte Leitbilder als zentralen Kern der Lokalen Agenda 21 auf; diese dienen dort insbesondere der Öffentlichkeitsarbeit sowie als Leitlinien für die Arbeit der politischen Gremien und der Verwaltung. Andererseits wird jedoch die Diskussion der Leitbilder als sehr zeitaufwendig und äußerst schwierig angesehen, wohingegen die Diskussion konkreter Projekte vor allem auch aufgrund des meist vielfältigen persönlichen Interesses bei den Teilnehmern wesentlich engagierter geführt wird.

Abbildung 4

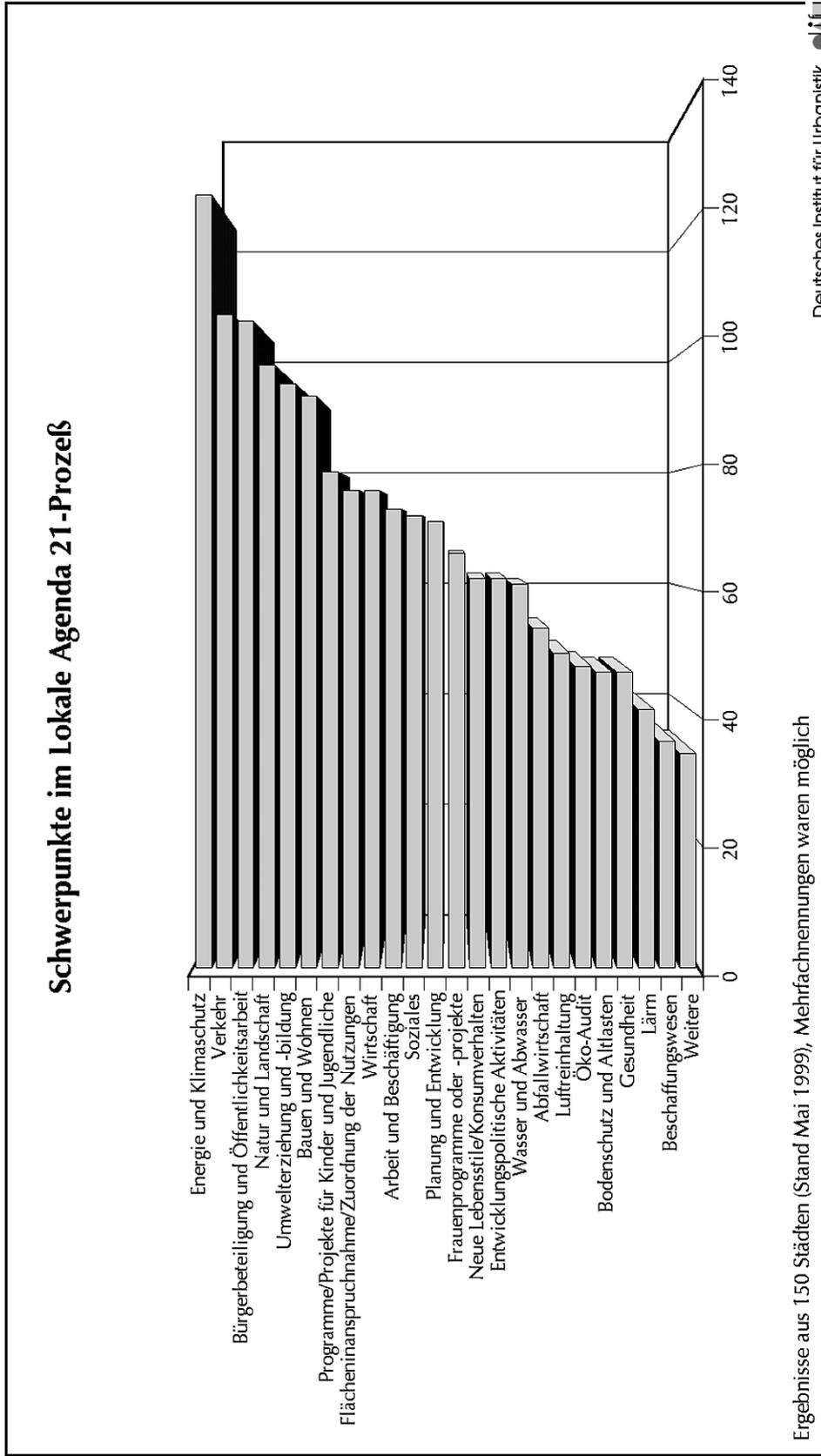
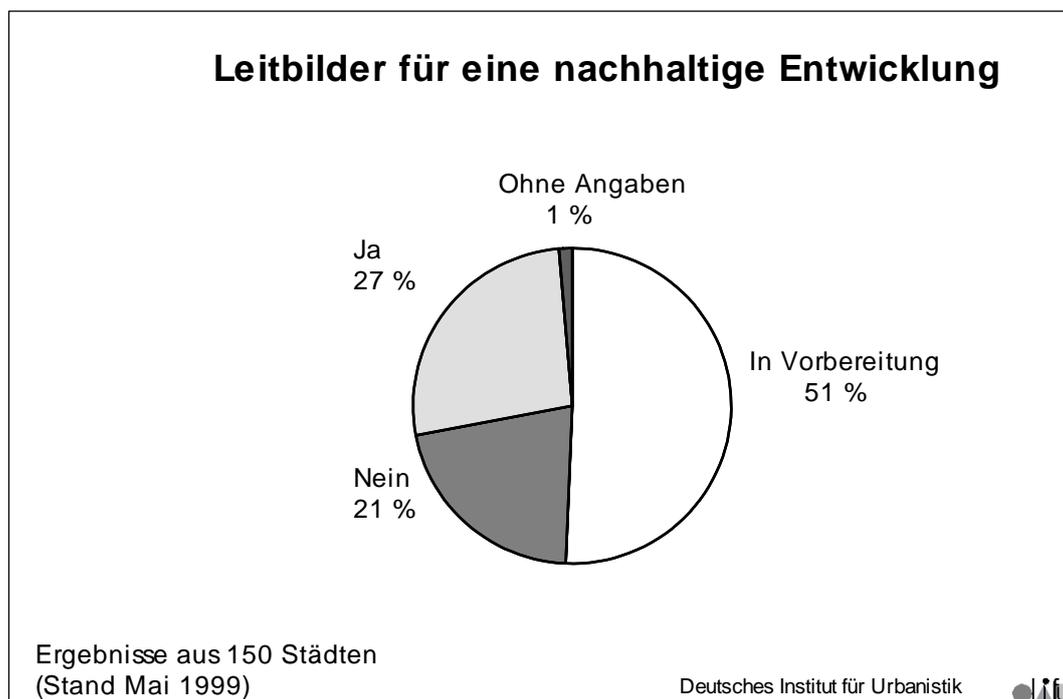


Abbildung 5



Da viele Städte im Entwicklungsprozeß der Lokalen Agenda 21 weit fortgeschritten sind und sich in einzelnen Bereichen in der Umsetzungsphase befinden, konnten bereits bei mehreren Handlungsfeldern konkrete Projekte und Maßnahmen realisiert werden. Dies ist besonders bei den Bereichen Klimaschutz und Energie, Umwelterziehung und Umweltbildung, Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Natur und Landschaft der Fall. Des weiteren wurden spezielle Projekte für Kinder und Jugendliche in die Tat umgesetzt. Besonders positiv wird bewertet, daß die gewünschte Beteiligung der Öffentlichkeit vor allem bei konkreten Projekten erzielt werden kann (vgl. Abbildung 6).

Zur Initiierung und Durchführung des Konsultationsprozesses gibt es zahlreiche Veranstaltungs-, Partizipations- und Kommunikationsformen. Nach wie vor stellt die Aufklärung über die Lokale Agenda 21 und den Fortgang ihres Entwicklungsprozesses eine wichtige Aufgabe dar. So steht die Pressearbeit bei den gewählten Kommunikationsformen immer noch an erster Stelle. Einige Städte bemängeln jedoch das Fehlen von Interesse seitens der regionalen und überregionalen Presse. Demgegenüber steht die Aussage anderer Städte, daß trotz kontinuierlicher und intensiver eigener lokaler Pressearbeit zu wenig Interesse bei der Bevölkerung geweckt werden konnte. Dies wird vor allem damit begründet, daß die Agenda 21 zu allgemein formulierte Aussagen enthält. In diesem Zusammenhang ist auch die Begriffsverwirrung im Hinblick auf die Agenda 21 und die umstrittene Agenda 2000 zu nennen, durch die die Aufklärungsarbeit sowie der Zugang zu Medien und Bevölkerung zusätzlich erschwert werden (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 6

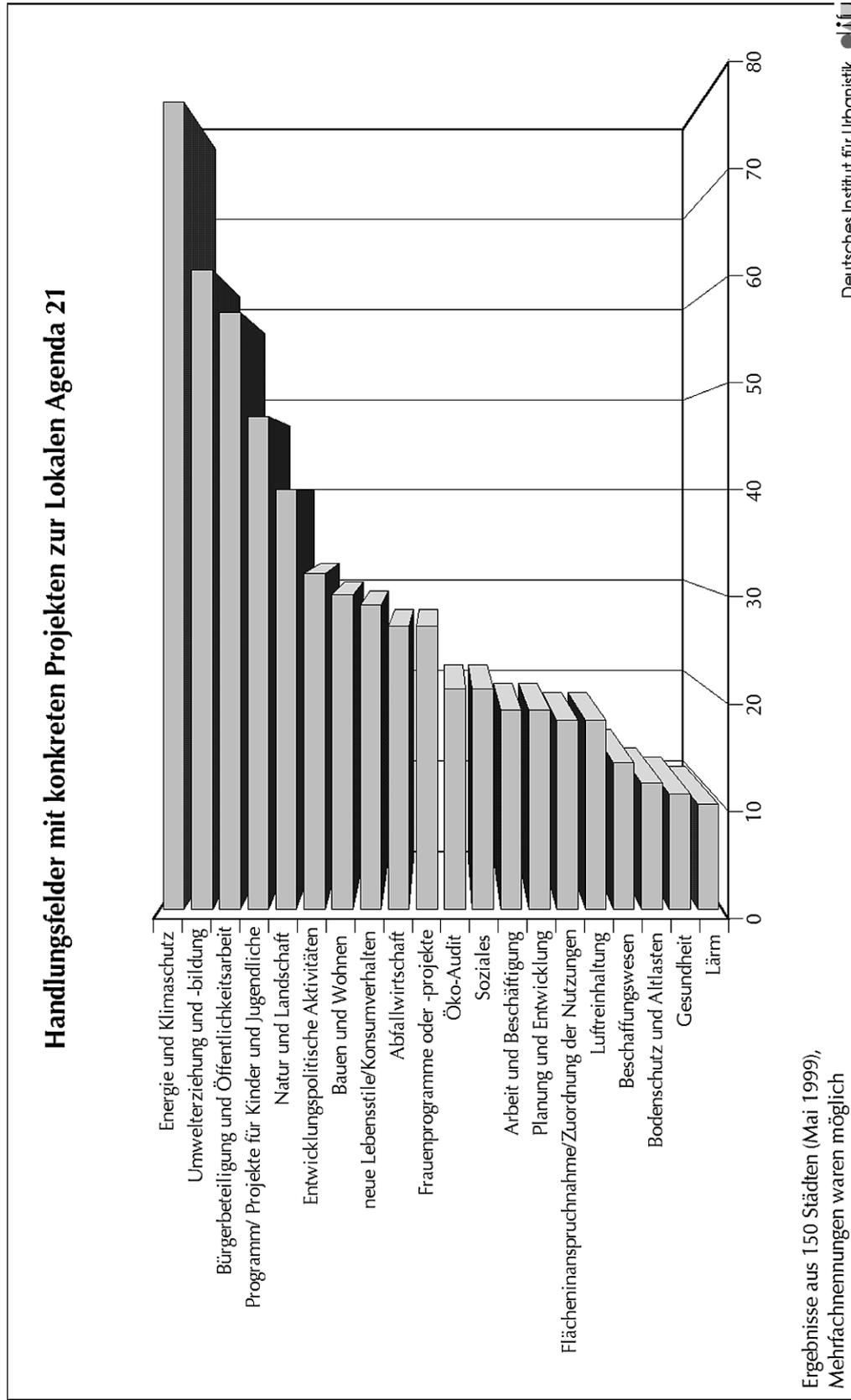
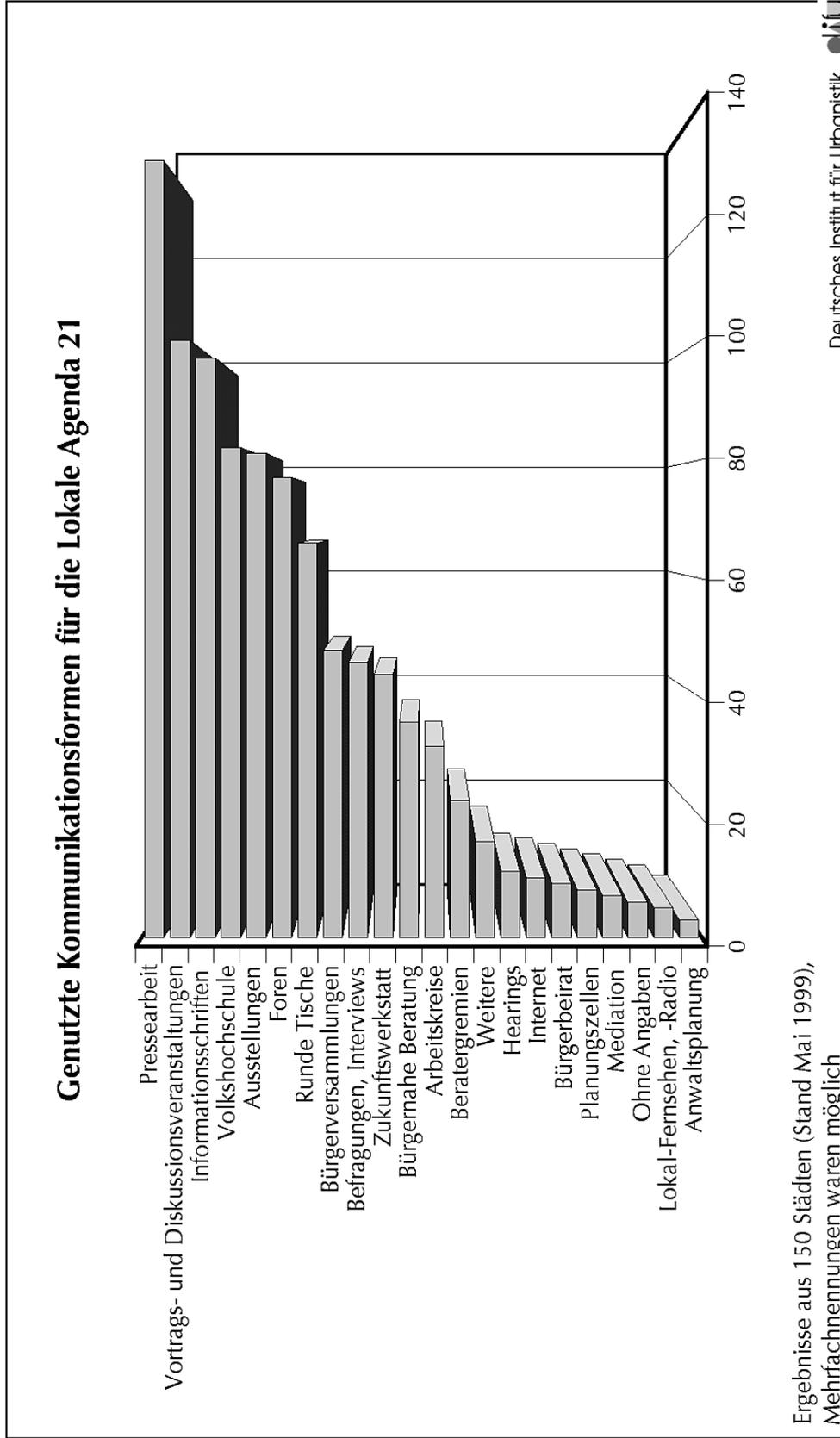


Abbildung 7



Ergebnisse aus 150 Städten (Stand Mai 1999),
 Mehrfachnennungen waren möglich

Über Pressemitteilungen und Informationsbroschüren hinaus wurden bereits in vielen Städten öffentliche Veranstaltungen zur Lokalen Agenda 21 durchgeführt (zum Beispiel Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Foren, Runde Tische, Zukunftswerkstätten). Besonders aktiv sind hier auch die Volkshochschulen. Neu hinzugekommen in der Auflistung der Städte sind im Vergleich zu den Umfragen von 1996 und 1997 die Medien (z.B. Lokalfernsehen) und das interaktive Angebot des Internets (vgl. Abbildung 7).

Die Verantwortung für die Entwicklung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 darf und soll nicht allein von den Kommunalverwaltungen getragen, sondern auf möglichst „viele Schultern“ verteilt werden. Als wirklich großer Erfolg kann deshalb gewertet werden, daß 103 Städte (68 Prozent) durch die Lokale Agenda 21-Prozesse neue Kooperationspartner gewonnen haben. Der Beteiligung von Privatwirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften kommt im Rahmen der Agenda-Prozesse ebenso große Bedeutung zu wie den Kommunalverwaltungen selbst; ihre Mitwirkung wird in der Agenda 21 besonders hervorgehoben (Kapitel 27 bis 30 der Agenda 21). Bisher haben vor allem Bürgerinitiativen, Bildungseinrichtungen, Gewerbe/Industrie/Handwerk, Umweltverbände, Religionsgemeinschaften und Vereine ihre Bereitschaft zur Mitwirkung in diesem Prozeß unter Beweis gestellt. Die große Zahl der weiteren Nennungen zu unterschiedlichen Gruppen kommt dadurch zustande, daß auch sehr viele ortsspezifische Gruppen und Einrichtungen (die kaum einer übergeordneten Gruppe zugeordnet werden können) als neue Kooperationspartner aufgeführt werden (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 8

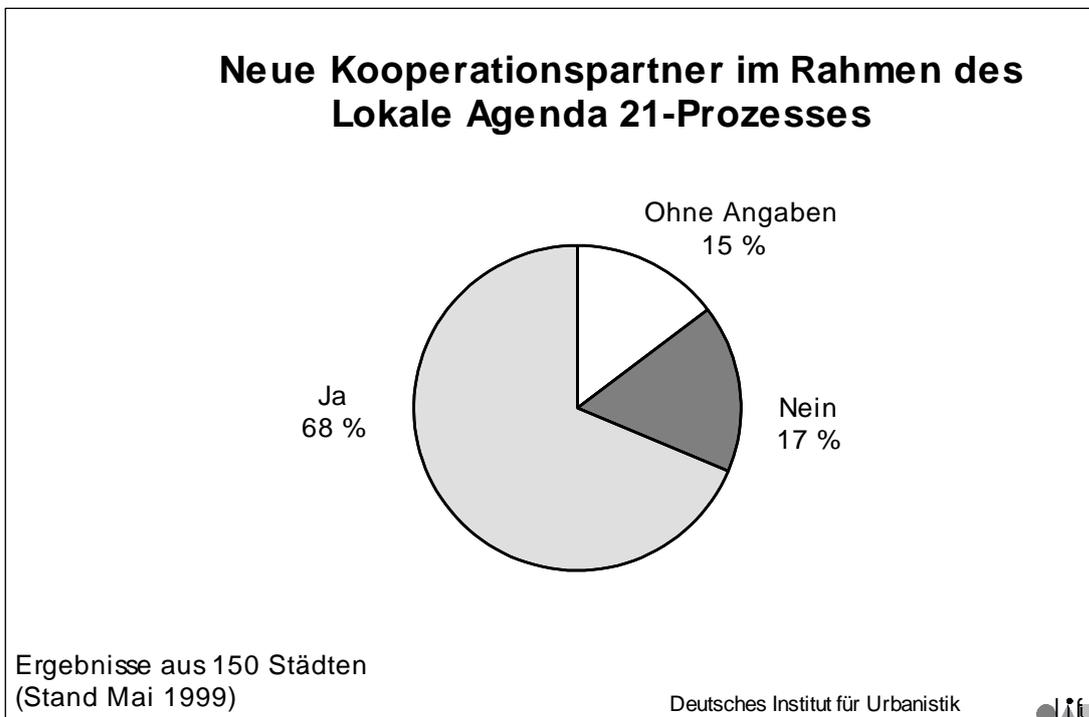
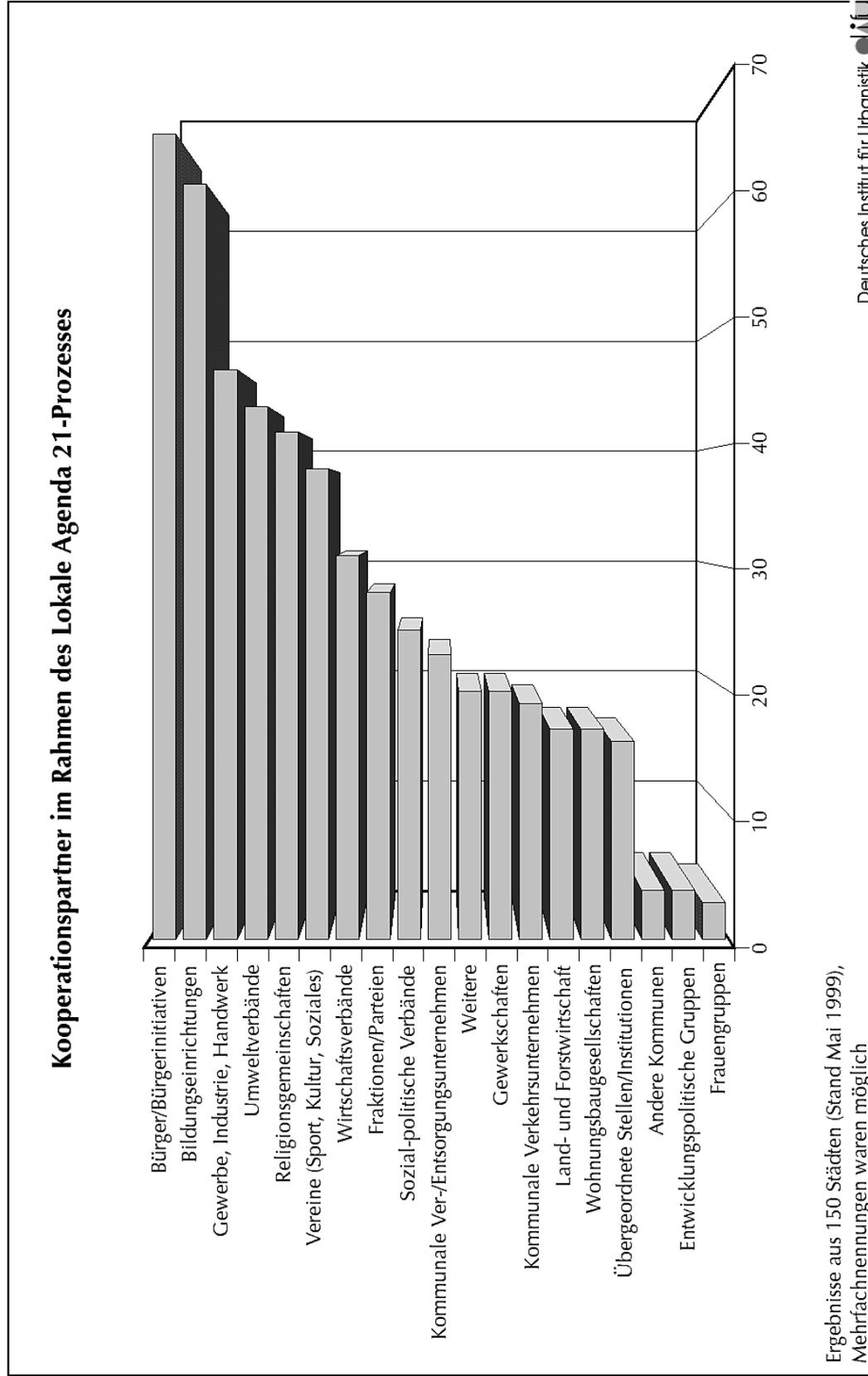
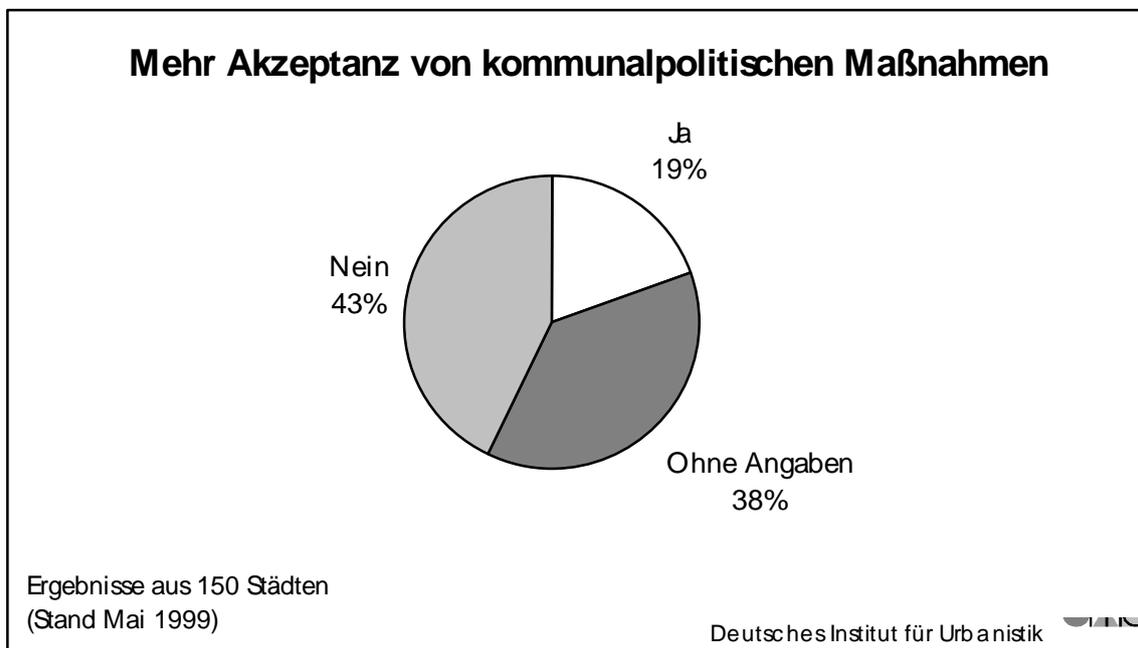


Abbildung 9



Obwohl die Einbeziehung von Bevölkerung, Privatwirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen in die Entwicklung der Lokalen Agenda 21 erwarten läßt, daß die Akzeptanz von kommunalpolitischen Maßnahmen in Bevölkerung oder Privatwirtschaft gesteigert wird, konnte dies bisher lediglich von 29 Städten bestätigt werden. In 64 Städten wurde diese Akzeptanzsteigerung bisher nicht erzielt; 57 Städte konnten dazu keinerlei Angaben machen. In diesem Zusammenhang sei auf die bereits genannten Schwierigkeiten bei der Aufklärung der Öffentlichkeit und darauf verwiesen, daß die Lokale Agenda 21 als dauerhafter, dynamischer Prozess verstanden werden muß, der jeweils den aktuellen Rahmenbedingungen und Entwicklungen anzupassen ist. Wir befinden uns somit am Beginn eines langfristigen Lernprozesses.

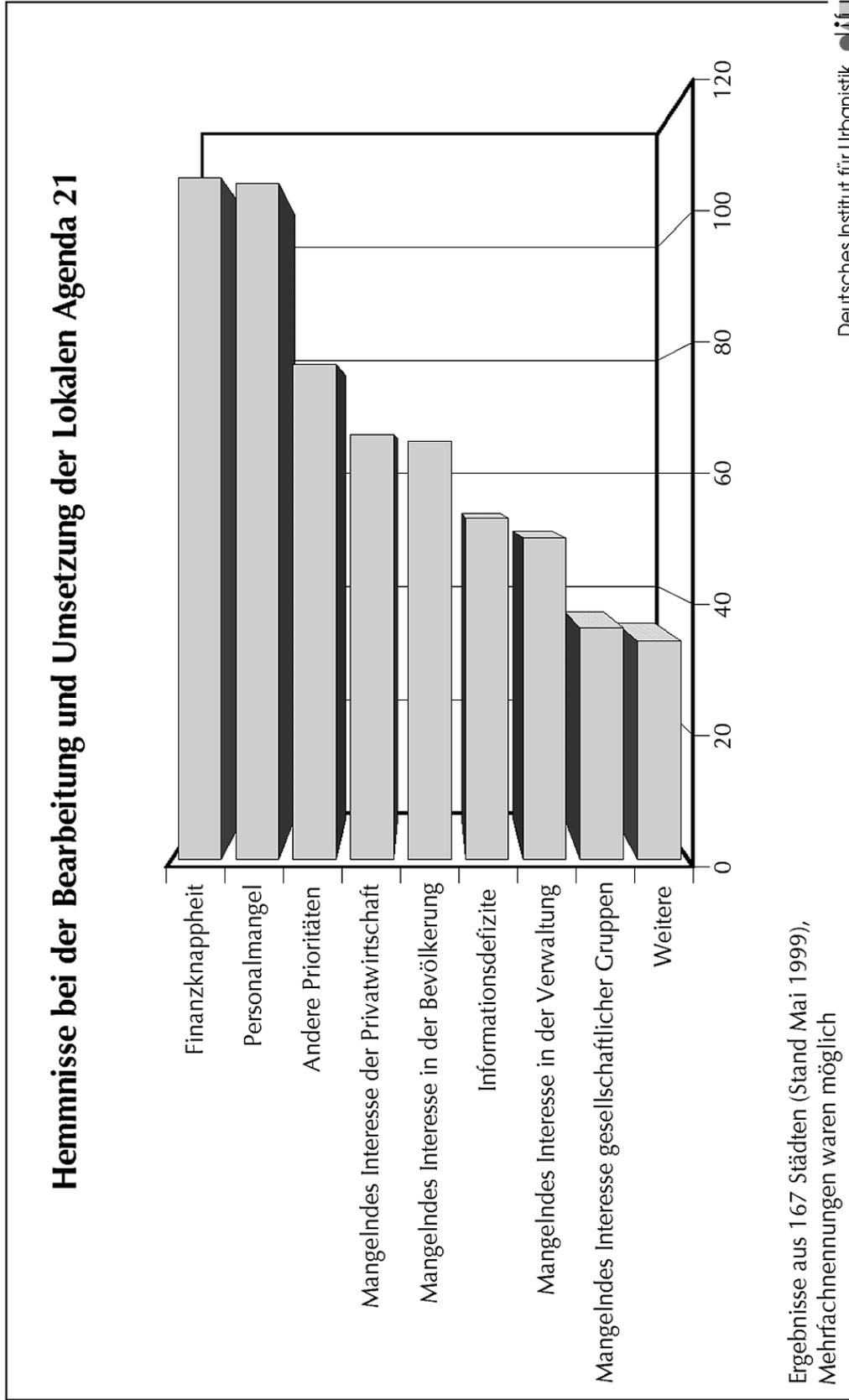
Abbildung 10



Befragt nach den größten Hemmnissen für Einführung, Entwicklung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21, gibt nach wie vor der Großteil der Städte das Fehlen von Finanzmitteln oder von Personal zur Durchführung an. Die Besetzung der Agenda-Büros oder Koordinierungsstellen mit ABM-Kräften wird dabei vielfach nicht als geeignete Lösung angesehen, da eine kontinuierliche Betreuung des Prozesses als notwendig erachtet wird. Darüber hinaus werden neben anderen Prioritäten vor allem auch mangelndes Interesse der Privatwirtschaft und in der Bevölkerung als weitere Hemmnisse genannt (vgl. Abbildung 11).

Insgesamt wird deutlich, daß sich die Aktivitäten zur Einführung, Entwicklung und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in den Städten seit 1996 stetig ausgeweitet haben. Während sich einige Städte noch in der Einführungsphase befinden, können viele Städte bereits

Abbildung 11



Erfolge verzeichnen. Diese bestehen vor allem darin, daß neue Kooperationspartner gewonnen, konkrete Projekte entwickelt und zum Teil bereits realisiert werden konnten.

Positiv hervorgehoben wird von den Städten auch das starke Engagement vieler Akteure, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung. Allerdings wird damit auch deutlich, daß der Erfolg des gesamten Lokale Agenda 21-Prozesses mit dem Engagement der Akteure steht und fällt. Die Festlegung von Leitbildern wird dabei zum Teil zwar als wichtiger Grundstein angesehen, es stellt sich aber zunehmend heraus, daß die erfolgreiche Realisierung konkreter Projekte für die fortdauernde Motivation der Akteure zwingend erforderlich ist.

Um herauszufinden, welche Bedingungen für den Erfolg in den Städten von besonderer Bedeutung sind, haben wir die Teilnehmer des diesjährigen Erfahrungsaustauschs nach den wichtigsten Erfolgsfaktoren für die Lokale Agenda 21 befragt. Dazu wurde von uns zunächst eine vorläufige Liste von Erfolgsfaktoren erstellt, die dann mit den Teilnehmern diskutiert und von ihnen um weitere Faktoren ergänzt wurde. Die Teilnehmer hatten anschließend die Aufgabe, eine Wichtung durch Punktvergabe vorzunehmen. Daraus ergab sich folgendes Bild:

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Erfolgsfaktoren der LA 21?

Rangfolge	Erfolgsfaktoren	Stimmenzahl
1	▪ Unterstützung von Verwaltungsspitze und Politik	26
2	▪ Verwirklichung konkreter Projekte	24
	▪ Kooperative Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und externen Akteuren	24
3	▪ Engagement und Kompetenz der Agenda-Beauftragten der Verwaltung	20
4	▪ Interesse und Engagement der externen Akteure	9
5	▪ Vorhandensein eines Leitbildes zur nachhaltigen Entwicklung	7
6	▪ Bereitschaft der Verwaltung, Anregungen Externer in Verwaltungshandeln zu integrieren	6
	▪ Mitwirkung der örtlichen/regionalen Presse	6
	▪ Zielgerichteter Einsatz von Finanzmitteln für Maßnahmen, die den Prinzipien der Nachhaltigkeit entsprechen	6
7	▪ Art der Informationsvermittlung	5
	▪ Ämterübergreifende Bearbeitung von Themen	5
8	▪ Verbindliche Regelungen	1

Jan Hendrik Trapp
Deutsches Institut für Urbanistik

Lokale Agenda 21 und Projekte mit sozialem Schwerpunkt

Sehr verehrte Damen und Herren,

„Lokale Agenda 21 und Projekte mit sozialem Schwerpunkt“ lautet das Thema des heutigen Nachmittags, in das ich Sie mit meinem Vortrag einführen möchte. Dazu werde ich zunächst einige zentrale soziale Zielsetzungen, die in der Agenda 21 enthalten sind, nennen und anschließend die einzelnen extrahierten sozialen Aspekte der Agenda 21 mit entsprechenden Beispielen aus Kommunen veranschaulichen.

Doch zunächst zu den Zielsetzungen der Agenda 21 für den sozialen Bereich. Wie Sie bereits dem Inhaltsverzeichnis der Agenda 21 entnehmen können, finden sich soziale Aspekte auf zwei Ebenen wieder:

In Teil I „Soziale und wirtschaftliche Dimensionen“ wird eher die – ich nenne sie vereinfacht – „klassisch soziale Ebene“ der Sozialpolitik angesprochen: Armutsbekämpfung (Kap. 3), Bevölkerungsdynamik (Kap. 5), Gesundheit (Kap. 6) sowie Siedlungsentwicklung (Kap. 7), worunter auch z.B. die Wohnraumversorgung fällt. Das Kapitel 4 „Konsumgewohnheiten“ fällt zwar etwas aus dem Rahmen, soll aber dennoch in diesem Kontext eingeführt werden.

In Teil III der Agenda „Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen“ wird eine zweite Ebene behandelt, die ich als „demokratietheoretische Ebene“ bezeichnen möchte. Hierbei geht es um die Integration benachteiligter Gruppen bzw. deren „Stärkung“. Für die Bedingungen in Deutschland sind insbesondere die Kapitel über Frauen (Kap. 24) sowie über Kinder und Jugendliche (Kap. 25) von Interesse.

Darüber hinaus ist in diesem dritten Teil in Kapitel 28 als soziale Komponente ein methodischer Ansatz enthalten: die Aufforderung an die Kommunen, „Konsultationsprozesse“ zwischen Rat, Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung zu initiieren. Auch die Partizipation der Bevölkerung am Entscheidungsprozeß ist ein Projekt mit sozialem Schwerpunkt. Als weitere Methode wird der „enabling approach“, also der „Ermöglichungs-“ oder „Befähigungsansatz“ oder besser der Ansatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ genannt.

Zusammenfassend möchte ich Ihnen noch einmal die Kapitel und Handlungsfelder der Agenda 21 nennen, die im weiteren mit konkreten Projekten veranschaulicht werden:

Ausgewählte Kapitel und Handlungsfelder der Agenda 21

- Armutsbekämpfung
- Konsumgewohnheiten
- Wohnraumversorgung
- Frauen
- Kinder und Jugendliche
- Partizipation und Hilfe zur Selbsthilfe

Ausgehend von den Fragen, welche Maßnahmen und Aktivitäten im Bereich „Soziales“ existieren und welche sozialen Projekte im Zusammenhang mit der Lokalen Agenda 21 in den Kommunen realisiert werden, haben wir in der Vielzahl der im Deutschen Institut für Urbanistik vorhandenen Materialien zur Lokalen Agenda 21 aus den verschiedensten Kommunen nach Projekten mit sozialem Schwerpunkt recherchiert. In einer systematischen Analyse dieser Quellen aus den Kommunen konnte ein erster Überblick über die bisherigen Aktivitäten der Kommunen sowie ihrer aktiven Initiativen, Gruppen und Organisationen gewonnen werden.

Das Vorgehen bei der Recherche der Projekte war an pragmatischen Gesichtspunkten orientiert. In einem ersten Schritt wurden möglichst viele Projekte und Maßnahmen gesammelt, von denen eine große Zahl verschiedener Projekte ausgewählt werden konnte. In einem zweiten Schritt wurden die erfaßten Projekte dann zu thematischen Clustern bzw. Kategorien zusammengefaßt. Diese Bündel sowie deren Etikettierung ergaben sich relativ schnell und unkompliziert. Schwieriger hingegen gestaltete sich die Zuordnung der einzelnen konkreten Projekte zu diesen Kategorien. Ein zentraler Aspekt von Nachhaltigkeit bestand auch in der Forderung nach einem themenintegrierenden Vorgehen. Folglich sind auch die Inhalte der gesammelten Projekte nicht ein-, sondern mehrdimensional. Wie Sie später bei der Darstellung einzelner Projektbeispiele sehen werden, berühren deren Inhalte immer mehrere der genannten thematischen Kategorien.

Die Kategorien zur Einteilung der Projekte nach ihrem primären Handlungs- und Aufgabenfeld lauten wie folgt:

Projektkategorien

- Arbeit/Beschäftigung
- Wohnen/Obdachlosigkeit
- Güterbörsen/Tausch
- Frauen
- Kinder und Jugendliche
- Partizipation/Selbsthilfe

Deutsches Institut für Urbanistik 

Vergleicht man nun die zuvor herausgearbeiteten Zielformulierungen der Agenda 21 für den sozialen Bereich mit den einzelnen Aufgaben- und Handlungsfeldern der Projekte in den Kommunen, lassen sich folgende Zuordnungen treffen, die jedoch nicht immer eindeutig und exklusiv vorgenommen werden können.

Zuordnungen der Kapitel der Agenda 21 zu den Projektkategorien

• Arbeit/Beschäftigung	Kap. 3	Armutsbekämpfung
• Wohnen/ Obdachlosigkeit	Kap. 3	Armutsbekämpfung
	Kap. 6	Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit
	Kap. 7	Nachhaltige Siedlungs- entwicklung
• Güterbörsen/Tausch	Kap. 4	Änderung Konsum- gewohnheiten
• Frauen	Kap. 24	Globaler Aktionsplan für Frauen
• Kinder und Jugendliche	Kap. 25	Kinder und Jugendliche
• Partizipation/Selbsthilfe	Kap. 28	Initiativen der Kommunen u.a.

Deutsches Institut für Urbanistik



Nach diesen eher theoretischen Ausführungen möchte ich Ihnen zur Veranschaulichung nun kurz einige praxiserprobte Projektbeispiele zu den einzelnen genannten sozialen Handlungsfeldern und Kapiteln der Agenda 21 vortragen.

Projektbeispiele

Die Bereiche „Arbeit/Beschäftigung“ sowie „Wohnen/Obdachlosigkeit“ möchte ich an dieser Stelle der Vollständigkeit halber nur nennen, ohne Ihnen konkrete Projekte vorzustellen. Denn wie Sie dem Programm entnehmen können, wird im weiteren Verlauf des heutigen Nachmittages Herr Groksch aus Würzburg noch das Sozialkaufhaus „Brauchbar“ präsentieren und Herr Schuler vom Bezirksamt Wilmersdorf in Berlin die „Ambulante Wohnhilfe“ darstellen.

Mit diesen detailliert vorgestellten Projekten werden die Kapitel 3 „Armutsbekämpfung“ und 7 „Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung“ abgedeckt. Mit der Kategorie „Güterbörsen/Tausch“ korrespondiert das Kapitel 4 „Veränderung der Konsumgewohnheiten“. Unter diese Kategorie fällt die große Zahl an Tauschringen, die mittlerweile in vielen deutschen Kommunen existieren.

Aber auch neu belebte, alte Formen des nichtmonetären Tausches wie z.B. die „Warentauschbörse“ in Musberg bei Stuttgart lassen sich hier anführen: Funktionstüchtige Gebrauchsgegenstände aller Art können auf dieser Warentauschbörse bargeldlos getauscht werden. Besucher geben zunächst ihre mitgebrachten funktionsfähigen Güter an einer Annahmestelle ab, wo sie auf ihre Gebrauchstauglichkeit hin überprüft werden. Um Gegenstände mitnehmen zu können, ist es nicht zwingend, selbst Güter mitzubringen. Auch wer nichts hat, kann folglich in der „Warentauschbörse“ Sachen erstehen. Hinsichtlich Art und Menge der eingetauschten Güter existieren keine Beschränkungen. Der Handel findet anonym statt. Der Warentauschtag findet zweimal im Jahr statt. Die nicht

erstandenen und somit übriggebliebenen Güter werden vom Landkreis fachgerecht entsorgt.

In ähnlicher Weise, wenn auch nicht bargeldlos und daher mit einer anderen Ausrichtung, funktionieren „Sharing-Systeme“, die dem Car-Sharing-Prinzip angelehnt sind. In diesen Zusammenschlüssen können z.B. Güter wie Werkzeuge, Freizeitausrüstungen oder Haushaltsgeräte gegen eine bestimmte Abnutzungsgebühr ausgeliehen werden. Die ausleihbaren Güter sind in einer Liste verzeichnet.

Die ökologisch relevanten Aspekte dieser Projekte liegen vor allem in der Einsparung von Ressourcen durch Mehrfachnutzungen alter Gebrauchsgüter und in der Reduzierung des Sperrmüllvolumens. Ökonomisch interessant ist, daß alternative Formen des Handelns ausprobiert werden.

Der soziale Aspekt dieser Projekte – um den es hier ja insbesondere gehen soll – liegt darin, daß in Tauschringen sozial schwachen Menschen, die potentiell über viel Zeit, oft aber über wenig Geld verfügen (z.B. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger/-innen, Rentner/-innen) neue Möglichkeiten eröffnet werden, an gesellschaftlichen Fähigkeiten und Wissen zu partizipieren. Sie fördern einen sozial gerechteren und auch flexibleren Zugang zu (Konsum-)Gütern. Denn durch das Konsumgüter-Sharing beispielsweise werden qualitativ hochwertige und nur für bestimmte Aufgaben benötigte Güter wie Werkzeuge „erreichbar“ bzw. verfügbar. Vor allem mit dem Projekt der „Warentauschbörse“ wird sozial schwachen Menschen die Möglichkeit gegeben, sich kostenlos mit gebrauchten Gütern auszustatten. Dadurch, daß der Tausch anonym abläuft, brauchen sich auch die Personen nicht zu schämen, nützliche Dinge mitzunehmen, die keine Güter beisteuern konnten. Soziale Schranken oder Zutrittsbarrieren werden somit vermieden.

Im Zusammenhang mit Kapitel 24 der Agenda 21 (Globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung) und dem Thema „Arbeit und Beschäftigung“ möchte ich Ihnen nun das Projekt „Kommunales Fahrrad“ in Salzwedel vorstellen, das sich gezielt an Frauen und deren berufliche Qualifikation und Integration richtet: Arbeitslose, handwerklich begabte Frauen sind – über ABM-Mittel finanziert – für die Reparatur und die Bereitstellung der „Kommunalen Fahrräder“ zuständig.

Die „Kommunalen Fahrräder“ stehen an mehreren zentralen Stellen in der Stadt und können dort als Leihräder per Keycard-Schloß für ein Pfand von 20 DM (vergleichbar mit dem Pfandschloß an Einkaufswagen in Supermärkten; hier nur mit spezieller Karte) ausgeliehen werden. Das „Kommunale Fahrrad“ eröffnet Umsteigemöglichkeiten für Pendler/-innen auf das Rad. Momentan sind etwa 150 Keycards in Umlauf. Auch Touristen/-innen in Salzwedel nutzen die Fahrräder im Sommer.

Die Fahrräder stammen aus Schenkungen oder vom Sperrmüll und werden von den im Projekt beschäftigten Frauen repariert und verkehrstauglich gemacht. Im Rahmen dieses Projektes wird arbeitslosen Frauen die Möglichkeit zu einer sinnvollen Beschäftigung gegeben.

Die ökologischen Aspekte dieses Projektes bestehen in einer Entlastung des innerstädtischen Verkehrs durch Umsteigemöglichkeiten vom motorisierten Individualverkehr (MIV) und vom Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf Fahrräder. Damit ist eine Reduktion des Abgasausstoßes verbunden. Auch das Sperrmüllvolumen reduziert sich durch die Verwertung alter Räder.

Als soziale Aspekte des Projektes lassen sich die Integration arbeitsloser Frauen in Beschäftigungsverhältnisse anführen, was zu einer Ermutigung junger arbeitsloser Frauen und der Vermittlung von Selbstbewußtsein beitragen kann. Die Frauen können praktische Fähigkeiten erwerben, und schließlich werden mit diesem Projekt zudem klassische Männer-Frauen-Rollenklischees durchbrochen.

Kinder und Jugendliche sind eine weitere Gruppe, deren Rolle im Zuge einer nachhaltigen Entwicklung gestärkt werden muß (Kapitel 25: Kinder und Jugendliche und nachhaltige Entwicklung). Projektbeispiele für dieses Handlungsfeld sind zum einen Kinder- und Jugendparlamente und zum anderen Bildungsprojekte für Kinder und Jugendliche in den Bereichen Umwelt und Entwicklung oder globale Gerechtigkeit. Aber auch sozialpädagogische Maßnahmen zur Betreuung und sozialen Integration arbeitsloser und sozial benachteiligter Jugendlicher können in diesem Zusammenhang exemplarisch genannt werden.

Etwas detaillierter möchte ich Ihnen die „Spielplatzaktionswochen“ des Kinderbüros der Stadt Frankfurt vorstellen: Der Raum, der Kindern in Großstädten zum Spielen bleibt, wird zunehmend knapper. Daher gewinnen ausgewiesene Spielplätze in den (Innen-) Städten an Bedeutung. Zu bedenken gab den Mitarbeitern des Kinderbüros die Erfahrung, daß selbst aufwendig gestaltete Spielplätze schnell verdreckt, zerstört oder langweilig waren. Offensichtlich waren die Spielplätze nicht auf die Bedürfnisse und Wünsche der Kinder und Jugendlichen zugeschnitten. In den Spielplatzaktionswochen planen und gestalten Kinder und Erwachsene Spielplätze in ihrem Stadtteil. In einem Treffen der Kinder und Eltern mit dem Team der Aktionswochen werden die Ideen gemeinsam in realisierbare Pläne umgesetzt. In einer Spielplatzaktionswoche wird der Spielplatz dann in einer gemeinsamen Aktion umgestaltet. Das Kinderbüro organisiert und koordiniert dabei den Ablauf und hilft bei der Finanzierung der Projekte. Das Gartenamt der Stadt hilft mit fachlichem Rat und unterstützt mit Baumaterialien sowie Werkzeugen. Zusätzlich ist ein Verein (mit Gärtnern, Schreincrnern, Pädagogen) bei der Umsetzung vor Ort mit dabei.

Ökonomische Auswirkung der Spielplatzaktionswochen ist die kurzfristigere und vor allem kostengünstigere Errichtung von Spielplätzen, als dies bei alleiniger Planung durch die Verwaltung der Fall wäre. Auch sinken die Unterhaltskosten für die Spielplätze, da die Beschädigungen an den Spielgeräten zurückgehen.

Als soziale Aspekte dieses Projektes möchte ich insbesondere hervorheben, daß durch die Beteiligung der Kinder und ihrer Eltern die soziale Bindung der Kinder an den öffentlichen Raum gesteigert wird. Identifikation mit dem Spielplatz, aber auch mit dem Stadtteil ist in diesem Zusammenhang als Schlagwort zu nennen. Gerade der Kontakt unter den Kindern und zwischen den Eltern wird durch das gemeinsame Planen und Realisieren gefördert. Kinder erfahren sich als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft, die angehört werden und in ihren Belangen ernst genommen werden.

Im Zusammenhang mit Kapitel 28 „Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21“ möchte ich abschließend noch ein Projekt vorstellen, das einen methodischen Ansatz – den Ansatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ – enthält: das Selbstbau-Buswartehäuschen in Hamm/Westfalen.

Die Bewohner einer Straße in den Außenbezirken Hamms schlossen sich zu einer Initiative zusammen, um in Eigenarbeit ein Buswartehäuschen primär für die schulpflichtigen Kinder zu bauen. Die Stadt konnte es sich aus Kostengründen nicht leisten, eine private Baufirma mit den Arbeiten zu beauftragen. Im Rahmen ihres Förderprogramms für Ge-

meinschaftsinitiativen übernahm die Stadt Hamm die Materialkosten in Höhe von 5 000 DM. Bei der Auswahl der Materialien wurde auf deren Umweltfreundlichkeit Wert gelegt.

Die Verwendung umweltverträglicher Baustoffe stellt einen ökologischen Aspekt dieses Projektes dar. Die sozialen Aspekte sind vorrangig im Zusammenhang mit der Stärkung von Eigeninitiative und gemeinschaftlichem Handeln in Nachbarschaften zu sehen. Das Gemeinschaftsgefühl der Anwohner wird gestärkt, und die Menschen werden ermutigt, Eigeninitiative zur Behebung überschaubarer, klar definierter und abgrenzbarer Probleme zu entwickeln.

Zum Themengebiet „Kommunikation und Partizipation“, das in diesem Kontext im weiteren anzuführen wäre, wird Herr Prof. Selle am Freitag vormittag noch einen Vortrag halten, so daß ich an dieser Stelle darauf verzichten möchte.

Resümee

Wenn Sie die Kategorien oder auch die einzelnen Projekte noch einmal Revue passieren lassen, fällt Ihnen sicherlich auf, daß sich z.B. die Kategorien „Arbeit/Beschäftigung“ und „Güterbörsen/Tausch“ durchaus auch der ökonomischen Dimension einer Lokalen Agenda 21 zuordnen ließen.

Nicht immer können präzise Abgrenzungen zwischen den einzelnen Kategorien, aber auch zu anderen Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung vorgenommen werden. Vielmehr ist dieser die einzelnen thematischen Bereiche integrierende Charakter im Konzept einer nachhaltigen Entwicklung angelegt.

Eine kommunale Politik, nicht nur die kommunale Sozialpolitik, die sich als Initiatorin und Impulsgeberin für sich selbst tragende, selbstorganisierte Projekte versteht, die Menschen dazu motiviert, sich gesellschaftlich zu engagieren, und diesen Menschen bei der Umsetzung ihrer Ideen und beim Aufbau von Projekten beratend und unterstützend zur Seite steht und diese ermutigt – eine derart konzipierte kommunale Politik könnte neue Formen von Kommunikation und solidarischem Miteinander schaffen.

Ich denke, die genannten Beispiele geben davon Zeugnis.

Kontaktpersonen der vorgestellten Projekte:

Frankfurt:	Herr Erk	Tel.: 0 69/2 12-3 90 01	Kinderbüro, Stadt Frankfurt a.M.
Hamm:	Herr Doert	Tel.: 0 23 81/17-41 58	Stadtplanungsamt, Modellprojekt „Ökologische Stadt der Zukunft“
Musberg:	Herr Eberhardt	Tel.: 07 11/7 54 20 17	(privat)
Salzwedel:	Frau Wilke	Tel.: 0 39 01/3 28 38	Salzwedeler Rad-Geberinnen

Hartfried Groksch
Brauchbar gGmbH Würzburg

Das Sozialkaufhaus „Brauchbar“ in Würzburg

Unser Name ist Konzept

Brauchbar

- Die Leistung von Frauen und Männern, die aufgrund der Arbeitsmarktlage keine Anstellung finden, ist BRAUCHBAR.
- Die erbrachten Dienstleistungen unserer Mitarbeiter sind BRAUCHBAR.
- Die von uns angebotenen Waren sind BRAUCHBAR.

Die Gesellschafter

- Diakonisches Werk Würzburg e.V. (Mehrheitsgesellschafter)
- Evangelisch-Lutherische Gesamtkirchengemeinde Würzburg (Stammkapital 50.000 DM, Gründung im Januar 1997)

Unsere Ziele

- Wiedereingliederung Arbeitsloser
Wir bieten Arbeitslosen eine qualifizierte Beschäftigung, durch sozialpädagogische Betreuung begleitet. Dadurch wollen wir deren Wiedereingliederung in den freien Arbeitsmarkt erleichtern.
- Schaffung von eigenen Arbeitsplätzen
Wir arbeiten in Nischenbereichen und verstehen uns nicht als Konkurrenz zur freien Wirtschaft. Unsere Tätigkeitsfelder passen wir immer wieder den aktuellen Gegebenheiten des Marktes und Fähigkeiten unserer Mitarbeiter an.
- Unterstützung einkommensschwacher Haushalte
Durch faire Preisgestaltung ermöglichen wir es auch Menschen mit geringem Einkommen, von unserer Angebotspalette Gebrauch zu machen.
- Schonung der Umwelt
Umweltfreundlichkeit ist ein wichtiger Aspekt unseres Konzepts, da wir durch die Weiterverwendung brauchbarer Waren einen entscheidenden Beitrag zum Abbau des Müllberges und damit zur Schonung unserer Umwelt leisten.

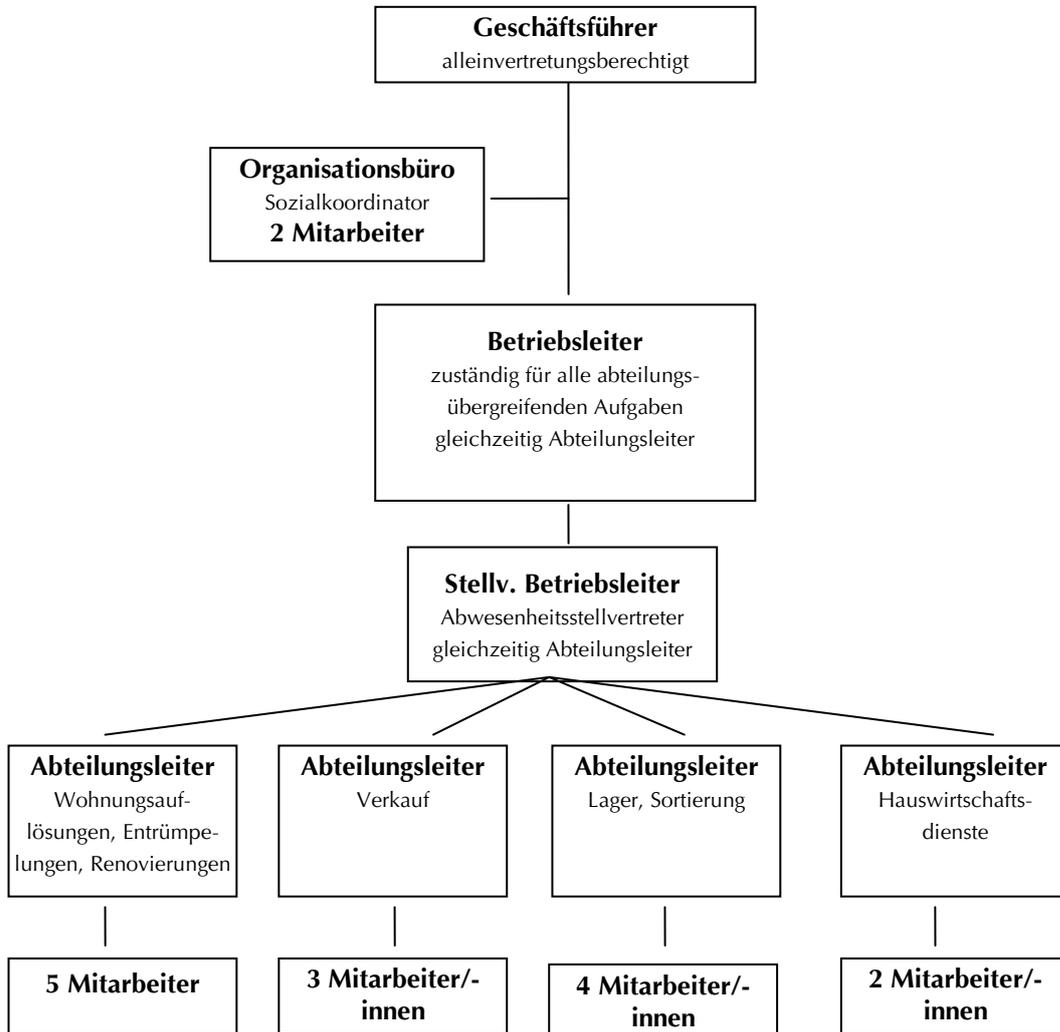
Derzeitige Tätigkeitsfelder

Sozialkaufhaus

- Wareneingang
- Sortierung
- Lager
- Verkauf
- Lieferung

Dienstleistungen

- Wohnungsaufösungen
- Entrümpelungen
- Möbelabholungen
- Renovierungen
- Hauswirtschaftsdienste

Organigramm des Sozialkaufhauses „Brauchbar“ in Würzburg

Positive Erfahrungen am Anfang

- Name hat gute Öffentlichkeitswirkung
sowohl „BRAUCHBAR“ als auch „Sozialkaufhaus“
- Standort war gut gewählt
mitten in der Stadt, gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, zwischen Geschäften (Laufkundschaft), genügend Parkplätze
- Professionelle Öffentlichkeitsarbeit hat sich bezahlt gemacht
Logo, Infozettel, Beschilderung, intensive Pressearbeit

*Gremien in der gGmbH***Gesellschafterversammlung**

je zwei Vertreter der beiden Gesellschafter, entscheidet über Grundsätzliches

Beirat

je zwei Vertreter der beiden Gesellschafter, berät Geschäftsführer und Gesellschafterversammlung

Problembereiche

- Spender
Begriff: „brauchbar“ bei Möbeln, Kleidern und Haushaltsgegenständen. Gebühr bei Abholung von gespendeten Gegenständen.
- Kunden
Manche Personengruppen wollen alles am besten geschenkt. Abgrenzung von Einkommensschwachen zu „Reichen“. Soziale Einrichtung, d.h. kann übervorteilt werden.
- Kommune
Zwischen den Stühlen von Stadt und Landkreis Würzburg. Bestimmen wollen, aber nicht zahlen. Sonntagsreden bei Eröffnung. Keine Unterstützung durch kommunale Betriebe (z.B. Sperrmüllentsorgung).

*Mitarbeiter/Finanzierung***ABM-Stellen****§ 260 ff. SGB III**

75 bis 90 % Förderung durch die Arbeitsverwaltung bei 80 % Lohn
Erlöse werden angerechnet
Restpersonalkosten aus Eigenmitteln

derzeit 7 Stellen

SAM-Stellen**§ 272 ff. SGB III**

pauschale Stellenförderung etwa 2.300 DM, etwa 60 % des Lohns
Erlöse sind unerheblich
Restpersonalkosten aus Eigenmitteln

derzeit 14 Stellen

Mitarbeiterproblematik

- Die Auswahl bei Zuweisungen durch die Arbeitsverwaltung ist unzureichend.
- Die Auswahl der Mitarbeiter ist durch Rahmenbedingungen (Zuweisungsvoraussetzungen) erschwert bzw. behindert.
- Die Zusammensetzung des Mitarbeiterteams ist besonders problematisch.
- Die Belastbarkeit der Mitarbeiter ist sehr unterschiedlich (psychisch und physisch).
- Die Vermittlungsgebühren sind für das eigene Unternehmen kontraproduktiv.

Forderungen an die Politik

- Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Phänomen muß aktiv bearbeitet werden.
- Wirtschaftsunternehmen müssen nicht ständig geschützt, sondern in die Pflicht genommen werden.
- Die Rahmenbedingungen für Beschäftigungsbetriebe müssen festgelegt werden.

Schlußwort

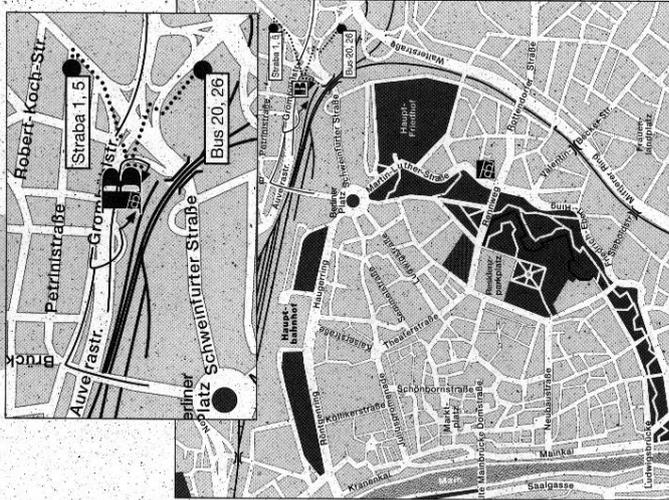
- Ein solches Unternehmen gelingt nur mit Mitarbeitern, die sich mit dem Anliegen des Beschäftigungsbetriebes identifizieren.
- Wagen Sie den Schritt zur Gründung nur, wenn Sie einen langen Atem haben und Niederlagen verkraften.
- Wenn dies zutrifft, erwartet Sie eine spannende Aufgabe und Sie könnten viel Neues in einer ungewohnten Art und Weise lernen.

BRAUCHBAR

gemeinnützige GmbH

Grombühlstraße 52, 97080 Würzburg

Telefon (09 31) 2 87 84-22, Telefax 2 87 84-23



GERN
 GEBRAUCHT!
 BRAUCHBAR



DIENST-
 LEISTUNGEN

BRAUCHBAR
 gemeinnützige GmbH

Neue Arbeit Würzburg
 Gesellschaft zur Förderung Arbeitsloser
 Mitglied im Diakonischen Werk Bayern

WER SIND WIR?

Unser Name sagt alles ...
 Heute wird in unserer Wegwerfgesellschaft mit Menschen oft genauso gedankelos wie mit Dingen umgegangen. Dagegen setzen wir ein Zeichen. Die Leistung von Frauen und Männern, die aufgrund der Arbeitsmarktlage keine Anstellung finden, ist **BRAUCHBAR**. Die erbrachten Dienstleistungen unserer Mitarbeiter sind **BRAUCHBAR**. Die von uns angebotenen Waren sind **BRAUCHBAR**. Deshalb unser Name.

Das Diakonische Werk Würzburg und die evangelische Gesamtkirchengemeinde Würzburg stellen sich dem Problem der Arbeitslosigkeit mit der Gründung der **BRAUCHBAR** gGmbH als gemeinnütziges Unternehmen.

Unsere ehrgeizigen Ziele sind folgende:

- **Wiedereingliederung Arbeitsloser**
- Wir bieten Arbeitslosen eine qualifizierte Beschäftigung, durch sozialpädagogische Betreuung begleitet. Dadurch wollen wir deren Wiedereingliederung in den freien Arbeitsmarkt erleichtern.
- **Schaffung von eigenen Arbeitsplätzen**
- Wir arbeiten in Nischenbereichen und verstehen uns nicht als Konkurrenz zur freien Wirtschaft. Unsere Tätigkeitsfelder passen sich immer wieder den aktuellen Gegebenheiten des Marktes und Fähigkeiten unserer Mitarbeiter an.
- **Unterstützung einkommensschwacher Haushalte**
- Durch faire Preisgestaltung, ermöglichen wir es, auch Menschen mit geringem Einkommen von unserer Angebotspalette Gebrauch zu machen.
- **Schonung der Umwelt**
- Umweltfreundlichkeit ist ein wichtiger Aspekt unseres Konzepts, da wir durch die Weiterverwendung brauchbarer Waren einen entscheidenden Beitrag zum Abbau des Müllbergs und damit zur Schonung unserer Umwelt leisten.

Öffentliche Verkehrsmittel

- ... Straßenbahnen: Linie 1 und 5, Haltestelle Luitpold-Krankenhaus jeweils etwa fünf Gehminuten
- ... Busverbindungen: Linie 20 und 26, Haltestelle Aumühle/Werkkauf jeweils etwa fünf Gehminuten

→ Autofahrten, Parkplätze am Haus

Sitz der Geschäftsleitung:
 Martin-Luther-Str. 1, 97072 Würzburg
 Telefon (0931) 3 63 92 36 oder 1 56 09, Telefax (09 31) 1 85 52

BRAUCHBAR

gemeinnützige GmbH

WENN SIE ...

- ... eine Wohnung räumen/renovieren müssen,
- ... ins Alten- oder Pflegeheim ziehen,
- ... in eine kleinere Wohnung umziehen wollen;
- ... der Keller entrümpelt werden muß,
- ... Sie Möbelstücke und Haushaltsgegenstände übrig haben.

Dann sind wir für Sie der richtige Ansprechpartner.

Sie benötigen Unterstützung in Ihrem Haushalt, um weiter in Ihren eigenen vier Wänden bleiben zu können?

Sie brauchen jemanden zum Kochen nach einem Krankenhausaufenthalt, weil Sie es noch nicht alleine schaffen?

Sie kennen sich bei Behördenangelegenheiten nicht gut aus und möchten begleitet werden?

Sie möchten, daß ab und zu jemand bei Ihnen vorbeischauf?

... dann wenden Sie sich an uns!

Bei Erteilung eines Auftrages spenden Sie uns gleichzeitig alles Brauchbare für unser Sozialkaufhaus!

Das Besondere an uns

Sie können uns Teile der zu leistenden Arbeiten oder auch die komplette Abwicklung – von der Entrümpelung über Behördenangelegenheiten bis zur Endreinigung – übergeben. Durch die Nutzung unserer Dienste ermöglichen Sie uns, arbeitslose Menschen zu unterstützen.

Schnelligkeit, Flexibilität und Gründlichkeit sind unsere Firmenprinzipien. Unsere Dienstleistung stimmen wir individuell auf Ihre Wünsche ab.

Unser

Dienstleistungsangebot

- Haushaltsauflösungen • Entrümpelungen • Möbelabholungen • Renovierungsarbeiten • etc.

- Einkaufen • Kochen • Waschen, Bügeln • Reinigungsarbeiten • Besuchsdienste • Begleitung bei Spaziergängen und Ämterangelegenheiten • Erledigung von Behördenangelegenheiten (Abmeldung, Postnachsendeaufträge etc.) • etc.

Wir übernehmen keine pflegerischen Arbeiten! Wir kooperieren hier mit der Evangelischen Sozialstation. Keine Abrechnung mit Krankenkasse/Pflegeversicherung.

OFFEN FÜR ALLE!

Weitere Informationen unter
BRAUCHBAR gGmbH
Telefon (09 31) 2 87 84 22

Aufträge nehmen wir nur nach vorheriger Besichtigung an. Sie erhalten von uns auf Wunsch einen schriftlichen Kostenvoranschlag. Wir informieren Sie gerne über unsere günstigen Stundenpreise und Pauschalen (kein Warenankauf wg. Gemeinnützigkeit).

Als Mitglied des Diakonischen Werkes Bayern sind wir Teil der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

Kooperationspartner
Arbeitsmaßnahme
Waldhof Hof
Waldweg 1, 97228 Reitmörscht
Telefon (0 93 02) 90 60-0
Evangelische Sozialstation
Neubausstraße 38, 97070 Würzburg
Telefon (09 31) 35 47 60
Ankündigungen und Druckfehler vorbehalten.



gemeinnützige GmbH

Andreas von der Heydt

Stadt Duisburg

**Die „Agenda-Schule“ und „Aktivitäten zur
Ausländerintegration“ in Duisburg**

Bereits im Herbst 1996 hat der Rat der Stadt Duisburg den Beschluß zur Erarbeitung einer LOKALEN AGENDA 21 gefaßt. Im Januar 1997 wurden eine Agenda-Koordinierungsstelle beim Amt für kommunalen Umweltschutz eingerichtet und vielfältige Aktivitäten angestoßen.

Bevor im folgenden mehrere Projekte aus dem Bereich „Soziales“ beispielhaft beschrieben werden, soll einleitend kurz das Selbstverständnis und der grundlegende Ansatz der Stadt bei der LOKALEN AGENDA 21 erläutert werden:

- Die Stadt versteht sich als Initiator und Motor des Agenda-Prozesses, die diesen in Schwung bringen will.
- Die von der Stadt übernommenen stadtweiten Koordinierungsaufgaben werden bewußt zeitlich auf eine zweijährige Initialisierungsphase begrenzt. In der Zwischenzeit soll sich der Prozeß verselbständigen und „das Laufen lernen“: zur Zeit werden Strukturen entwickelt, die den Fortgang gewährleisten. In der Folgezeit wird die Stadt den Agenda-Prozess aber weiterhin aktiv begleiten und sich mit eigenen Aktivitäten einbringen.
- Die Stadt setzt auf die Eigeninitiative der gesellschaftlichen Kräfte, versucht, diese zu wecken, zu unterstützen und darüber hinaus natürlich auch sich selbst als Akteur einzubringen.
- Die LOKALE AGENDA 21 soll dabei „bausteinhaft“ und gemeinsam mit vielen Akteuren im Dialog erstellt werden (Anlage 1).

Zu diesem Zweck wurden zu Beginn Strukturen geschaffen bzw. angeregt, die den Prozeß verwaltungsintern und -extern voranbringen (Koordinierungsstelle, interne Projektgruppe, Agenda-Forum, Arbeitskreise).

Zur Zeit befindet sich der Duisburger Agenda-Prozeß in einer spannenden Umorientierungsphase, da die stadtweiten Koordinierungsaufgaben aus der Verwaltung in ein externes Koordinierungsbüro ausgelagert werden sollen. Hierzu hat sich die Gerhard Mercator Universität GH Duisburg als Träger einer externen Koordinierungsstelle angeboten. Voraussichtlich im Herbst kann eine Agenda-Geschäftsstelle die Arbeit aufnehmen.

Nachdem die ersten Monate im Duisburger Agenda-Prozeß von den Fragen zur Organisation geprägt waren, zeichnete sich dann sehr schnell eine zweigleisige Vorgehensweise ab:

- Ein Standbein der LOKALEN AGENDA 21 stellt die programmatische, zunächst theoretische Zieldiskussion dar: nach der Diskussion und Überarbeitung eines Entwurfes wurden im Herbst 1998 die sogenannten „Leitlinien einer LOKALEN AGENDA 21 für Duisburg“¹ einstimmig vom Rat der Stadt beschlossen (Anlage 2). Die Leitlinien haben bereits zahlreiche Unterstützer gefunden. Im weiteren Verlauf gilt es nun, noch weitere Unterstützer ins Boot zu bringen und mit Ihnen gemeinsam konkrete Zielvereinbarungen und Selbstverpflichtungen zu erarbeiten.

Zu dieser programmatischen Zieldiskussion gehört auch ein „Dialog mit der Wirtschaft“, der in eine 140-seitige Broschüre mündete, in der Duisburger Unternehmen

1 Informationsmaterialien sind erhältlich beim Amt für kommunalen Umweltschutz, z.H. Herrn von der Heydt, 47049 Duisburg, Tel. 02 03/2 83 40 38; Fax 02 03/2 83 46 43; e-mail: a.vonderheydt@stadt-duisburg.de.

und Wirtschaftsverbände ihre Vorstellungen zum Thema „nachhaltiges Wirtschaften“ darstellen.

- Das zweite Standbein stellen die praxisorientierten, projektbezogenen Aktivitäten dar: zu nennen sind in diesem Zusammenhang ein bürgerschaftlicher Projektwettbewerb und die Vorstellung von 30 Agenda-Projekten der Verwaltung.

Zum Ende dieser kurzen Einführung in den Duisburger Agenda-Prozeß sei noch eine Bemerkung zur programmatischen Ebene erlaubt:

- in Duisburg steht bei der LOKALEN AGENDA 21 der Begriff der „Zukunftsfähigkeit“ im Sinne von „Zukunftssicherung“ im Vordergrund der Aktivitäten, nach dem Motto „Problemlösungen finden, die keine neuen Probleme schaffen, bzw. Probleme nur verlagern“ (sowohl lokal als auch global);
- dieser Anspruch gilt gleichberechtigt für soziale, ökonomische und ökologische Fragestellungen (Anlage 3). Die Ressourcenschonung und der Umweltschutz bestimmen in Duisburg nicht die Themenpalette, sondern stellen jeweils ein Thema unter anderen dar.

„Agenda-Schule“

Das Thema „Bildung und Schule“ findet sich in verschiedenen Bausteinen der LOKALEN AGENDA 21 in Duisburg:

- als wichtiger Bestandteil der „Leitlinien zur LOKALEN AGENDA 21“ (s. Anlage 2, Leitlinie 4),
- in der Agenda-Struktur (Arbeitskreis „Duisburger Schulen und Agenda 21“),
- im Agenda-Projektwettbewerb 1998 (mit zahlreichen Schulbeiträgen),
- in den Agenda-Projekten der Verwaltung (Energie sparen und Abfallvermeidung in Schulen),
- in der Vernetzungsarbeit (Uni-Aktivitäten, zum Schulbauernhof „Ingenhammshof“, Informationsabend mit Elternbeirat).

Im folgenden sollen beispielhaft zwei Schwerpunkte im Themenbereich Agenda 21 und Schule hervorgehoben werden:

- a) Arbeitskreis „Duisburger Schulen und Agenda 21“
- b) die Globus Gesamtschule und andere Schulen (Einzelprojekte)

a) *Arbeitskreis „Duisburger Schulen und Agenda 21“*

Der Arbeitskreis „Duisburger Schulen und Agenda 21“ ist auf Initiative des Frauenbüros der Stadt Duisburg entstanden. Aus anfänglich zwei sind inzwischen fünf beteiligte Schulen geworden und das Interesse bei anderen Schulen zum Mitmachen ist groß. Der Kreis soll in den nächsten Monaten vergrößert werden. Neben den Schulen sind zur Zeit in dem Arbeitskreis vertreten: die Infostelle Dritte Welt des evangelischen Kirchenkreises Duisburg Süd, die Regionalstelle Frau und Beruf, die Kriminalpolizei Duisburg, Bereich Umweltdelikte. Darüber hinaus bestehen Kooperationsbeziehungen zu verschiedenen städtischen Stellen (Sozialamt, Fachbereich Wohnungswesen, Stadtplanung, Grünflächenamt, Schulverwaltungsamt, Jugendamt, Stadtbibliothek, VHS).

Das Frauenbüro koordiniert und leitet den Arbeitskreis. Das Themenspektrum hat sich in letzter Zeit von frauenspezifischen Fragestellungen hin zur allgemeinen Agenda-Problematik erweitert. Als konkrete Projekte des Arbeitskreises sind zu benennen:

- eine gemeinsame Stellungnahme zum Leitlinienentwurf und Vertretung der Positionen in einer Anhörung zu den Leitlinien,
- Teilnahme an der Fachtagung „Zukunftsfähiges Lernen – Wege zur Nachhaltigkeit“ am Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Kooperation mit der Natur- und Umweltschutz-Akademie des Landes NRW vom 9.-11.3.1998,
- Zusammenarbeit bei Veröffentlichungen (unter Federführung des Frauenbüros): Heft „Agenda-Schulen“ oder Faltblatt „Anlaufstellen, Projekte und Vernetzungsstrukturen des Frauenbüros“,
- Einzelprojekte an den Schulen (z.T. dokumentiert im Heft „Agenda-Schulen“²),
- die Erweiterung, Umstrukturierung und Ausdifferenzierung des Arbeitskreises.

Der Arbeitskreis strebt den Aufbau eines Netzwerkes „Agenda-Schulen in Duisburg“ an, mit den Zielen:

- Erleichterung des Informationsaustausches und -transfers (u.a. durch das Internet),
- Werbung für die Agenda 21-Idee im Bildungsbereich,
- Vernetzung von interessierten Schulen und weiteren interessierten Institutionen, Verbänden usw.,
- Meinungsbildung, Fortbildung,
- Anregung und gemeinsame Durchführung von Projekten (z.B. Energie sparen an Schulen, Projekte zur Müllvermeidung, Aktion „umweltgerechter Schulweg“, Eine-Welt-Projekte),
- Frauenpolitik und Mädchenförderung unterstützen,
- Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bei der Stadtentwicklung aufzugreifen und auszuweiten,
- Interessenvertretung von Angehörigen der Duisburger Bildungsinstitutionen im lokalen Stadtentwicklungsprozess.

Für den Herbst/Winter 1999 bereitet der Arbeitskreis eine große öffentliche Veranstaltung und ein Gemeinschaftsprojekt vor.

2 Lokale Agenda 21 für Duisburg aus Frauensicht, Heft 3: Agenda - Schulen - Duisburger Wege, Hg. Stadt Duisburg, Frauenbüro, Duisburg 1998. Einzelexemplare können im Frauenbüro der Stadt Duisburg bestellt werden: Rathaus, Burgplatz 19, 47049 Duisburg, Tel. 02 03/2 83 20 47, Fax 02 03/2 83 39 64.

b) *die Globus Gesamtschule und andere Schulen (Einzelprojekte)*

Die Globus Gesamtschule³ ist die erste Schule in NRW, die ihr gesamtes Schulprofil auf die Agenda 21 abstimmen will (vgl. Beitrag in „Agenda-Schulen“¹ und Anlage 4):

- Abstimmung des Schulprogramms auf die Agenda 21;
- Erweiterungsbauten und Ausstattung der Schule nach Agenda-Gesichtspunkten;
 - thermische Solaranlage,
 - Demonstrationsanlage für Windkraft und Sonnenenergie,
 - Regenwassernutzung,
 - Schulhofentsiegelung und -begrünung,
 - Erweiterungsbau im Niedrigenergiehaus-Standard,
- Lehrinhalte und -methodik;
 - neuer Lehrplan für Arbeitslehre (nachhaltiger Umgang mit Ressourcen), später Ausdehnung auf andere Fächer,
 - interdisziplinäres Unterrichten, Ausrichtung der Lehrinhalte nicht am Fach, sondern an Problemlagen, zu denen die notwendigen Sachinformationen sowie Handlungsmöglichkeiten vermittelt werden,
- Schülerprojektgruppe „Green-Globus-Team“;
- Aktivitäten zur Öffnung der Schule werden verstärkt;
- Eltern und Schüler werden an wichtigen Beratungs- und Entscheidungsprozessen intensiv beteiligt.

Beispielhaft für die Beiträge anderer Schulen seien hier die prämierten Projekte aus dem Agenda-Wettbewerb angeführt.

Wettbewerb „21 zukunftsfähige Projekte für Duisburg“

Prämierte Schulprojekte

- „In Meiderich miteinander“ – Aktionsreihe des AKSUS e.V. (Arbeitskreis Schule und Stadtteil e.V.)
- Agenda-Schule Globus am Dellplatz, Gesamtschule Globus am Dellplatz
- Chancen der Solarenergienutzung, Robert-Bosch-Berufskolleg
- Stadt Schule im Grünen, Städt. Gemeinschaftshauptschule Emil-Rentmeister
- Naturnahe Schulumfeldgestaltung, Realschule Rheinhausen
- Schulischer Zugang zur Zukunftsfähigkeit, Infostelle „Dritte Welt“ des evangelischen Kirchenkreises Duisburg-Süd
- Die energiesparsame Schule, Gemeinschaftsgrundschule Marktplatz

Der Wettbewerb wurde in der Schriftenreihe „Bausteine einer LOKALEN AGENDA für Duisburg“ dokumentiert, erhältlich bei der Agenda-Koordinierungsstelle.

³ Kontaktadresse: Dr. Peter Borjans-Heuser, Städtische Gesamtschule Globus am Dellplatz, Gottfried-Könzgen-Str. 3, 47051 Duisburg, Tel. 02 03/2 86-4 90, Fax 02 03/2 86-49 30.

Darüber hinaus sind noch weitere Aktivitäten im Bereich Bildung und Agenda 21 in Duisburg vorzufinden. Zu nennen wären zum Beispiel die Projekte des Fachbereiches Geographie an der Gerhard Mercator Universität GH Duisburg. Diese können jedoch aus Platzgründen hier nicht weiter ausgeführt werden⁴.

Insgesamt zeigt es sich, daß die Verbindung der Agenda-Thematik mit dem Bildungsbereich ein sehr dankbarer Ansatz für Aktivitäten im Agenda-Bereich ist, der auch sehr gut von den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen aufgegriffen werden kann.

Aktivitäten zur Ausländerintegration

Auch das Thema Ausländerintegration findet sich in verschiedenen Bausteinen der Duisburger Agenda-Aktivitäten:

- in den Leitlinien (s. Anlage 2, Leitlinie 2);
- in den Verwaltungsprojekten (Projekt „Verstehen lernen“);
- im Projektwettbewerb (s.u. Projekt „Agenda-Teestube“ und weitere Projektvorschläge);
- bei der Vernetzung/im Konsultationsprozeß (schriftliche Umfrage des Frauenbüros unter Türkinnen), aus der sich ergaben:
 - Frauenfeste in zwei Stadtteilen,
 - Stadtrundfahrt zur Duisburger Frauengeschichte in deutsch und türkisch,
 - das Projekt Agenda-Teestube in Duisburg Hochfeld.

An dieser Stelle sei noch ein Hinweis zur Systematik von „Agenda-Projekten“ erlaubt: Diese werden in Duisburg nicht von ihrer Herkunft oder ihres zeitlichen Ursprungs her definiert. Mit anderen Worten: Sie müssen nicht als Agenda-Projekt gestartet sein und mit dieser Grundhaltung von Anfang an konzipiert worden sein. Vielmehr gelten als Meßlatte verschiedene Kriterien, die sich bereits im Projektwettbewerb und bei den Verwaltungsprojekten bewährt haben (s. Anlage 1). In diesem Sinne wurden auch von der Verwaltung 30 Projekte zusammengestellt und veröffentlicht, die in besonderem Maße den Anforderungen an eine zukunftsfähige Entwicklung entsprechen.

Zur Vertiefung werden im folgenden zwei Projekte aus dem Bereich Ausländerintegration beschrieben – ein Projekt aus den o.g. Verwaltungsprojekten, ein Projekt, das im Rahmen des Projektwettbewerbes ausgezeichnet worden ist.

Verstehen lernen

Handlungsnotwendigkeit – Kurze Problembeschreibung

Zwei Moscheevereine stellten Anträge „zum Betrieb einer Beschallungsanlage zum Zwecke des Gebetsaufrufes“. Mit der Beschallungsanlage beabsichtigen die beiden Einrichtungen, die muslimischen Gläubigen freitags zum Hauptgebet und während des Ramadanmonats zum Abendgebet zu rufen. Diese Anträge haben in Duisburg zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Kern dieser Debatte ist die Frage, ob Menschen trotz der

4 Informationen bei: Prof. Dr. Wulf Habrich, Gerhard Mercator Universität Gesamthochschule Duisburg, Fachbereich 6 Chemie - Geographie, Institut für Geographie, Lotharstraße 65, 47057 Duisburg; e-mail: w.habrich@uni-duisburg.de.

Unterschiede ohne Ängste und Vorbehalte bereit sind, zusammenzuleben und Zukunft gemeinsam gestalten wollen.

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Duisburg in Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Duisburg e.V., im Rahmen der „Antidiskriminierungsprojekte“ des Landes Nordrhein-Westfalen Anfang 1997 eine zweijährige Maßnahme unter dem Titel „Verstehen lernen“ gestartet⁵.

1. Ziel

Mit dieser Maßnahme wurde beabsichtigt, zum einen kurz- und mittelfristig Strukturen aufzubauen, um in der „krisenhaften“ Situation intervenieren zu können und zum anderen eine Entwicklung einzuleiten, um langfristig an der Grundproblematik zu arbeiten. Das Herangehen an die Grundproblematik bedarf sensiblerer und neuer Umgangsformen, neuer politischer Denk- und Handlungsweisen, durch die das Neben- und Miteinander für alle Beteiligten zu einem „Normalzustand“ wird.

2. Maßnahmen

Das Zusammentreffen verschiedener Kulturen, der Umgang mit Minderheiten, wird auch in Zukunft in den Städten und Stadtteilen eine Herausforderung darstellen. Da ein friedvoller und offener Umgang von Mehr- und Minderheiten die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen, insbesondere in den stark betroffenen Stadtteilen, maßgeblich beeinflusst, ist es geboten, Verfahrenswege und Handlungsweisen für einen konfliktfreien Umgang zu entwickeln, um damit vom kurzfristigen Krisenmanagement zu einem langfristig gerechten Miteinander zu kommen. Eine veränderte politische und gesellschaftliche Kultur des Miteinanders ist eine wesentliche Voraussetzung für eine friedvolle Gestaltung der Zukunft in den Städten.

Als Ausgangspunkt für diesen Prozeß wurden Informationen über die islamische Minderheit in Duisburg vermittelt und eine Basis für Begegnungen in unterschiedlichen Bereichen des Lebens geschaffen, mit der Zielsetzung, den interreligiösen und interkulturellen Dialog zu fördern. Um den Prozeß zu gestalten, wurde ein Gremium aus Vertretern der Stadtverwaltung, der Arbeiterwohlfahrt, der Kommission der Moscheevereine, der evangelischen Kirche, der katholischen Kirche, des Ausländerbeirates der Stadt Duisburg und des Ausländerausschusses der IG Metall gebildet. Die Aufgaben des Gremiums liegen in der Mitwirkung bei der Konzeptentwicklung und bei der Erarbeitung von Konfliktlösungsstrategien. Darüber hinaus obliegen ihm Beratungs- und Entscheidungsbefugnisse über konkrete Handlungsempfehlungen. Die Gremiumsmitglieder wirken darüber hinaus bei der Umsetzung von Handlungsempfehlungen aktiv mit und übernehmen auch bestimmte Bereiche eigenverantwortlich. Alle Mitglieder können Ideen und Handlungsvorschläge in das Gremium eingeben.

⁵ Ansprechperson für die Stadt Duisburg: Ausländerreferat, Frau N. Kartal, 47049 Duisburg, Tel. 02 03/8 00 95 37.

Folgende Handlungsempfehlungen wurden bisher umgesetzt:

- Veröffentlichung der Infobroschüre „Islam in Duisburg“,
- Durchführung von Informations- und Diskussionsveranstaltungen,
- Sprachförderung für Mütter und Kinder,
- Veranstaltung eines Kinderfestes,
- Gründung von Partnerschaften zwischen religiösen Gemeinden,
- Durchführung der Veranstaltungsreihe „Duisburger Islamtage“,
- Ausstellungen,
- Gründung eines Servicezentrums (Anlaufstelle für Probleme aller Art, Beratung zur Durchführung von Veranstaltungen für Deutsche und Nichtdeutsche),
- Schüleraustausch von Nichtdeutschen in deutsche Familien und umgekehrt.

Mit Hilfe einer, noch nicht realisierten, Konfliktberatungsstelle sollen die Beteiligten gemeinsam nach Lösungen suchen. Im Ideenstadium befindet sich noch die Entwicklung eines Handwerkhofes, in dem traditionelle Handwerksberufe aus den verschiedenen Herkunftsländern (z.B. Teppichknüpferei, Porzellanmalerei) angesiedelt werden sollen.

Eine langfristig angelegte Zielsetzung über das Projekt hinaus wird das Herangehen an strukturelle Probleme sein. Dazu zählt die Förderung gleichberechtigter Entwicklungs- und Entfaltungsrechte der Minderheitenkulturen, indem durch Gründung von Eigeninitiativen eine emanzipatorische Stärkung des „Selbstbildes“ unterstützt wird. Ein Weg hierzu ist z.B. die Sensibilisierung und Aktivierung der Minderheiten für ihre soziale Umwelt und für die daraus resultierenden Probleme.

3. Zeitrahmen

Das Projekt ist Ende 1998 ausgelaufen. Die Stadt Duisburg wird den Prozeß aber weiter begleiten.

Mit dem Projekt „Aufeinander Zugehen“, das auch vom Land NRW gefördert wird, wird der interreligiöse Dialog in einer Eigeninitiative von islamischen Glaubensgruppen (Moscheevereine, alevitische Vereine), katholischer und evangelischer Kirche fortgeführt. Der interkulturelle Dialog wird nach Auswertung einer Defizitanalyse mit Handlungsempfehlungen durch die Universität Duisburg weiterentwickelt.

Inzwischen haben sich die Moscheevereine zum Forum Islamischer Gemeinde in Duisburg – FIGID – zusammengeschlossen und treten als Ansprechpartner für muslimische Fragen auf (d.h. für 40 Moscheevereine ist jetzt eine Ansprechperson vorhanden).

Die türkischen, arabischen und marokkanischen Moscheevereine betreiben zwei Folgeprojekte:

- Bau einer zentralen Moschee in Duisburg,
- muslimischer Unterricht in Schulen.

Das heißt, die o.g. Handlungsempfehlungen haben sich z.T. verselbständigt, viele wurden umgesetzt.

Resümee

Für das Projekt kann insgesamt ein positives Fazit gezogen werden. Die Arbeit des Gremiums hat sich bewährt, Konflikte und Problemstellungen konnten thematisiert werden und gemeinsam nach Konfliktlösungsmodellen gesucht werden.

Bezogen auf die Eingangsfrage zum Antrag auf den lautsprecherverstärkten Gebetsruf des Muezzin in Duisburg hat das Projekt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu mehr Toleranz zwischen den Menschen und zu mehr Kooperation und Vernetzung zwischen den gesellschaftlich verantwortlichen Kräften geschafft.

Die Devise der Kommission der Moscheevereine lautet, langsam kleine Schritte zu gehen. Die zur Zeit noch fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung wird gesehen und Zurückhaltung geübt.

Agenda-Teestube für Frauen in Hochfeld

Aus dem Konsultationsprozeß des Frauenbüros ist das Projekt „Agenda-Teestube für Frauen in Hochfeld“ entstanden. Eine Umfrage unter türkischen Bewohnerinnen ermittelte ein hohes Informationsbedürfnis in bezug auf Agenda-Themen. Interesse wurde an den verschiedenen Themenbereichen geäußert, wie Gesundheit, Umweltschutz, Konsum, Berufs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, Kindererziehung sowie kulturelle Angebote.

Projektträger ist die Internationale Initiative Hochfeld e.V. (I.I.H.)⁶. Sie organisiert die Agenda-Teestube für deutsche und ausländische Frauen als öffentlichen Treffpunkt mit Informationsangeboten.

1. Ziele

Hochfeld ist seit langem ein benachteiligter Stadtteil, in dem vor allem Frauen aus dem öffentlichen Leben zurückgedrängt werden. Viele Hochfelderinnen sind alleinerziehende Mütter, Sozialhilfeempfängerinnen oder arbeitslos und dadurch häufig sehr arm sowie ausgegrenzt.

Im Kapitel 24 der Rio-Agenda werden frauenspezifische Forderungen aufgestellt, ohne die eine nachhaltige Entwicklung nicht zu erzielen ist: Zugang zu Bildungsmöglichkeiten, gleichberechtigte Beschäftigungsmöglichkeiten, Beendigung der geschlechtsspezifischen Diskriminierung und die Einbeziehung von Frauen in wirtschaftliche und politische Entscheidungsprozesse.

Die Agenda-Teestube in Hochfeld hat exemplarischen Charakter, sie bietet den Frauen die gewünschten fehlenden Informationen und ermöglicht ihnen eine Auseinandersetzung mit Themen wie Umweltschutz, Konsumverhalten, Leben in der Zukunft oder Bildung. Eine sinnvolle Ergänzung zur Agenda-Teestube wird das übliche Kursangebot der I.I.H. darstellen.

⁶ Kontaktadresse: Internationale Initiative Hochfeld e.V. (I.I.H.), Immendal 29, 47053 Duisburg, Tel./ Fax: 02 03/6 95 95, Ansprechpartnerinnen: Friederike Eßers-Groß, Nesrin Tunc, Karoline Robins.

Ein weiteres Ziel ist die Völkerverständigung auf lokaler Ebene, alle Veranstaltungen richten sich an deutsche und ausländische Frauen. Damit hat die Agenda-Teestube eine integrative Wirkung. Sie trägt den in einer Umfrage von türkischen Frauen in Hochfeld geäußerten Wünschen nach mehr Informations- und Treffmöglichkeiten Rechnung und hat somit eine innovative Bedeutung. Durch Informationen zu Themen wie Müllvermeidung und -trennung im Haushalt wird die Ressourcenschonung gefördert.

Die verstärkte Aufklärung und Information der Frauen hat positive Auswirkungen für die Zukunft. Da sie in fast allen Fällen die erste Sozialisationsinstanz für ihre Kinder sind, wirken sich ein verändertes Bewußtsein oder ein umweltschonendes Verhalten im Haushalt direkt auf die nachfolgende Generation aus.

Die Kontakte zwischen deutschen und ausländischen Frauen fördern Verständnis und Toleranz und bringen neue Informationen auf beiden Seiten. So können Vorurteile abgebaut werden und die Integration oder die Bleibeperspektiven der ausländischen Frauen verbessert werden.

2. Maßnahmen

Eine Umfrage des Duisburger Frauenbüros unter den türkischen Bewohnerinnen Hochfelds ermittelte ein hohes Informationsbedürfnis. Interesse wurde an den verschiedensten Themenbereichen geäußert. Gesundheit (z.B. Aids, Drogen), Kindererziehung, Umweltschutz, Konsum, Berufs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie kulturelle Angebote.

Die Informationsveranstaltungen finden innerhalb der Agenda-Teestube statt und werden von der I.I.H. in Kooperation mit o.a. Einrichtungen organisiert. Parallel wird eine Kinderbetreuung angeboten. Die Teilnahme an den Veranstaltungen (außer Ausflügen) ist kostenlos. Die I.I.H. ist seit vielen Jahren in Hochfeld mit dem Schwerpunkt „Frauen und Mädchen“ tätig, ihr Frauenzentrum stellt eine geeignete Räumlichkeit dar und sie verfügt über intensive Kontakte zu anderen im Stadtteil tätigen Einrichtungen.

Im Frühjahr wurden Veranstaltungen zu folgenden Themen angeboten:

1. Wie erziehe ich mein Kind? (Psychologin, türkische Sprache)
2. Was lernt mein Kind im Kindergarten? (Kindergartenleiterin, deutsch mit türkischer Übersetzung)
3. Wie schütze ich mich und meine Familie vor lebensbedrohlichen Infektionskrankheiten? (Frauenärztin, deutsch mit türkischer Übersetzung)
4. Wohin mit dem Müll? (Abfallberater, türkische Sprache)
5. Wohin, wenn ein Kind Hilfe braucht (Entwicklungsstörungen, -verzögerungen etc.)? (Institut für Jugendhilfe, deutsch mit türkischer Übersetzung)
6. Welche Ausbildungs- und Lehrgangsmöglichkeiten gibt es für mein Kind? (AWO, Hauptabteilung Arbeit, Bildung, Beruf, deutsch mit türkischer Übersetzung)
7. Ausflug zum Kaisergarten in Oberhausen gemeinsam mit Kindern

Weitere Informations- und Diskussionsrunden mit Referentinnen sind geplant, zwischen- und durch wird es Gelegenheiten für gemütliche Treffs geben. Außerdem sind weitere Ausflüge und Exkursionen z.B. zum Haus Ruhrnatur in Mülheim vorgesehen.

3. *Zeitraumen*

Anfang März bis Dezember 1999

4. *Beteiligte Akteure*

I.I.H. in Kooperation mit Frauenbüro, Hochfelder Kindergärten und Schulen, städtischen Einrichtungen

5. *Kosten und Finanzierung*

Die Kosten in Höhe von 8.000 DM für Honorare (Teestubenleitung, Kinderbetreuung, Referentinnen) und Sachmittel werden finanziert durch die Prämie aus dem Agenda-Wettbewerb „21 zukunftsfähige Projekte für Duisburg“ der Stadt Duisburg und Zuwendungen des Landes NRW „Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit“.

Anlage 1

LOKALE AGENDA 21**DAS VORGEHEN****in Duisburg****Leitbild / Leitlinien**

Leitliniendiskussion

Analyse

der örtlichen Situation

Zielkonkretisierungen/
Selbstverpflichtungen**Ziele**

Netzwerkverzeichnis

Potentiale

für die Umsetzung

Wirtschaftsreader

Maßnahmen

Was ist zu tun?

Projektwettbewerb

Verwaltungsprojekte

ErfolgskontrolleAbschlußbericht der
Initialisierungsphase

Anlage 2

Leitlinien einer Lokalen Agenda 21 für Duisburg

Präambel

Duisburg strebt eine zukunftsfähige Entwicklung an.

Eine zukunftsfähige Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, daß wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und ökologisches Gleichgewicht als gleichberechtigte Ziele miteinander verknüpft sind, wobei die globale Verantwortung und die Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu beachten sind.

Für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung braucht Duisburg verlässliche Rahmenbedingungen. Dazu muß in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik verstärkt nach einem Konsens über Ziele und Wege gesucht werden. Hinzu muß eine Kultur der Sensibilität für die Mitmenschen und die Natur kommen.

Im Interesse einer zukunftsfähigen Entwicklung unserer Stadt sind alle – Wirtschaftsakteure, öffentliche Institutionen und Einzelpersonen – zur Mitarbeit gefordert. Aus den vorliegenden Leitlinien sollen Selbstverpflichtungen der Beteiligten entwickelt werden, für die Stadt Duisburg in der Form von Zielkonkretisierungen.

Alle Beteiligten müssen bemüht sein, für eine zukunftsfähige Entwicklung im Rahmen partnerschaftlicher Entscheidungsfindung konstruktiv und sachlich zusammenzuarbeiten. Dabei geht es um die gemeinsame und gleichberechtigte Gestaltung der Zukunft durch Frauen und Männer aller Generationen.

1. Arbeit und Wirtschaftsstruktur

Duisburg braucht zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Dabei trägt die Duisburger Wirtschaft eine große Mitverantwortung für den sozial und ökologisch verträglichen Strukturwandel und damit für den Erhalt einer lebenswerten Stadt auch für kommende Generationen.

Die Stadt bemüht sich unter Einbeziehung der Wirtschaft im Rahmen einer Beschäftigungsgesellschaft um eine soziale und gerechtere Zukunft.

Gemeinsam gilt es, die traditionellen Stärken wie Stahlwirtschaft, Hafen und Logistik weiterzuentwickeln, verstärkt das Handwerk sowie kleinere und mittlere Unternehmen zu fördern und dabei nachhaltige, zukunftsfähige Produktionsprozesse, Produkte und Dienstleistungen unter besonderer Berücksichtigung der Grundsätze einer Kreislaufwirtschaft, der regenerativen Energieerzeugung und zukunftsorientierter Branchen wie der Mikroelektronik oder multimedialer Technik zu entwickeln.

2. Zusammenleben in einer sozialen Stadt

Duisburg arbeitet für eine soziale und gerechte Zukunft.

Der integrative Projektansatz in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf ist dafür ein gutes Beispiel. Es ist wichtig, eine sozialstrukturell ausgewogene Stadtentwicklung zu betreiben.

Für Kinder und Jugendliche sind motivierende wie auch überschaubare Gestaltungsmöglichkeiten wichtig.

Duisburg braucht die Bereitschaft für ein gutes Zusammenleben der unterschiedlichsten sozialen Schichten, Nationen, Kulturen und Religionen. Es gilt, gemeinsam die Kräfte und Fähigkeiten zu bündeln, um gleichwertige bürgerschaftliche Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement für ein lebenswertes Duisburg für alle zu ermöglichen.

Dabei wird in Duisburg das Miteinander in Vereinen und Verbänden gefördert und die Ehrenamtlichkeit als wichtige Kraft in unserem gesellschaftlichen Leben unterstützt.

3. Umweltschutz und Lebensqualität

Duisburg fördert die städtische Umwelt und sichert die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger.

Dies geschieht durch die Verbesserung der Luft-, Boden- und Wasserqualität, eine ökologisch orientierte Abfallwirtschaft, den Lärmschutz, die Sicherung und Entwicklung von Erholungsgebieten, die Erhaltung biologischer Vielfalt durch Schutz der Lebensräume heimischer Tier- und Pflanzenarten und einen haushälterischen Umgang mit der Fläche. Hierzu gehört zudem das kommunale Klimaschutzkonzept zur Umsetzung von Maßnahmen rationeller und regenerativer Energieerzeugung, effizienter Energienutzung und minimalem Energieverbrauch, an dem sich alle beteiligen müssen.

Duisburg verfolgt das Ziel einer ökologischen und zugleich ökonomischen Verkehrsentwicklung. Ein Schwerpunkt liegt bei der Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs.

Duisburg braucht eine kosten-, energie- und flächensparende ökologische Bauweise sowie die Sanierung des Wohnungsbestandes unter sozialen und ökologischen Aspekten.

4. Bildung und Wissenschaft

In Duisburg werden Bildung, Wissenschaft und Forschung eine immer wichtigere Rolle spielen.

Daher kommt vielfältigen Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie der Universität große Bedeutung für die zukunftsfähige Entwicklung zu. Die Duisburger Bildungsoffensive unter dem Namen „Zukunftsinitiative Bildung“ will in diesem Sinne die Rahmenbedingungen des Bildungswesens (vom Elementarbereich bis zum Weiterbildungsbereich) verbessern und die Begabungsreserven mobilisieren. Duisburg und seine Universität – mit ihrer Aus- und Weiterbildungsfunktion, ihren Forschungsaufgaben und dem Forschungstrans-

fer – arbeiten zur Bewältigung der aus dem Strukturwandel erwachsenden Aufgaben eng zusammen.

5. Konsum und Lebensstil

In Duisburg müssen sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Lebens- und Arbeitsumfeld selbstverantwortlich um einen umwelt- und sozialverträglichen Konsum zur Schonung von Ressourcen, zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und aus entwicklungspolitischer Verantwortung bemühen. Dabei ist ein entsprechendes Beratungsangebot eine wichtige Voraussetzung.

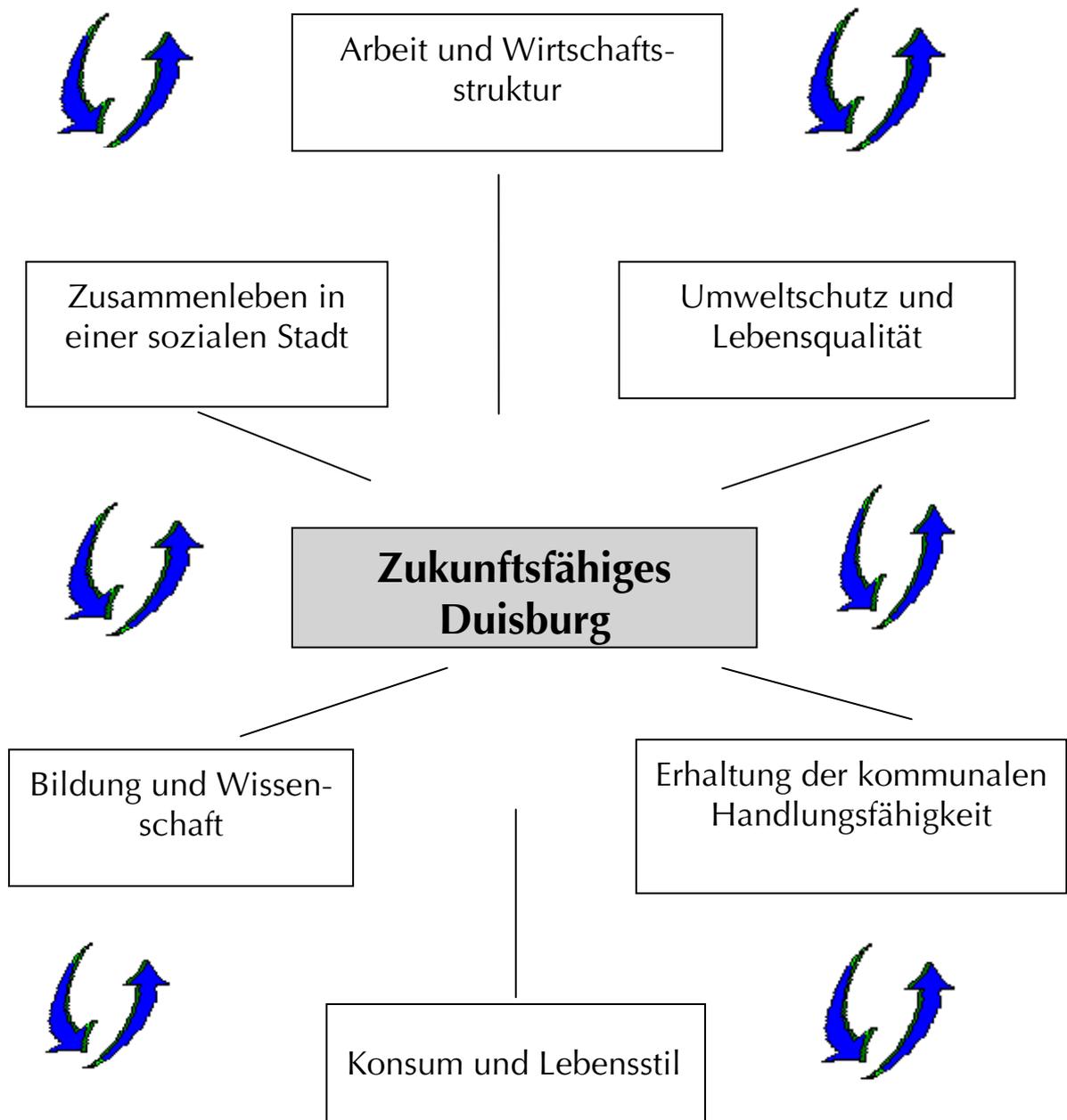
Umwelt- und sozialverträglicher Konsum und verantwortliches Wirtschaften hängen unmittelbar voneinander ab. Zukunftsfähige Entwicklung bedeutet insoweit die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards bei unternehmerischen Aktivitäten in anderen Ländern sowie die Berücksichtigung entwicklungspolitischer Belange im kommunalen Handeln und die Förderung eines gerechten Handels.

Initiativen für eine gesellschaftlich und politisch akzeptierte neue Umweltethik sind unterstützenswert.

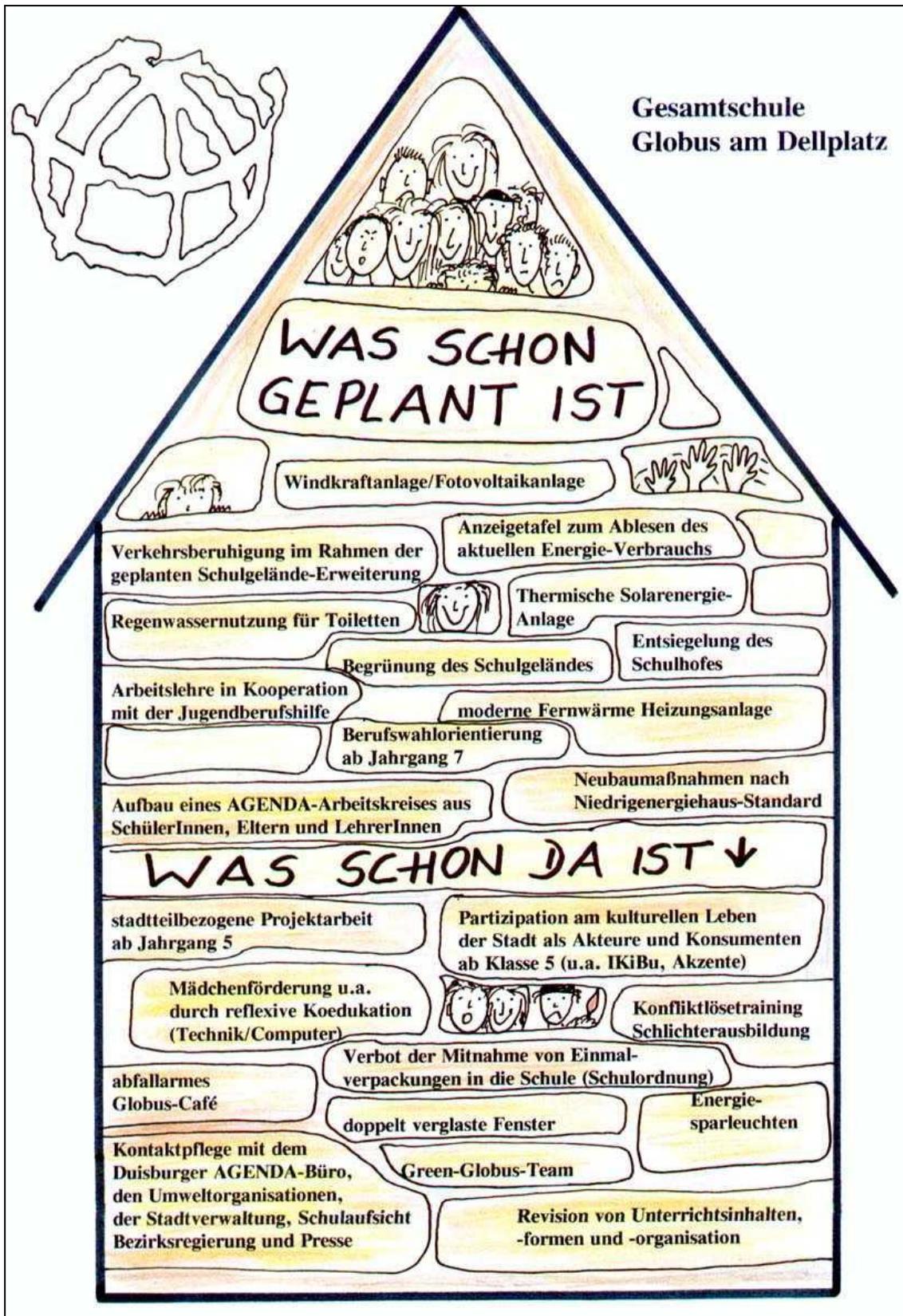
6. Erhaltung der kommunalen Handlungsfähigkeit

Duisburg will den Erhalt und Ausbau der von der Bürgerschaft mitzugestaltenden kommunalen Selbstverwaltung. Daraus entsteht das Streben nach einem ausgeglichenen Haushalt und die Forderung nach Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit.

Anlage 3



Anlage 4



Das Agenda-Haus wird gebaut (Stand Herbst 1998)

Jörg Taubert

Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Berlin

**Territorialer Pakt für Beschäftigung und Standortsicherung
in Berlin-Neukölln**



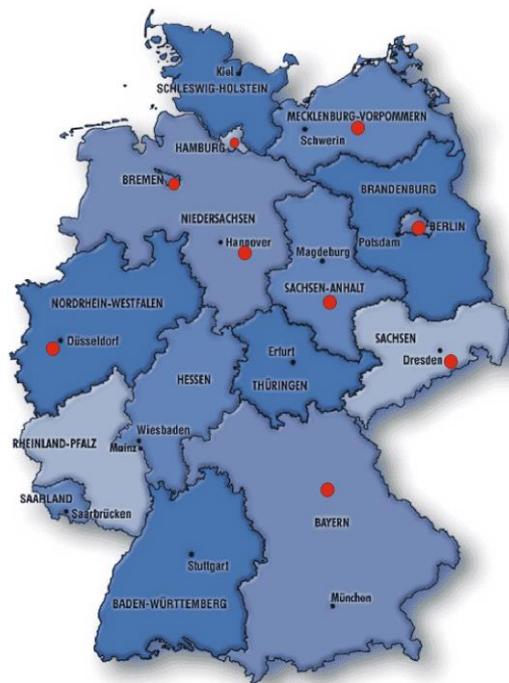
Territorialer Beschäftigungspakt Lokales Bündnis für Standortsicherung und Beschäftigung in Berlin-Neukölln

TEP-Territorial Employment Pacts

89 Pakte in Europa

9 Pakte in Deutschland

- Bayern
- Bremen
- Hamburg
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- und einer in Berlin



Die Akteure (u.a.)

Wirtschaft und Arbeit in Neukölln e.V.

Vorstand: Bezirksbürgermeister

Prof. Manegold

Dr. Hermann Borghorst

Geschäftsführer: Armin Wernitz

Paktkoordination: Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub)

Dr. Reiner Aster

Gabriele Wunsch

Finanzierung und Hauptpartner des Neuköllner Paktes

- Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen: Senatorin Frau Gabriele Schöttler;
- Arbeitsamt Berlin Süd: Direktor Dietmar Koeppen;
- Europäische Kommission: DG V und XVI;
- und ... die Privatwirtschaft.

Neukölln

- 23 % Arbeitslosigkeit
- Neukölln Nord: 30 %
- größtes Sozialamt in D
- 19.000 Gewerbetreibende
- größter Industriestandort
- kulturelles Potential, z.B. Neuköllner Oper, ECC
- Flughafen und Autobahn



Unser Aktionsplan

- Aktion 1: Soziale Stadtentwicklung
- Aktion 2: Neue GründerZEIT
- Aktion 3: JAZZ - JugendAlter-ZukunftsZeit
- Aktion 4: Challenge
- Aktion 5: Konvoi Neukölln
- Aktion 6: Networking

Aktion 1

Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit von Sozialhilfeempfängern, ausländischen Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen

Grundidee:

Die Idee ist, die Verbesserung des Wohnumfeldes mit der Beschäftigung der o.g. Zielgruppen zu verknüpfen und dabei die Potentiale und das Know how der ortsansässigen Wohnungsbaugesellschaften und ihrer Betriebe zu nutzen. Die Wohnungsbaugesellschaften haben ein Interesse daran, das Wohnumfeld, insbesondere aber auch die Situation ihrer Mieter, die überdurchschnittlich häufig arbeitslos sind oder Sozialhilfe beziehen, zu verbessern. Die Gesellschaften stellen für die Aktion 1 Räumlichkeiten zur Verfügung, übernehmen Betriebskosten und stellen Kontakte zu jenen Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben her, die zusätzliche Einstellungen vornehmen sollen. Außerdem kennen sie die Bedarfe und Nöte der Bevölkerung in ihren Wohngebieten und haben Kontakt zu den bereits etablierten Einrichtungen und Projekten.

Die Heranführung an die Arbeitswelt geschieht durch praxisnahe AB-Maßnahmen und durch Praktika in Betrieben im Rahmen von ABM. Bereits konzipiert ist eine ABM für Jugendliche als Malergehilfen, die zur Graffitibeseitigung in Hausfluren, Treppenhäusern oder im Außenbereich eingesetzt werden. Außerdem wird eine Sozialberatungsstelle durch BEQUIT mbH aufgebaut, indem z.B. Hausaufgabenhilfen angeboten und Bewerbungsschreiben verfaßt werden. Auch eine Fahrradwerkstatt und soziale Betreuungsangebote sind angedacht. Weitere Maßnahmen beinhalten ganz konkrete Hilfen für ältere oder hilfsbedürftige Mieter, wie z.B. „Balkongestaltung“ oder „Waschküchenservice“.

Quantifizierung: 75 (max. 100) Angehörige der Zielgruppen

Laufzeit: 01.03.1998 bis 28.02.2000

Finanzierung: Projektmittel ESF-Fonds Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Strukturanpassungsmaßnahmen, BSHG § 18 (4) Bundessozialhilfegesetz, Mittel der Wohnungsbaugesellschaften und der Betriebe.

Aktion 2

Neue GründerZEIT – Junge Menschen machen sich selbständig – Junge Unternehmen bleiben am Markt

Grundidee:

Die zweite Aktion basiert auf der allgemeinen Erkenntnis, daß der Wille und die Fähigkeiten, sich selbständig zu machen, in der Bundesrepublik und auch in Berlin – gemessen am Maßstab anderer europäischer Länder – unterentwickelt sind. Daraus folgt, daß ein hoher Nachholbedarf an Neugründungen besteht. Vorhandene „Gründeroffensiven“ müssen durch Aktivitäten auf lokaler Ebene ergänzt werden, die eine stärker beschäftigungsorientierte Ausrichtung haben. Eine Besonderheit der Initiative „GründerZEIT“ ist

es deshalb, daß die Zielgruppe junger Menschen zwischen 18 und 35 ermutigt werden soll, sich selbständig zu machen. Im Falle der erfolgreichen Gründung wird durch direkte und indirekte Beschäftigungseffekte ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet. Insbesondere werden auch Existenzgründerinnen unterstützt.

Die Existenzgründer werden in ein lokales Netz von Unterstützern eingebunden, das von bezirklichen und regionalen Einrichtungen bis zu Patenschaften mit örtlichen Unternehmen reicht. Außerdem steht ein Expertenteam – online und bei Bedarf auch persönlich – zur Verfügung. Aber auch bereits existierende Firmen (junge Unternehmen) werden unterstützt, insbesondere bei der Erschließung überregionaler Absatzmärkte und bei der Stabilisierung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Da Gründungen durch junge Leute häufig aufgrund mangelnder fachlicher Kompetenz u.ä. scheitern, soll der Existenzgründer durch vorgeschaltete Qualifizierungskurse unterstützt werden. Außerdem soll Existenzgründern für die Startphase bzw. zur Aufnahme von Krediten ein Start-Kapital zur Verfügung gestellt werden.

Quantifizierung: 50 Existenzgründungen – 100 Arbeitsplätze – Unterstützung von 30 jungen Unternehmen.

Laufzeit: 01.07.1998 bis 30.06.2000

Finanzierung:

- Europäische Fördermittel
- Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen
 - § 57 Sozialgesetzbuch III (Überbrückungsgeld) der Bundesanstalt für Arbeit
 - Private Sponsoren
 - Investitionsbank Berlin

Aktion 3

Bündnis Ausbildungsnetzwerk Neukölln zur Erhöhung des Angebotes an Ausbildungsplätzen, Erleichterung des Übergangs an der 2. Schwelle

Grundidee:

Die Erstausbildung im dualen System, die Gewinnung von Firmen, die zusätzliche und zukunftssträchtige Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, durch Ausbildungsverbände und weitere, noch zu identifizierende Strategien zur Erhöhung der Angebotsseite in kleinen und mittleren Unternehmen, sind wichtige Themen dieser Aktion. Der Berliner Senat und die Bundesanstalt für Arbeit stellen enorme Mittel für die zusätzliche Schaffung von Ausbildungsplätzen zur Verfügung. Dennoch sind allein in Neukölln gegenwärtig viele Bewerber unversorgt. Hinzu kommt eine viel größere Zahl sogenannter „Altbewerber“, die im nächsten Jahr wiederum auf den Lehrstellenmarkt drängen. Deshalb sind noch viel intensivere Schritte qualitativer und quantitativer Natur notwendig, um die äußerst prekäre Lage Neuköllner Jugendlicher, die zum Teil schon seit Jahren auf Ausbildungsplatzsuche sind, längerfristig zu verbessern. Im Rahmen des Paktes sollen diese Initiati-

ven gebündelt und – unter dem Stichwort „Bündnis Ausbildungsnetzwerk“ – durch neue Organisationsstrukturen, neue inhaltliche Ideen und Aktivitäten ergänzt und erweitert werden.

Die praktische Umsetzung erfolgt in verschiedenen, teilweise parallel laufenden Einzelschritten:

- Verfassung einer pragmatisch orientierten Studie über die Ausbildungssituation im Bezirk Neukölln und den Nachbarbezirken;
- Erarbeitung einer Akquisitionsstrategie für Betriebe;
- Einrichtung eines „Aktionsbüros Ausbildung“, in enger Anbindung an das örtliche Arbeitsamt, die zuständige Senatsverwaltung und den Verein;
- Akquisition von zusätzlichen Ausbildungsplätzen;
- Organisation von Ausbildungsverbänden;
- Organisation von Informationsveranstaltungen mit Betrieben und beteiligten Partnern - Weiterführung und Intensivierung der bisherigen „Ausbildungsforen“ des Verein;
- Erarbeitung von öffentlichkeitswirksamen Materialien.

Quantifizierung: Ausbildungsplätze (122-244), Übergang zweite Schwelle (50)

Laufzeit: 01.06.1998 bis 31.05.2000

Finanzierung:

- Arbeitsamt Berlin Süd (§ 10 SGB III, einschließlich direkter Förderung ausländischer Mädchen)
- Senatsverwaltung für Arbeit über gsub mbH (Lohnkostenzuschüsse für Berufsanfänger des Landes Berlin)
- Fördermittel des Landes nach ARP (Arbeitsmarktpolitisches Rahmenprogramm) und nach Sonderprogrammen für die Einrichtung von Ausbildungsverbänden und von Ausbildungsplätzen
- Europäische Mittel aus den „Mainstream-Programmen“

Aktion 4

Förderung des Strukturwandels in kleinen und mittleren Unternehmen

Mit Hilfe eines innovativen Beratungskonzeptes, das die Integration der Wirtschaftsförderungsmöglichkeiten mit denen der Arbeitsverwaltung vorsieht und die Aktivitäten der ansonsten oft getrennt operierenden Akteure kombiniert, soll beispiel- und modellhaft an mehreren mittelständischen Unternehmen ein durchgreifender, alle Funktionsbereiche umfassender Modernisierungs- und Innovationsschub in Gang gesetzt werden. Diese Maßnahme wird flankiert durch ein integriertes Vorgehen von wirtschafts- und arbeitsmarktorientierten Experten unter Einbeziehung einer professionellen, betriebs- und personalwirtschaftlich ausgerichteten Unternehmensberatung.

Eine zweite Aktivität der Aktion 4 besteht darin, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, indem Arbeitnehmer/-innen, die von unabwendbaren Entlassungen betroffen sind, durch präventive Intervention im Sinne von individueller Einzelberatung, Qualifizierung und innovativen Integrationsstrategien auf neue Arbeitsplätze vermittelt werden.

Diese Ziele sollen mit folgenden Methoden erreicht werden:

- Umstrukturierung von etwa 3 Modellfirmen nach der Methode der „kleinen Schritte“ und im Zusammenhang mit einem integrierten Beratungsansatz;
- Betriebswirtschaftliche Analysen durch professionelle, betriebs- und personalwirtschaftlich ausgerichtete Unternehmensberatung;
- technische Unterstützung der Firmen bei der Beantragung von Strukturkurzarbeit;
- Durchführung von Bildungsmessen in den Betrieben, die vom Personalabbau betroffen sind;
- Maßnahmen zur beruflichen Neuorientierung (Bewerbungstraining, Strategien des Self-Marketing, der Selbstsuche u.a.);
- Organisation der Qualifizierung während der Zeit der Strukturkurzarbeit;
- Praktika bzw. Zweitarbeitsverhältnisse bei möglichen neuen Arbeitgebern;
- Arbeitsvermittlung durch das Arbeitsamt und den gsub-Vermittlungsservice;
- Vorbereitung von Existenzgründungen während der Zeit der Kurzarbeit;
- intensives Gruppen- und Einzelcoaching für nicht vermittelte Arbeitnehmer/-innen;
- Vortragsreihen und andere motivierende Elemente.

Laufzeit: 01.07.1998 bis 30.06.2000

Finanzierung:

- Eigenmittel der Unternehmen (Freistellung für Qualifizierung, Sozialplanmittel und Sozialversicherungsbeiträge bei Strukturkurzarbeit)
- Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen des § 175 Strukturkurzarbeit und Zuschüsse zu Sozialplanmitteln (Eingliederungsmaßnahmen nach § 254 ff. SGB III)
- ESF-Mittel für Qualifizierung
- Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen
- Landes „ADAPT“-Projekt

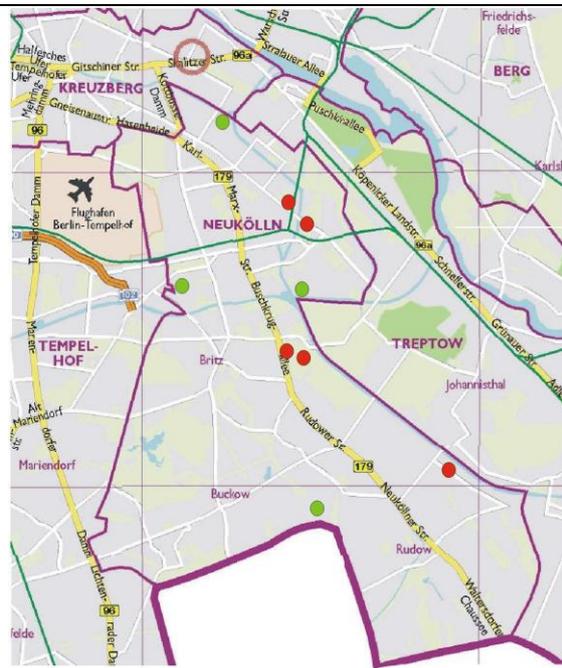
Neukölln im Strukturwandel

abbauende Betriebe

- Eternit
- Spielkarten GmbH
- Alcatel
- Melitta
- Elida Faberge

aufbauende Betriebe

- Stoffdruckerei
- Altmann & Böning
- Pockrandt



*Quelle: Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub), Berlin.

Aktion 5

„Für ein umweltbewußtes Neukölln – Ökoaudits für Unternehmen“

Im Rahmen dieser Aktion werden „Ökoaudits“ mit Neuköllner Unternehmen durch einen oder mehrere Träger oder Firmen, die auf diesem Gebiet Erfahrungen haben, durchgeführt. Weiterhin soll eine Vortragsreihe mit namhaften Fachleuten zur Sensibilisierung von kleinen und mittleren Unternehmen in Neukölln veranstaltet werden und es ist vorgesehen, für alle an Umweltfragen Interessierten Informationsveranstaltungen durchzuführen.

Ganz nach dem Vorbild des Bezirks Neukölln, der sich als erster Stadtbezirk Berlins einer Umweltprüfung unterzieht und somit Vorreiter auf diesem Terrain ist, sollen mit der Aktion 5 Firmen und öffentliche Einrichtungen für umweltrelevante Themen sensibilisiert werden. Für den Bestand und die Weiterentwicklung des Standortes Neukölln ist eine umweltverträgliche Steuerung der Prozesse und der Einsatz umweltschutztechnischer Lösungen sowie die Optimierung ökologischer und ökonomischer Ziele von immenser Bedeutung.

Laufzeit: 01.07.1998 bis 31.12.1999

Finanzierung:

- Investitionsbank Berlin
- Umweltförderprogramme u.a.
- finanzielle Beteiligung der Unternehmen am Ökoaudit

Aktion 6

Die Initiative des Vereins zur Veranstaltung der „Neuköllner Wirtschaftstage“ entstand vor dem Hintergrund, daß Neukölln als potenter Wirtschaftsstandort Berlins im öffentlichen Bewußtsein kaum präsent ist. Als bevölkerungsreichster Wohnbezirk Berlins mit all seinen Problemen ist er weithin bekannt und in jüngster Zeit auch durch eine negative Berichterstattung in den Medien in den Vordergrund des Interesses gerückt worden. Kaum wahrgenommen wird dagegen seine leistungsstarke wirtschaftliche Infrastruktur mit ihrer Bedeutung für die Berliner Wirtschaft.

Der Verein „Wirtschaft und Arbeit in Neukölln e.V.“ hatte es sich zur Aufgabe gemacht, mit den „Neuköllner Wirtschaftstagen“, die im März 1999 in den Gropiuspassagen stattfanden, diesem Negativ-Image entgegenzuwirken. Die Wirtschaftstage boten ein breitgefächertes Programm von Veranstaltungen, Ausstellungen, Expertenrunden und Firmenpräsentationen.

„Networking“



Zwischenergebnisse der Aktionen 1 bis 6 (Stand: Mai 1999)

Insgesamt wurden bisher 420 Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen und viele weitere erhalten.

Metropolitan Employment Pacts (MEP'S)

... eine Initiative von 5 Großstadtpakten

London-Haringey
Stockholm
Hamburg
Berlin
Kopenhagen
Bremen

weitere internationale Partner:

Rom, Rotterdam, London-Islington, Bologna



Rolf de Vries
Handwerkskammer Hamburg

Die Handwerkskammer Hamburg im Agenda 21-Prozeß
Einsichten, Ansichten, Aussichten –
Beispiele erfolgreichen Wirkens

Das Handwerk ist sich seiner Verantwortung auch für die Umwelt seit langer Zeit bewußt. Jedes unternehmerische Handeln hat Auswirkung auf die Umwelt. Aus diesem Grund begrüßt, unterstützt und initiiert das Handwerk in seinen vielfältigen Bereichen viele sinnvolle Aktivitäten bei der Umsetzung der Agenda 21 in Deutschland.

Nachhaltiges Wirtschaften und handwerkliches Arbeiten sind in ihrer grundsätzlichen Ausrichtung identisch und unser ureigenes Anliegen. Wartungsfreundlichkeit, Reparaturfähigkeit, Langlebigkeit, Quartiersbezug und Regionalität sind Begriffe, die sich mit handwerklichen Produkten und Prozessen seit jeher verbinden, diese Begriffe wurden in der Vergangenheit vom Handwerk mitgeprägt.

Wenn jetzt bei der Umsetzung der Agenda 21 in Deutschland sich auch das Handwerk engagiert, so geschieht dies zum einen daraus, daß originäre Anliegen des Handwerks berührt sind und zum anderen wollen wir den Prozeß von Veränderungen auch in unserem Sinne und aus unserer gelebten Erfahrung positiv mit beeinflussen. Es ist auch unser Verständnis von Demokratie, gesellschaftliche Veränderungen aktiv mit zu diskutieren und zu gestalten.

Bei der Agenda 21 geht es – auf einen sehr kurzen Nenner gebracht – darum, mehr Gerechtigkeit in unserem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handeln zu verwirklichen. Gerechtigkeit nach zwei Seiten ist es: Auf der einen Seite ist mehr Gerechtigkeit in unserem Handeln gegenüber den kommenden Generationen gefordert. Das bedeutet:

1. Die Nutzungsrate sich erneuernder Ressourcen darf deren Regenerationsrate nicht überschreiten.
2. Die Nutzungsrate sich erschöpfender Ressourcen darf die Rate des Aufbaus sich regenerierender Rohstoffquellen nicht überschreiten.
3. Die Rate der Schadstoffemission darf die Kapazität zur Schadstoffabsorption der Umwelt nicht überschreiten.

Auf der anderen Seite ist mehr Gerechtigkeit gefordert in der Zusammenarbeit mit den Menschen und Ländern der Dritten Welt. Das derzeitige Verhältnis im Ressourcenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Nord und Süd kann so nicht weitergehen, wenn wir die Zukunft wirklich meistern wollen.

Der Umweltbildung kommt bei der Umsetzung der Agenda 21 weltweit, in Deutschland und auch im Handwerk eine Schlüsselrolle zu. Es gilt, zielgerichtet Veränderungen im Verhalten zu erreichen. Dieser Prozeß ist letztlich nur über die individuelle Einsicht in die Notwendigkeit zur Veränderung zu erzielen, die auf Verständnis und Verstehen der Grundlagen basiert.

Umweltbildung ist damit der Weg der Prävention von falschem Umweltverhalten oder, positiv formuliert, der Weg und die Unterstützung durch Wissensvermittlung zum richtigen Umgang mit der Umwelt in allen Bereichen unseres Lebens. Es ist der große Bereich der Sachinformationen über die Zusammenhänge und der ebenso große Bereich der sozialen und gesellschaftlichen Bewertung und Einordnung, die vermittelt werden müssen, um gewollte Veränderungen auch zu erreichen.

Das Handwerk hat dazu in Deutschland schon sehr früh in seiner Organisation Kompetenz aufgebaut. In den Handwerkskammern, den Innungen und den Verbänden sind

MitarbeiterInnen tätig, die sich aktiv beratend und unterstützend um Umweltschutz in den Betrieben kümmern. Aber auch in den Betrieben selber – also direkt am Ort des Geschehens –, wo Umweltschutz aktiv praktiziert werden muß, ist Kompetenz und Verständnis vorhanden bzw. entwickelt worden. Das gilt sowohl für den Meister, aber auch für die MitarbeiterInnen. Trotzdem gilt es auch hier, noch eine Menge in der Zukunft zu tun. Die fast unübersichtliche Anzahl von Gesetzen, Vorschriften und Auflagen sind vielleicht im Ansatz gut gemeint, aber oft in der Praxis nicht unbedingt hilfreich und umsetzbar.

Der Prozeß der Umsetzung der Agenda 21 wird in Hamburg von drei Bereichen, die untereinander in fachlicher und personeller Abstimmung stehen, organisiert:

- dem Arbeitskreis der behördlichen Agenda 21 Aktivitäten in der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Schwerpunkt in den Dienststellen und den Betrieben der Stadt unter Federführung der Umweltbehörde;
- dem Beratungskreis Agenda 21 Hochschule und Wissenschaft der Hamburger Universität und der Hamburger Hoch- und Fachschulen;
- dem Zukunftsrat Hamburg als einem offenen Zusammenschluß von über 75 NGOs (Vereinen, Verbänden, Organisationen und Institutionen), die an der Arbeit zur Umsetzung der Agenda 21 durch eigene Projekte interessiert und engagiert sind.

Die Handwerkskammer Hamburg arbeitet durch ihre Zukunftswerkstatt und dem Zentrum für Energie-, Wasser- und Umwelttechnik (ZEWU) im Zukunftsrat mit und ist Gründungsmitglied.

Der Zukunftsrat Hamburg hat sich im April 1996 gegründet. Er fördert und entwickelt alle geeigneten Aktivitäten und Prozesse, die im Sinne der Agenda 21 sind. Er versteht sich als kritisch-öffentliche Instanz, als Zusammenschluß von Nichtregierungsorganisationen, die sich aktiv in die Politik einbringt. Er konkretisiert ständig Ziele und Leitbilder einer Lokalen Agenda 21 und ist intensiv bemüht, die Öffentlichkeit für deren praktische Umsetzung zu gewinnen. Dies geschieht auch durch halbjährliche Treffen des Zukunftsrates, einem vierteljährlichen Mitgliederrundbrief und der Präsenz im Internet (E-Mail: zukunftsrat-hamburg@t-online.de, <http://www.hwk-hamburg.de/agenda21/zukunft.htm>). Zur Koordination und Organisation der Arbeit des Zukunftsrates wurde ein Koordinierungskreis eingerichtet, in dem das Zentrum für Energie, Wasser- und Umwelttechnik (ZEWU) aktiv tätig ist. Im Koordinierungskreis werden insbesondere die Aktivitäten der Arbeitsgruppen unterstützt und die Kontakte zu den anderen Arbeitskreisen kontinuierlich unterhalten. Er ist Sprecher des Zukunftsrates der Öffentlichkeit.

Die Handwerkskammer Hamburg hat sich als eine der ersten Kammern in Deutschland bereits frühzeitig intensiv mit dem Thema Umweltschutz beschäftigt.

Im Jahr 1985 wurde das ZEWU gegründet, das Fragen des Umweltschutzes als Schwerpunkt für das Handwerk in Hamburg bearbeitet.

Alle Aktivitäten und Tätigkeiten des ZEWU werden in vier Funktionsbereichen zusammengefaßt:

1. Funktionsbereich: Umweltbildung

Schwerpunkt der Arbeit ist die berufliche Zusatzqualifikation im Umweltbereich. Ein umfangreiches, aktuelles Lehrgangsangebot in Vollzeitunterricht, aber auch begleitender Abend- und Wochenendunterricht werden angeboten. Neben Standardlehrgängen werden auch spezielle Bildungsangebote für bestimmte Gewerke und Auftraggeber erarbeitet und durchgeführt. Theorie und Praxis stehen bei dem Bildungsangebot in angemessenem Verhältnis.

Die Liste gibt eine Übersicht über einige Lehrgänge:

- Gewerkespezifische Umweltschutzlehrgänge – für das Handwerk,
- Umweltschutzberater im Handwerk – Abendstudiengang,
- Kundendienstmonteur im Heizungs- und Lüftungsbau – Vollzeitlehrgang und berufsbegleitend,
- Betriebsbeauftragte – Fachkunde-Lehrgänge und Aufbau-Lehrgänge,
- Sachkundelehrgang Abscheideanlagen – Nachweis nach §15 HmbAbwG,
- Umweltschutzfortbildung – Naturwissenschaftler und Ingenieure,
- Ver- und Entsorger – Umschulung,
- Umwelt-Auditor/Umweltmanagement für die Praxis – Grund- und Vertiefungslehrgänge.

2. Funktionsbereich: Beratung, Prüf- und Analysedienste

Das ZEWU unterstützt Unternehmungen in allen umweltschutzrelevanten Fragen, sowohl von der verfahrenstechnischen Seite, als auch bei der behördlichen Abwicklung im Genehmigungsverfahren und bei der Beantragung von Förderungsmitteln für Umweltschutzmaßnahmen.

Dazu zählen auch Beprobungen und Messungen in der Umwelt (der Medien: Wasser, Boden, Luft und Lärm) sowie die umfassende Analyse und Bewertung im eigenen Laboratorium des ZEWU.

Tätigkeitsfelder in diesem Funktionsbereich sind:

- Aufbau von Güte- und Entsorgungsgemeinschaften
 - Verein umweltgerechter Textilreiniger (VUT) mit Überwachung und Schulung
 - Verband der Kälteanlagenbauer mit Überwachung und Schulung
 - Garten- und Landschaftsbau mit Überwachung
- Energieberatung
 - Winddichtemessungen
 - Nutzung regenerativer Energiequellen
 - Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen alternativer Energiequellen
 - Schulungen und Erprobung

- Informationsvermittlung
 - Datenbankrecherchen zur Informationsgewinnung
 - Durchführung von Fachkongressen/Expertentagungen
- Umweltmanagement
 - Vorbereitung von Öko-Audits
 - Durchführung von Stoffstromanalysen und Bilanzierung
 - Kommunale Agenda 21 Aktivitäten und Projekte des Handwerks

3. Funktionsbereich: Forschung und Entwicklung

Schwerpunkt der Tätigkeit des ZEWU sind praxisbezogene und auftragsorientierte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in enger Zusammenarbeit mit Betrieben und Vermarktungshilfen für neue Umweltschutzprojekte.

Bestimmte Fragestellungen können im Rahmen von Diplom-Arbeiten von Studenten der Technischen Universität Hamburg-Harburg, der Hamburger Universität und den Hamburger Fachhochschulen einer Lösung zugeführt werden.

Tätigkeitsfelder in diesem lösungs- und anwendungsbezogenen Bereich sind:

- Forschung und Entwicklung
 - Bodenkläranlage SUBTERRA
 - Entwicklung und Betrieb von Pilotanlagen
 - Biofilter für schwach-kontaminierte Tunnelabluft
 - Kooperationsprojekt mit der Türkei
 - Trocknungsverfahren durch Kälte in der Nahrungsmittelbranche
- Technologie-Transfer
 - Projekte und Aktivitäten im Inland und Ausland (Baltische Staaten, Türkei, Thailand)
- Erfinderkontaktstelle
 - Erfinderberatung und -betreuung
- Gutachten und Studien

4. Funktionsbereich: Zentrum für Arbeit und Gesundheit

Dem ZEWU wurde im Dezember 1994 vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) der Auftrag erteilt, ein Informations-, Beratungs- und Diagnosezentrum zur Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes in kleinen und mittelständischen Unternehmen Hamburgs einzurichten. Das Modellprojekt wird seit April 1995 unter der Bezeichnung: Zentrum für Arbeit und Gesundheit bearbeitet.

Hauptanliegen des Projektes ist es, in kleinen und mittleren Unternehmen Akzeptanz für den präventiven Gesundheitsschutz zu schaffen, gemeinsam mit ausgewählten Betrieben

KMU-gerechte Gesundheitsschutzkonzepte zu entwickeln und diese im Ziele-Konzept der Unternehmen zu integrieren. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, um den Krankenstand in den Betrieben zu reduzieren, die Gefahr der Frühverrentung einzudämmen, einem weiteren Anstieg der Lohnzusatzkosten entgegenzuwirken und die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu steigern.

Im Rahmen des Modellprojektes werden in einzelnen Betrieben ausgewählter Branchen auf der Basis der vorliegenden Untersuchungen und Daten sowie ergänzender Analysen und Erhebungen die Ursachen für krankheitsbedingte Ausfallzeiten und Leistungsminde- rungen ermittelt und mit Unternehmern und Mitarbeitern gemeinsame, betriebsspezifische Konzepte entwickelt, erprobt und eingeführt. Allgemein anwendbare Bestandteile der Konzepte werden in andere Branchen transferiert. Der integrative Ansatz von Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz soll Grundlagen für das in der Diskussion befindliche Arbeitsschutzrahmengesetz und seine Umsetzung in die betriebliche Praxis schaffen.

Umweltbildung hat im Tätigkeitsfeld des ZEWU einen besonderen Stellenwert. Dieses ergibt sich auch aus den Zahlen über die Anzahl der Lehrgänge, der Teilnehmer und Teilnehmerstunden.

Im Jahr 1998 wurden in 55 verschiedenen Lehrgängen (als Tagesunterricht und als berufs- begleitender Unterricht abends und am Wochenende) 950 Teilnehmer in 9.600 Unterrichtsstunden im Umweltschutz aus- und fortgebildet. Daneben stehen noch 3 Lehrgänge mit 40 Teilnehmern mit rund 40.000 Unterrichtsstunden für Umschulungsmaßnahmen im Bereich Umweltschutz.

Verglichen mit den Vorjahren müssen wir aber leider seit 1997 in den öffentlich geförderten Lehrgängen einen Rückgang von rund 12 % wegen reduzierter Mittel feststellen, obwohl eine unveränderte Nachfrage durch Teilnehmer besteht.

Für die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 21 in Deutschland hat die Umweltbildung eine große Bedeutung. Neben den klassischen Modellen müssen auch neue zielgruppen- gerechte Methoden entwickelt und eingesetzt werden.

*(Obenstehender Beitrag wurde nicht vorgetragen, lag aber als Manuskript vor.
Die Redaktion)*

Silvia Hesse
Landeshauptstadt Hannover

**Lokale Agenda 21 in Hannover –
im Dialog neue Wege gehen
Mit der Wirtschaft ins Gespräch kommen**

Der Auftrag der Agenda 21 an die Kommunen lautet im Kapitel 28, mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen in einen Dialog zu treten. Doch dies ist nicht immer leicht. Jede Gruppe bedarf ihrer eigenen Ansprache. Mit diesem Beitrag möchte ich über den Agenda-Prozeß Hannover berichten und aufzeigen, welche Wege und Ansätze wir verfolgen, um immer wieder neue Kräfte für den Agenda-Prozeß zu gewinnen, insbesondere die Wirtschaft.

Wie alles begann ...

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover hat am 8. Juni 1995 im Dialog mit Einwohnerinnen und Einwohnern, örtlichen Organisationen und der Wirtschaft beschlossen, eine lokale Agenda 21 zu erstellen. Fachübergreifend soll – sowohl inhaltlich als auch durch eine neue Form der Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Verwaltung – nach Lösungen für die Bewältigung der Probleme im 21. Jahrhundert gesucht werden.

Als Leiterin der Abt. Umweltkommunikation wurde ich beauftragt, den Konsultationsprozeß in Gang zu setzen. Um nach außen und innen zu verdeutlichen, daß es uns in diesem Prozeß um die Umsetzung der Agenda 21 geht und dementsprechend auch neben der ökologischen, die soziale und wirtschaftliche Dimension berücksichtigt werden soll, erhielt unsere Abteilung zusätzlich den Namen „Agenda-Büro“.

Zunächst hatten wir die Aufgabe, den Konsultationsprozeß zu initiieren und entsprechende Strukturen zu schaffen. Um möglichst viele Menschen für die Ziele der Agenda 21 zu gewinnen, umfaßt der Agenda-Prozeß in Hannover vier Bausteine:

- Stadtweiter Dialog als Instrument zur Entwicklung von Visionen, Leitlinien und konkreten Maßnahmen als Basis einer gemeinsamen Verständigung;
- Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zur Bewußtseinsbildung und Verhaltensänderung;
- Projekte als Beispiel für realisierte Visionen;
- Umsetzung von konkreten Maßnahmen innerhalb und außerhalb der Verwaltung.

Das Agenda-Büro bietet den organisatorischen Rahmen. Es werden u.a. Bildungsveranstaltungen mit verschiedenen Kooperationspartnern durchgeführt. Vielfältige Aktivitäten werden koordiniert und vernetzt, um die im wesentlichen ehrenamtliche Arbeit aller Beteiligten zu unterstützen.

In einer Auftaktveranstaltung im Jahr 1996 konnten viele engagierte Bürgerinnen und Bürger zur Mitarbeit motiviert werden. Anschließend wurden Arbeitsgruppen zu den Themen ARBEIT, FREIZEIT, WOHNEN und KONSUM gebildet.

Abbildung 1: Bausteine der Lokalen Agenda 21 in Hannover



*„Was ist für uns wichtig, in dieser Stadt,
in der wir wohnen, arbeiten und leben für heute, morgen und übermorgen?
Welche Ziele sollen erreicht werden
und welche Maßnahmen sind notwendig,
damit diese Stadt eine Lebensqualität erhält,
in der auch unsere Kinder und Enkelkinder gut leben können,
weil sie dauerhaft sozialverträglich und umweltschonend ist,
ohne zusätzliche Lasten in anderen Regionen oder Länder zu verursachen?“*

*Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Agenda-Büro, Hannover 1999.

Mit diesen Fragen beschäftigten sich von da an mehrere hundert Menschen in Arbeitsgruppen und anderen zielgruppenspezifischen Veranstaltungen.

Zur Unterstützung wurde den Arbeitsgruppen jeweils ein verwaltungsexternes Team (Organisator/-in und Moderator/-in) zur Seite gestellt. Ihre Aufgabe war es, die erforderlichen fachlichen (Hintergrund-)Informationen bereitzustellen und den Arbeitsgruppenablauf zu moderieren.

Um Frauen, Kinder, Jugendliche und MigrantInnen stärker an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, wurden Workshops und Zukunftswerkstätten durchgeführt, in denen sie ihre Vorstellungen für ein zukunftsfähiges Leben und Handeln entwickelten.

Das Agenda-Büro informiert durch Sachstandsberichte und regelmäßig erscheinende Agenda-Zeitungen Rat, Verwaltung und die Öffentlichkeit über die Arbeit der Gruppen und der Projekte, die parallel entwickelt und/oder umgesetzt wurden.

Der erste Arbeitsabschnitt zur Erstellung einer lokalen Agenda 21 wurde mit einer öffentlichen Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse im März 1998 abgeschlossen. Vor

mehr als 600 interessierten Besucherinnen und Besuchern wurden die Ergebnisse des Dialogprozesses sowie die laufenden Projekte vorgestellt. Als „Meilenstein“ wurde dem Oberbürgermeister der Stadt Hannover ein Bericht übergeben, der die Leitbilder, Leitlinien, Leitziele, Maßnahmen und Projekte der vier Agenda-Arbeitsgruppen und der (Diskussions)Werkstätten der Frauen, Jugendlichen und MigrantInnen enthielt.

Um den stadtweiten Dialog auszuweiten und fortzusetzen, sollten auf dieser Grundlage weitere gesellschaftliche Gruppen beteiligt werden. In einem nächsten Schritt wurde der Endbericht der Arbeitsgruppen der Verwaltung und der Wirtschaft zur Stellungnahme vorgelegt. Die Stellungnahmen aus Öffentlichkeit und Verwaltung wurden vom Agenda-Büro zusammengetragen und synoptisch dargestellt. Mit einem Formulierungsvorschlag des Agenda-Büros versehen, wurde der „Diskussionsstand des Dialoges für eine lokale Agenda 21“ allen Interessierten zur Verfügung gestellt. Als politischer Auftraggeber erhielten der Rat sowie die Bezirksräte der Stadt Hannover diese Zusammenstellung, die zur Zeit in allen politischen Gremien beraten wird.

Agenda 21 und der Dialog zur Stadtentwicklung

Unabhängig von den politischen Beratungen ist vereinbart worden, daß die bisherigen Agenda-Ergebnisse in das *Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung 2001 – 2005* einfließen sollen, das sich derzeit in Arbeit befindet. Mitglieder des bisherigen Agenda-Prozesses wurden zu thematischen Workshops eingeladen, um an der laufenden Diskussion zum Stadtentwicklungsprogramm mitzuwirken.

Das Handlungsprogramm mit den hierin enthaltenen Schwerpunkten der Stadtentwicklungspolitik der Jahre 2001-2005 wird einen wichtigen Schritt der Stadt Hannover auf dem Weg zu einer kommunalen Agenda 21 darstellen.

... und wie geht es weiter mit den Arbeitsgruppen?

Der Agenda-Prozeß ist ein langfristig angelegter Prozeß, an dem sich alle interessierten Menschen beteiligen können. Damit der Dialog und Austausch weiter fortgeführt wird, sind die Arbeitsgruppen Wohnen, Arbeit, Freizeit und Konsum sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Workshops für Frauen, Jugendliche und MigrantInnen zu einem Agenda-Forum zusammengeführt worden, das darüber hinaus für alle Interessierten offen ist (vgl. Abb. 2). Hier findet die Diskussion zu einer mittel- bis langfristig angelegten kommunalen Agenda 21 statt. Auch Projekte werden vorgestellt und neue Bündnispartner zur Umsetzung gesucht. Die Bildungs- und Kommunikationsprozesse werden im Arbeitskreis Kommunikation vernetzt und koordiniert. Die im Agenda-Prozeß erarbeiteten Beispielprojekte, wie z.B. ein Energiepaß für Wohngebäude, werden im Rahmen der jeweils vorhandenen Haushaltsansätze fortgeführt bzw. umgesetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Agenda-Büros ist in der nächsten Zeit eine Kampagne zur Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens in den Haushalten. Entsprechend eines Ratsbeschlusses vom Dezember 1998 wird gemeinsam mit der örtlichen Wirtschaft ein Projekt „Ökoprofit“ durchgeführt, auf das ich später noch genauer eingehen werde.

Auch die Wirtschaft ist gefragt

Grundsätze unseres Agenda-Prozesses sind, daß

- jede und jeder jederzeit mitmachen kann,
- vernetztes Denken und fachübergreifendes Handeln gefördert werden soll,
- alle voneinander lernen können.

Damit bei der Erarbeitung von Leitbildern, Handlungszielen und Maßnahmen sowie bei der Realisierung von Projekten die sozialen, ökologischen, wirtschaftlichen und internationalen Aspekte berücksichtigt werden, haben wir dafür Sorge getragen, daß die Arbeitsgruppen möglichst interdisziplinär besetzt wurden. Neben Privatpersonen engagierten sich in dem stadtweiten Dialog Vertreterinnen und Vertreter aus über neunzig Verbänden, der Politik und Verwaltung. Alle Dezernate haben sich beteiligt und mehr als 16 Ämter waren in den Arbeitsgruppen vertreten, z.B. das Sozialamt, die Gemeinwesenarbeit und Anwaltsplanung, die Jugendpflege, das Kultur-, Markt-, Stadtplanungs-, Sport- und Umweltamt, das Amt für Wirtschaftsförderung u. v. a.

Die Wirtschaft selber hat sich jedoch nicht in dem von uns gewünschten Maße von Anfang an eingebracht. Allerdings konnten Vertreter einzelner Branchen in „Teilabschnitten“ für den Dialog gewonnen werden.

Bereits im Vorfeld des Agenda-Prozesses haben wir Kontakt mit der Wirtschaft aufgenommen, um sie zur Teilnahme einzuladen. In der Auftaktveranstaltung trug ein Vertreter eines großen Unternehmens seine Überlegungen zu Perspektiven und Chancen einer lokalen Agenda 21 neben anderen bekannten Persönlichkeiten unserer Stadt vor. Mit den Beiträgen aus sozialetischer, ökologischer, ökonomischer oder entwicklungspolitischer Sicht wollten wir ein deutliches Signal setzen, daß wir die Komplexität der Agenda 21 für unser weiteres Vorgehen aufgreifen wollen.

Zur kontinuierlichen Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe (AG Arbeit) konnten wir die Handwerkskammer gewinnen. Vertreter aus Handel und Wirtschaft wurden frühzeitig persönlich in die Arbeitsgruppen eingeladen, um mit ihnen die vorläufigen Ergebnisse zu überprüfen. Es wurden Ansatzpunkte formuliert, Handlungsziele festgelegt und Maßnahmen konkretisiert. Parallel zur öffentlichen Übergabe der Ergebnisse an den Oberbürgermeister konnten auf einem Markt der Möglichkeiten realisierte Projekte u. v. a. vorgestellt werden. Dieses Angebot wurde auch von einigen Betrieben wahrgenommen. Doch damit war unser Anspruch „mit der Wirtschaft in den Dialog“ erfüllt.

Deshalb wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen an zahlreiche große und kleine Unternehmen unterschiedlicher Branchen mit der Bitte um eine Stellungnahme geschickt. Diese wurden auf Einladung der beiden Dezernenten für Umwelt und Wirtschaft in einer „Anhörung“ im Rathaus gemeinsam mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Arbeitsgruppen und anderen Interessierten diskutiert. Die Kommentare aus der Wirtschaft reichten von „völlig weltfremd“ bis hin zu „gute Ansätze, die weiterverfolgt werden sollten“. Konkrete Hinweise fanden in der Veröffentlichung der Synopse zum Diskussionsstand der lokalen Agenda 21 Berücksichtigung.

Voneinander lernen – Projekte werden umgesetzt

Projekte, die aus dem Agenda-Prozeß entstanden sind, werden inzwischen umgesetzt. Die Politik hat den entsprechenden Rahmen geschaffen.

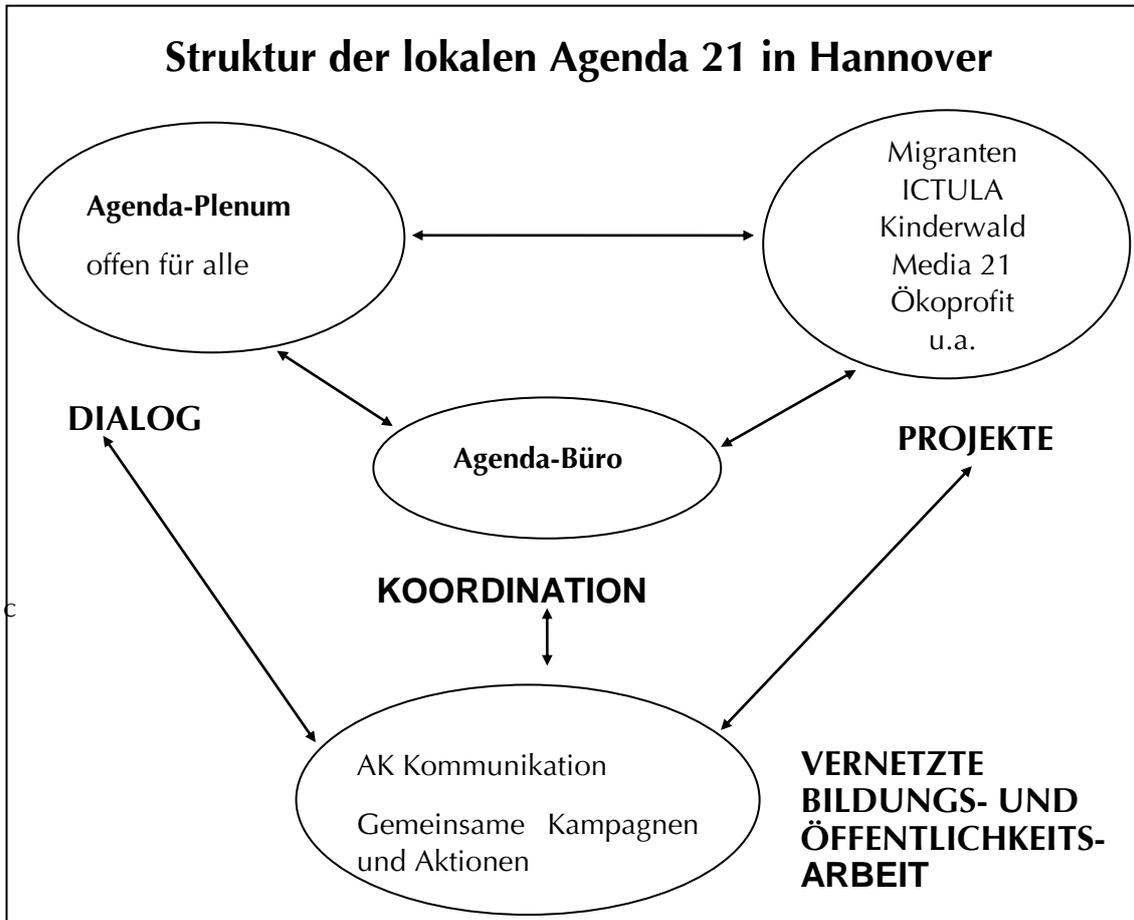
Eines von vielen positiven Beispielen ist der Energiepaß. Hauseigentümer, die eine energetische Sanierung ihrer Gebäude durchführen wollen, werden beraten und können ihren Energieverbrauch prüfen lassen. Dreihundertmal wurde der Energiepaß, der bei der Inanspruchnahme von Fördergeldern für energetische Sanierungen von Gebäuden in Hannover vorgelegt werden muß, seit April 1999 nachgefragt. Darüber hinaus werden Handwerker dieser Branche entsprechend qualifiziert.

Uns ist deutlich geworden, daß der Wirtschaft konkrete Anknüpfungspunkte im Agenda-Prozeß geboten werden müssen. Deshalb wird in Hannover in Kürze das Projekt „Ökoprotit“ durchgeführt, das aus Graz stammt und bereits erfolgreich in München realisiert wurde. Interessierte Unternehmen können in Kooperation mit der Verwaltung Konzepte entwickeln, wie sie durch eine Verbesserung ihrer Betriebsabläufe die Umwelt schützen sowie Ressourcen und Geld sparen können. Betriebe, die sich beteiligen, werden wissenschaftlich betreut und in Workshops werden gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Lösungen erarbeitet. Nach einer erfolgreichen Umsetzung erhalten die Unternehmen nicht nur den „Ökoprotit“, sondern auch ein Zertifikat, mit dem sie werben können.

Wir sind kontinuierlich bemüht, die Wirtschaft einzubeziehen und ggf. neue Ansätze zu finden. Dies kann nicht von heute auf morgen mit 100 %igem Erfolg geschehen, sondern braucht Zeit.

Der Agenda-Prozeß hat viele neue Denkanstöße, aber auch konkrete Anregungen hervorgebracht, die aufgegriffen werden. Auch wenn die lokale Agenda 21 nicht von allen inhaltlich und methodisch mitgetragen wird, nehmen sie doch immer mehr Vertreter aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft ernst.

Abbildung 2: Struktur der lokalen Agenda 21 in Hannover*

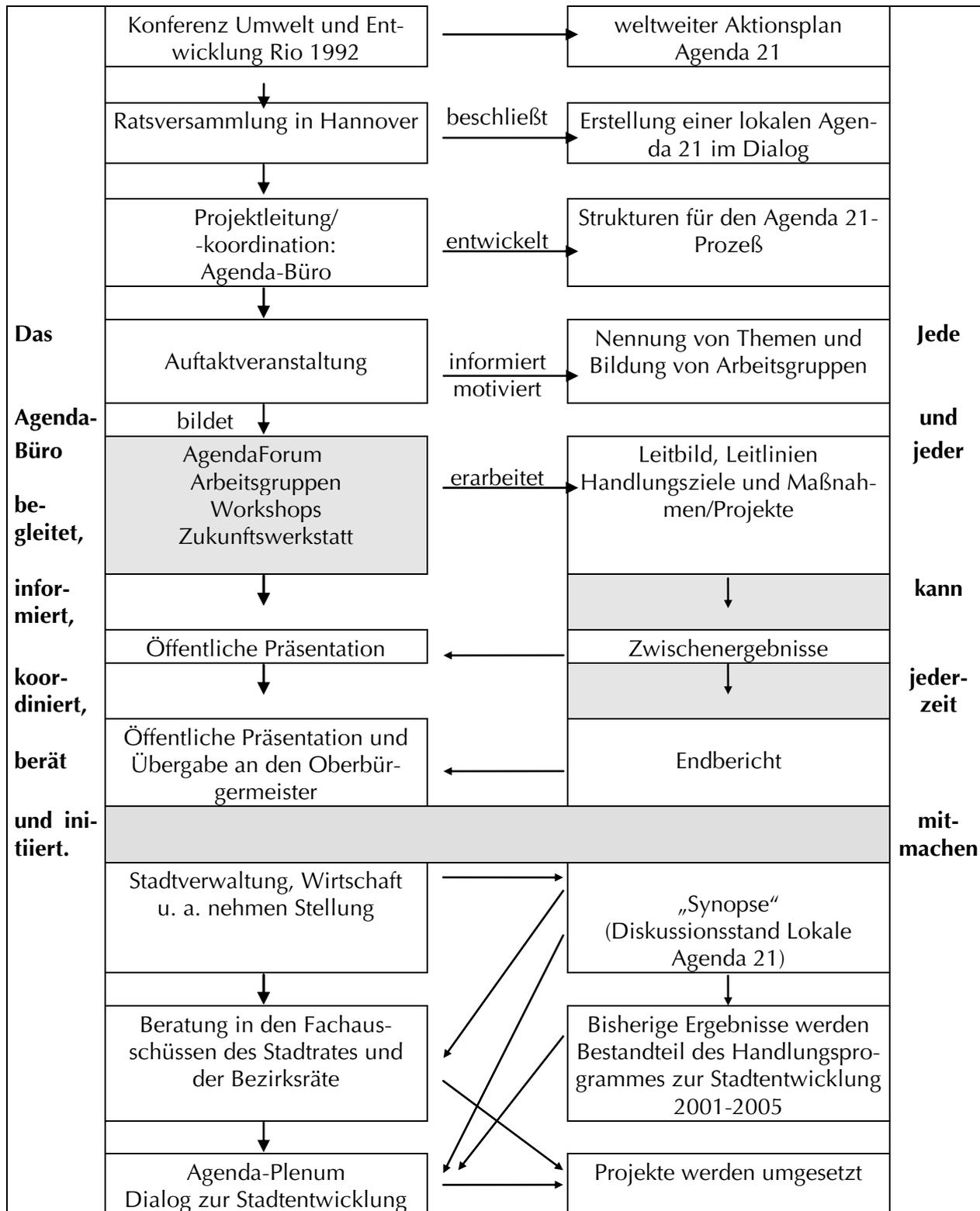


*Quelle: Landeshauptstadt Hannover, Agenda-Büro, Hannover 1999.

Anlage

Von Rio nach Hannover

Schritte auf dem Weg zu einer lokalen Agenda 21



Stand: Juli 1999



Prof. Klaus Selle

Universität Hannover und Bürgerbüro Hannover

**Kommunikation, Beteiligung und Kooperation im Rahmen
der Lokalen Agenda 21**

Jede Planungsaufgabe hat zwei Seiten: die Auseinandersetzung mit Sach- und Fachfragen einerseits und die Gestaltung des Prozesses mit und zwischen den Akteuren andererseits. „Sach- und Verfahrenskreativität“ sind also gefragt oder „Verstandes- und die Verständigungsarbeit“⁷.

Dieser Zusammenhang wird bei dem Bemühen um nachhaltige Stadtentwicklung und insbesondere im Kontext der lokalen Agenden besonders deutlich: Die gesamte Programmatik ist durchdrungen von der Einsicht, daß Veränderungen in der Stadtentwicklung ohne intensive Konsultation und Kooperation nicht zu haben sein werden. Das ist natürlich nicht alles neu oder auf die Gestaltung nachhaltiger Stadtentwicklung beschränkt. Vielmehr fließen hier Entwicklungen und Erfahrungen mit Information, Partizipation und Kooperation aus drei Jahrzehnten zusammen.

Aber dreißig Jahre Erfahrung müssen nicht notwendig zu positiven Ergebnissen führen. Tatsächlich ist zum Beispiel im Hinblick auf die kommunikative Gestaltung der Agenda-Prozesse zur Zeit eine gewisse Irritation, wenn nicht Frustrationen zu verspüren. Es zeigt sich, daß Interesse und Engagement der lokalen Akteure (für Fragen nachhaltiger Entwicklung) eine knappe Ressource sind.

Der Aufbau des Beitrags greift diesen Gedankengang auf: Am Anfang (Kap. 1) steht ein sehr knapper Rückblick, in dem fünf Entwicklungslinien skizziert werden. Daran schließt sich eine kurze Beschreibung des Standes der Kunst in Sachen Verständigungsarbeit an (Kap. 2). Dabei werden einige Stärken sichtbar, denen allerdings auch deutliche Schwächen gegenüberstehen (Kap. 3). Und am Schluß (4) steht die Frage nach den Voraussetzungen einer nachhaltigen Kommunikation.

1. Gut aufgehoben: Entwicklungslinien der Kommunikation und ihre Zusammenführung in Konzepten nachhaltiger Entwicklung

Wer sich den Risiken starker Vereinfachung aussetzen will, kann die Entwicklung des Verhältnisses von Bürgern und Kommunen in fünf Entwicklungslinien bzw. -etappen zusammenfassen (vgl. etwas differenzierter: Selle 1996b, S. 62-70):

- Bei der ersten Entwicklungslinie handelt es sich um das Einräumen gesetzlich geregelter Informations-, Beteiligungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten. Alle diese Formen haben eines gemein: es handelt sich um *Angebote*: Kommet denn, wenn Ihr interessiert seid ... Nutzt die Instrumente zur Beteiligung, die wir Euch anbieten ... Solche Angebote werden nur von bestimmten Gruppen genutzt. Andere bleiben fern.
- In den letzten 25 Jahren wurden aus den Problemen schlichter Informations- und Partizipationsangebote die Konsequenz gezogen, einzelne Gruppen oder lokale Milieus direkt anzusprechen und zu Aktivitäten und Mitwirkung zu motivieren. Das ist die *zweite Entwicklungslinie* (vgl. zur Diskussion in den 80er Jahren: Walther, Zellmer 1988).

7 Die erste begriffliche Paarbildung stammt von den damaligen IBA-Direktoren Karl Ganser, Walter Siebel und Thomas Siewerts, die zweite von Donald Keller ... beide und einige weitere werden zitiert und erläutert in: Klaus Selle 1996b, S. 17.

- Als *dritte Entwicklungslinie* ist das breite Feld gesellschaftlicher Eigenaktivitäten anzusprechen. Einzelne, Gruppen, Initiativen, Verbände kümmern sich in den verschiedensten Lebensbereichen um die eigenen Belange. Vielfach sind das unspektakuläre alltägliche Aufgaben – von den Kleingärtnern, den Sportvereinen, den kulturell motivierten Zusammenschlüssen bis hin zu Selbsthilfegruppen in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Wohnen usw.

Heute wird gelegentlich beklagt, daß es mit den gesellschaftlichen Eigenaktivitäten nicht mehr so weit her sei. Es scheint sich hier um sehr subjektive Wahrnehmungen zu handeln. Vieles spricht hingegen dafür, daß sich das Eigenaktivitäts-Potential in der Gesellschaft keinesfalls verringert, wohl aber nach Form und Inhalt verändert (vgl. Sozialministerium 1996, Klages und Gensicke 1999).

- Im Zuge der Modernisierung öffentlicher Verwaltungen wird *auch* über ein anderes Verhältnis zur Außenwelt nachgedacht. Verwaltungen beginnen sich aus der hoheitlichen Rolle zu lösen und die Bürgerinnen und Bürger als Auftraggeber und Kunden zu verstehen. Im Rahmen des Carl Bertelsmann Preises „Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung“ hieß es dazu unter anderem (Bertelsmann Stiftung 1993, S. 12f.): „Die Kommunalverwaltung betrachtet sich als Dienstleistungsunternehmen, das seine Leistungen konsequent an den Bedürfnissen der Bürger ausrichtet. Das Interesse der Gesamtheit und der gerechte Ausgleich der Einzelinteressen untereinander stehen dabei im Vordergrund.“
- Seit Mitte der 80er Jahre ist eine Entwicklung zu beobachten, die „in der Mitte“ stattfindet – zwischen Staat und Gesellschaft. Da handelt nicht mehr jede Seite für sich oder bestenfalls gegeneinander. Da wird kooperativ gehandelt – durchaus nicht immer in Eintracht, aber aus der Einsicht heraus, daß alleine die Aufgaben nicht mehr zu bewältigen seien.

Die Philosophie der Agenda-Prozesse, die Konsultationen und Kooperationen, die in diesem Zusammenhang versucht werden, sind der deutlichste Ausdruck dieses kooperativen Arbeitsansatzes. Die Beispiele lassen sich mehren. Aber festzuhalten bleibt:

- Aus der Einfalt schlichter Beteiligungsangebote entstand eine Vielfalt von Kommunikations- und Kooperationsformen. Diese frühen Formen sind in den heutigen Praxisansätzen – im Hegel’schen Sinne – „aufgehoben“. Sie bilden ein Erfahrungspotential, das heute ausgeschöpft und genutzt werden kann.
- Wir stehen am Anfang einer neuen Etappe. Sie wird vor allem durch Veränderungen im staatlichen und kommunalen Handeln eingeleitet. Noch ist allerdings offen, ob diese Veränderungen mehr sind als der Versuch, Lasten abzuwälzen. Die aktuellen Bemühungen um Kommunikation und Kooperation finden also in einem heiklen Spannungsfeld statt. Positiv ausgedrückt: Wo Spannung ist, ist Bewegung, wo Bewegung ist, bestehen Gestaltungschancen.
- Eigeninitiative wird als Potential entdeckt – ein Potential, das initiiert, gestützt und gefördert werden kann – und muß. Denn Eigeninitiative und die darauf aufbauenden Kooperationen funktionieren nicht voraussetzungslos, sind nicht „umsonst“ zu haben.
- In den Bemühungen um nachhaltige Entwicklung fließen diese verschiedenen Entwicklungslinien zusammen.

2. Verständigungsarbeit wird selbstverständlich

In der Praxis werden Information, Partizipation und Kooperation zunehmend zum selbstverständlichen Bestandteil im Instrumentenkasten kommunaler Planung und Politik. Damit ist allerdings noch nichts über die tatsächliche Qualität der Prozesse und ihre Ergebnisse gesagt, sondern lediglich über die Häufigkeit entsprechender Arbeits- und Organisationsformen.

So verdeutlichen die Umfragen des Deutschen Instituts für Urbanistik zur Praxis lokaler Agenda-Prozesse, daß dort eine Vielzahl unterschiedlicher Kommunikationsformen zur Anwendung kommt (vgl. den Beitrag von Cornelia Rösler und Jan Hendrik Trapp in diesem Heft).

Auch unsere Beobachtung⁸ bestätigt für verschiedene Handlungsfelder kommunaler Planung und Politik, daß Verständigungsarbeit in ihren unterschiedlichen Formen als wichtiger und oftmals selbstverständlicher Bestandteil der Prozeßgestaltung angesehen wird. Diese Aussage bezieht sich allerdings nur am Rande auf „klassische“ Formen der Bürgerbeteiligung („Angebotsbeteiligung“). Diese werden eher als Pflichtaufgabe verstanden und mehr oder minder routiniert absolviert.

Selbstverständlicher geworden sind hingegen:

- *Informationsarbeit* wie Broschüren, Ausstellungen, Internetangebote, aktives Werben für bestimmte Ziele und Projekte usw.,
- *Zielgruppenbeteiligung* – insbesondere im Bereich Kinder und Jugendliche,
- *ortsnaher Beratung* bei konkreten Projekten besonderer Bedeutung oder laufende *Stadtteilrunden* usw. für den Alltag,
- Anregungen zur gemeinsamen Problemerkennung und Ideenentwicklung durch Zukunftswerkstätten, Bürgergutachten, *planning for real* usw.,
- *dialogische Arbeitsformen* wie Werkstätten und Foren unterschiedlicher Art,
- *Qualifizierungsangebote*, Gesprächsrunden, Abstimmungsprozesse und Vereinbarungen mit Investoren, Landnutzern, Unternehmen usw. („Überzeugen statt regulieren“) sowie
- verschiedene Formen der *Konfliktbearbeitung* (Mediation u.a.).

Die Kommunikation ist zielgerichteter geworden, ergibt sich aus bestimmten Arbeitszusammenhängen und wird für bestimmte Zwecke genutzt. Das gilt zweifellos nicht für alle Gemeinden oder alle Dienststellen in einer Gemeinde. Es sind durchaus sehr deutliche Unterschiede in Einstellung, Kenntnisstand und Handhabung festzustellen.

Nicht nur in bezug auf die Kommunikation, sondern für alle Aspekte der Planungskultur ist heute festzustellen, daß es keine einheitliche Planungspraxis (mehr) gibt. Vorzufinden

8 Die Praxisbeobachtungen speisen sich aus drei Quellen: Der Arbeit im Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover (vgl. z.B. Bürgerbüro 1999) und dem Erfahrungsaustausch, der sich in diesem Kontext – in Hannover und mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Städten – ergibt, der Begleitung des Wettbewerbs Bürgerorientierte Kommune (durchgeführt von der Bertelsmann Stiftung und Aktive Bürgerschaft e.V.) und einem Forschungsprojekt zu den Arbeits- und Organisationsformen nachhaltiger Entwicklung (dessen Ergebnisfülle jedoch einer ausführlicheren Darstellung bedürfte) (vgl. Selle, 1999b).

sind vielmehr deutlich unterscheidbare, oft konträr sich entwickelnde Planungs-Praxen und -Kulturen. Die Feststellung der Selbstverständlichkeit von Verständigungsarbeit bezieht sich also nur auf einen, wenn auch bedeutenden Ausschnitt aus dieser Vielfalt.

Die „6 P“ der neuen Selbstverständlichkeit

Bleibt die Frage, warum und wie es – zumindest in Teilen der Praxis – zu dieser „neuen Selbstverständlichkeit“ kommt. Unseres Erachtens lassen sich sechs Quellen (die „6 P“) identifizieren:

- *Positivverfahren:* Vielerorts gibt es inzwischen, das wird oft übersehen, eine (lange) Tradition mit bestimmten Kommunikationsformen. Das gilt für aufwendigere Methoden (z.B. die Anwaltsplanung, ortsnahe Beratung, Foren) wie für alltägliche (Gesprächskreise, informelle Runden) Verständigungsarbeit. Und weil man diese (positiven) Erfahrungen hat, wendet man sie gelegentlich auch bei neuen Aufgaben oder Anlässen an. So entstehen Kontinuitäten. Anwendungsfelder und Erfahrungsbasis vergrößern sich. Kommunikationsarbeit wird zum Bestandteil des Alltagshandelns.
- *Professionelle Standards:* Unübersehbar ist auch, daß insbesondere für jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung die Beherrschung von Kommunikationstechniken inzwischen zum professionellen Selbstverständnis gehört. Das beginnt bei den einschlägigen Anglizismen („meeting“, „flip chart“, „commitment“ u.a.), bezieht verschiedene Präsentationstechniken oder den gekonnten Umgang mit den Utensilien im Moderationskoffer ein und erstreckt sich oft auch auf Kenntnis und Anwendung einzelner Dialog- und Partizipationsformen. Zudem tragen die Qualifizierungsangebote im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung dazu bei, daß die Kenntnis kommunikativer Arbeitsformen auch beim vorhandenen Personal erweitert wird.
- *Pragmatismus:* Anfang der 70er Jahre erhielt das Bemühen um Bürgerbeteiligung wesentliche Schubkraft durch eine gesellschaftliche Aufbruchstimmung: „Mehr Demokratie wagen“ war so etwas wie ein Leitmotiv jener Jahre. All das ist längst verblaßt – ebenso wie die alternativen Entwürfe („Emanzipation durch Partizipation“ usw.). Mit ihnen fand auch die maßlose Überschätzung von Partizipation ein Ende. Nicht wenige trauten ihr damals die „Verflüssigung der Interessengewichtung“ (Offe), die „Umverteilung von Macht“ (Arnstein), langfristig sogar die Veränderung der Gesellschaft selbst zu. Das ist vorbei. Heute sucht man nicht mit so weitreichenden Zielsetzungen nach kommunikativen Arbeitsformen. Es ist offensichtlich, daß Konflikte und Interessensgegensätze durch Information, Partizipation und Kooperation nicht einfach außer Kraft gesetzt werden. Bestenfalls sind Verfahren zu gestalten, die einen fairen Umgang zwischen sehr unterschiedlichen Beteiligten ermöglichen. Dort, wo die „Selbstverständlichkeit“ Einzug gehalten hat, ist also zumeist eine pragmatische Handhabung der Kommunikation festzustellen. Verständigungsarbeit wird betrieben, weil sie als nützlich angesehen wird. Kooperationen geht man ein, weil so eigene Ziele eher erreichbar sind und so fort.
- *Problemdruck und Suche nach neuen Problemlösungen:* Neue Arbeitsformen entstehen, wenn die bislang gewohnten sich als unzureichend erweisen (vgl. u.a. Selle,

1991). Viele Beteiligungs- und Kooperationsangebote verdanken sich diesem einfachen Sachverhalt. Wer befürchten muß, daß die gerichtliche Klärung eines Konfliktes zu einer jahrelangen Lähmung des Verfahrens führen würde, greift eher zu vorbeugenden und konfliktvermeidenden (Bürgergutachten bei der Deponiestandortfindung) oder konfliktbearbeitenden (Mediation bei Altlasten) Methoden. Wer eine politische oder administrative Pattsituation vermeiden oder auflösen will, bedient sich gelegentlich der kontrollierten Öffnung des Verfahrens (z.B. Verkehrsforen). Wer regionale Freiraumsysteme entwickeln will, wird nach Formen interkommunaler Kooperation suchen.

Die Beispiele lassen sich mehren. Immer machen sie deutlich, daß traditionelle, regulativ-hoheitliche Arbeitsformen für viele Aufgaben nicht ausreichend oder angemessen sind und folglich neue zur Anwendung kommen (müssen). Das gilt in besonderer Weise auch für den nächsten Aspekt:

- *Partnersuche*: Daß Bürgerinnen und Bürger Eigenaktivitäten entfalten, die auch für die Stadt- und Gemeinwesenentwicklung von Bedeutung sind, ist nicht mehr nur ein Glaubensbekenntnis, sondern Praxiserfahrung. Noch übt man vielerorts, wie man an diese Partner herankommt und/oder entsprechende Aktivitäten stimulieren und fördern kann – aber diese Entwicklung ist unübersehbar: Sei es, daß Sport- und Freizeiteinrichtungen von vorhandenen oder zu diesem Zweck neu gegründeten Vereinen übernommen, sei es, daß Partner für die Pflege von Grünanlagen gesucht, sei es, daß Tauschringe unterstützt, Freiwilligenarbeit gefördert oder soziale Einrichtungen gemeinsam getragen und betrieben werden.

Auch Unternehmen können (neben den schon seit den 80er Jahren bekannten Public-Private-Partnerships) Partner werden: Qualitätsvereinbarungen werden mit den Kommunen und weiteren Beteiligten (wie etwa im IBA-Kontext) ausgehandelt und neue Siedlungen kooperativ geplant und gebaut. Energieversorgungs-, Verkehrs- und Entsorgungsfirmen beteiligen sich an ökologischen Stadtteilkonzepten. Betriebe setzen sich – unterstützt durch Kommunen – mit den Umweltaspekten von Produktion und Vertrieb auseinander. Und so fort ...

- *Programmatische Orientierung*: Nach dem Verblässen des Demokratieversprechens fehlte es den Kommunikationsbemühungen lange Zeit an Orientierung.

Mit dem Aufleben der Diskussion um ökologischen Stadtbau und nachhaltige Entwicklung kamen allerdings neue Grundüberzeugungen ins Spiel: „Das erste ökologische Gesetz ist die Mitwirkung der Bewohner“ – hieß es bereits Anfang der 90er (Hahn 1990). Ende der 90er wird zum gleichen Thema ausgeführt: „Eine zukunftsbeständige Entwicklung läßt sich nicht per Gesetz oder Programm von oben verordnen. Zuviel hängt von einzelnen Menschen ab [...]. Die Aufstellung des kommunalen Aktionsprogramms für eine zukunftsbeständige Gemeinde muß daher getragen werden von einem möglichst breiten Konsens über die Richtigkeit der eingeschlagenen Zielrichtung. [...] Ein Gemeinwesen, in dem sich die Bevölkerung aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft beteiligt, wird eher zu dauerhaften Lösungen für die anstehenden Probleme gelangen.“ (ICLEI 1998, S. 26f.)

Zum Leitmotiv, wie in den 70er Jahren, taugen solche Überlegungen nicht. Aber sie geben doch vor allem den zahlreichen lokalen Agenda-Prozessen eine deutliche

Orientierung: Konsultation, Partizipation, Aktivierung und Kooperation müssen sein – sollen die weit gesteckten Ziele erreicht werden.

3. Stärken und Schwächen: Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung

An dieser Stelle ist ein erstes Zwischenresümee möglich. Mit ihm sei verwiesen auf die „Stärken“ heutiger Kommunikationsbemühungen – ohne zu verschweigen, daß dem auch in der Praxis deutliche „Schwächen“ gegenüberstehen:

Stärken

Wer über Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit oder Zukunftsbeständigkeit und was der Worte mehr sind, nachdenkt, weiß eines sicher: Das kann nicht allein eine staatliche oder kommunale Aufgabe sein. Denn es gilt, Einstellungen und Verhalten zu verändern, viele gesellschaftliche Gruppen zu erreichen, mit anderen gemeinsam etwas zu bewegen. Und das setzt voraus: Information, Dialog, Mitwirkung und Kooperation. Das wird in vielen programmatischen Bekundungen unterstrichen und bedarf daher keiner weiteren Begründung. Die Gewißheit über das „Warum“ ist also zweifellos eine große Stärke.

Die zweite Stärke besteht im „Gewußt-Wie“. Das ist der Vorteil der Geschichte, die eingangs dargestellt wurde. In nahezu dreißig Jahren hat sich ein umfangreiches Erfahrungspotential angesammelt. Im Prinzip weiß man, wie Kommunikationsprozesse gestaltet werden können. Es gibt eine enorme Formenvielfalt für die verschiedenen Aufgaben und diese Vielfalt wird auch genutzt ...

Aus alledem könnte man folgern: nur Positives zu vermelden. Kommunikation allenthalben und dies offensichtlich mit guten Erfahrungen. Das aber wäre nur die halbe Wahrheit. Denn den Stärken stehen auch unbestreitbare Schwächen, Gefährdungen und Probleme gegenüber und auf die sei im folgenden das Augenmerk gelenkt:

Schwächen

„Im Augenblick“, sagte der Umweltdezernent einer Mittelstadt, „macht mir die Agenda nur noch Schmerzen. Es fing ja gut an, aber dann ...“ Worin bestehen diese Schmerzen? Eine Zitatensammlung aus verschiedenen Praxisfeldern mag das verdeutlichen:

- „Die Vertreter aus der Wirtschaft haben sich das zwei-, dreimal angehört und sich dann wieder verabschiedet.“ Ein anderes: „Der Kaufmann aus der Innenstadt, der hat ein konkretes Interesse, will direkt etwas bewirken. Der Studienrat will das Thema Agenda aber erst einmal richtig durchdringen und geht da eher abstrakt heran ... Und da paßt dann das eine nicht zum anderen.“

Offensichtlich ist es also von entscheidender Bedeutung, wen man mit den Kommunikationsangeboten erreichen will, kann und tatsächlich erreicht.

- „Das sind doch ‚Öko-Träumereien‘ – was kann man damit schon anfangen?“

Ein solcher Kommentar macht deutlich: Es scheint große Unklarheit über das mögliche „Produkt“ von Agenda-Prozessen zu herrschen, über Reichweite der Ziele, Bedeutung von Visionen, Notwendigkeiten und Möglichkeit der Konkretisierung ...

- „Bei uns läuft“, sagte ein leitender kommunaler Beamter, „ein ganz erfolgreicher Stadtmarketing-Prozeß. Da haben wir schon viele Akteure eingebunden und zahlreiche Aspekte der Stadtentwicklung erörtert. Es ist für die Leute jetzt ganz schwer zu verstehen, was denn nun der Agenda-Prozeß soll.“

Es gibt in der Praxis offensichtlich verschiedene Prozesse, die parallel laufen. Und nicht einmal denen, die sie organisieren, ist gelegentlich klar, ob und wie sie miteinander zusammenhängen. Wie stark muß dann erst die Verunsicherung bei Außenstehenden sein.

Damit hängt unmittelbar die schwierige Frage nach den Ergebnissen zusammen:

- Geredet habe man, engagiert hätten sich viele, aber wozu das alles? Verpufft sei's. Heiße Luft das alles. Erst habe sich die Politik geziert und vieles doch noch einmal ganz neu bedenken wollen. Und die Verwaltung – da habe es einige engagierte Kolleginnen und Kollegen gegeben. Aber der Rest, der hätte doch nicht einmal gewußt, was überhaupt in den Papieren steht. Und im Alltagsgeschäft hätte sich schon erst recht niemand darum gekümmert.
Soweit die Außensicht. Nun zur Innensicht:
- Sie habe sich nicht vorgestellt, berichtet eine Verwaltungsmitarbeiterin, wie unglaublich schwer es sei, auch nur Teile dessen, was man draußen verhandelt habe, im eigenen Amt, geschweige denn zu den Kollegen in anderen Dienststellen zu vermitteln. Desinteresse sei das mindeste gewesen, was ihr entgegengeschlagen sei. Schließlich habe sie es als Einzelkämpferin versucht. Dabei sei sie auch etwas vorgekommen, weil sie die Rückendeckung des Dezernenten habe. Aber nochmal machen werde sie das nicht.

Fazit: Alte Probleme, aktuelle Aufgaben.

Kurzum: Ernüchterung, Frustration und Resignation vielerorts. Aber bevor das Mißverständnis entsteht, alles dies sei ein spezifisches Problem der Agenda-Prozesse, ist eine Zwischenbemerkung notwendig: Die Zitate stammen zwar alle aus jüngster Zeit, aber neu sind sie nicht: Denn die Agenda-Prozesse haben ihre Vorläufer – in den Planning-Programming-Budgeting-Systems (PPBS) der 70er Jahre, in der Stadtentwicklungsplanung, in manchen Stadtmarketingprozessen. Dem engagierten Bemühen um eine andere Stadtentwicklungspolitik in den 70er Jahren ging es nicht anders. Auch sie blieb dem realen Geschehen in Politik und Verwaltung äußerlich. Das eine lief neben dem anderen her. Dort flogen die Gedanken hoch, hier wurde weiter gemacht – wie bisher.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: Die Prozesse der Verständigungsarbeit leiden darunter, daß

- oft nur bestimmte Gruppen angesprochen, andere aber systematisch nicht erreicht werden;
- nicht klar ist, was eigentlich Gegenstand der Erörterungen ist, welche Reichweite das Kommunikationsangebot hat;
- Erörterungsprozesse parallel verlaufen, ohne daß ihr Zusammenhang begriffen und begreifbar wäre;
- vielfach aus der Arbeit mit Bürgerinnen und Bürgern, Vertretern der Wirtschaft usw. nichts Greifbares folgt;
- die Vermittlung der Kommunikationsarbeit in die Tiefen der Verwaltungen hinein nicht gewährleistet ist und auch sonst zahlreiche Voraussetzungen nicht geklärt sind.

Im Grunde geht es dabei um die klassischen Fragen: *Wer* da eigentlich über *was* mit *wem* kommuniziert und *wie weit* dieses Kommunikationsangebot reichen kann und soll⁹. Während beim *warum* und *wie* der Kommunikation offensichtlich Klarheit herrscht (Stärken), liegen die Schwächen eindeutig bei den nicht klar beantworteten Fragen nach Akteuren, Substanz und Reichweite.

Diese Fragen müssen aber in jedem einzelnen Fall geklärt und auf ihren wechselseitigen Zusammenhang hin bedacht werden – womit bereits eine grundlegende Folgerung erwähnt ist:

4. Folgerungen: Differenzieren der Ziele und Klären der Voraussetzungen

Die Frage nach praktischen Folgerungen aus der Stärken-Schwächen-Betrachtung ist nicht leicht zu beantworten – schon gar nicht auf einer allgemeinen, die Besonderheiten des einzelnen Falles vernachlässigenden Betrachtungsebene. Möglicherweise lassen sich jedoch aus dem Erfahrungspotential der letzten Jahrzehnte einige Hinweise gewinnen, die für die Auseinandersetzung mit konkreten Prozessen vor Ort als Anregung dienen können.

Ziele und Zielgruppen

Das vertrackte an Begriffen wie Bürger-Mitwirkung, Bürger-Orientierung usw. ist, daß damit vieles auf einmal gemeint ist. Das gilt es meines Erachtens zunächst einmal auseinanderzuhalten. Denn: wenn Aufgaben, Ziele und Zielgruppen unscharf bleiben, kann auch kein sinnvolles Kommunikationskonzept entwickelt werden: „Wer nicht weiß, wo er hin will, kann auch schlecht die einzelnen Schritte planen, die ihn dahin bringen“ (so ein Kommunikations-Fachmann, in: Walther und Zellmer 1988, S. 60).

⁹ Vgl. zur Erläuterung dieser Grundfragen der planungsbezogenen Kommunikation: Selle, Klaus, Klärungsbedarf, in: Ders, Planung und Kommunikation (Selle 1996b, S. 161-180).

Auf die Entwicklungslinien rückblickend, lassen sich vier unterschiedliche Handlungsfelder unterscheiden und mit ihnen verschiedene Ziele und Zielgruppen:

- Zunächst zu erwähnen ist die lokale Demokratie. Hier geht es um politische Teilhabe, hier sind die Bürgerinnen und Bürger (sofern wahlberechtigt) der eigentliche Souverän.
- Als nächstes ist das klassische Feld der Beteiligung an Programmen, Plänen und Projekten, die die öffentlichen Akteure verfolgen, zu erwähnen. Hier sind die Bürgerinnen und Bürger Betroffene, Beteiligte und Interessierte, hier sind private Rechte und Interessen unmittelbar berührt.
- Bei den kommunalen Dienstleistungen werden die Bürgerinnen und Bürger zu „Auftraggebern“ und „Kunden“: Sie wollen umworben, ihre Ansprüche zufriedengestellt, ihre Beschwerden ernst genommen werden.
- Von besonderer Bedeutung ist das in den letzten Jahren entdeckte Feld der Kooperation kommunaler und anderer Akteure – aus Unternehmen, der lokalen Gesellschaft usw. Hier werden die Bürgerinnen und Bürger zu (möglichen) Partnern. Ihre Eigenaktivitäten können angeregt und gefördert, ihre Mitwirkungsbereitschaft kann gewonnen werden. Partner anderer Art sind Unternehmen, aber auch sie müssen gewonnen und überzeugt werden – sei es für ökologisches Bauen, Öko-Audits, Energiesparkonzepte und vieles mehr.

In jedem dieser Felder haben die jeweils Mitwirkenden andere Rollen, verfolgen andere Ziele und gehen miteinander nach verschiedenen Regeln um. Da gilt es (in jedem Einzelfall) zunächst auseinanderzuhalten – auch wenn in der Realität natürlich manche Überlagerungen vorzufinden sind. Aber wer z.B. den Unterschied zwischen Planungs-beteiligung und Anregung zur Eigeninitiative nicht kennt und beachtet, wird scheitern. Ein Beispiel: Eine Bürgerversammlung mag in einem heiß umkämpften Planungsfall ein sinnvolles Kommunikationsangebot sein. In einer Kampagne für Veränderungen des Mobilitätsverhaltens ist sie das nicht. Im ersten Fall gibt es klare Gegenstände, Verantwortlichkeiten und Betroffenheiten, im zweiten Fall muß alles dies erst deutlich gemacht werden. Das aber geht nur mit anderen Kommunikationsformen.

Voraussetzungen

Differenzierung ist also eine erste Voraussetzung für die Gestaltung von Kommunikationsprozessen. Einige weitere seien in aller Kürze benannt:

Die Diskussion um Bürgerbeteiligung in den frühen 70er Jahren, aber auch die um „Bürger-gesellschaft“ Ende der 90er, ist nicht frei von verklärendem Nebel. Eine dieser Nebelwolken besteht darin, daß man mit Bürger-Engagement so etwas wie Altruismus verband. Uneigennützig sollten die sein, die sich da beteiligen und am Gemeinwohl orientiert – oder an der Zukunft des Planeten Erde. Entsprechend tief war die Enttäuschung, wenn in realen Beteiligungssituation vor allem Eigeninteressen zu Wort kommen ...

Bei Licht betrachtet ist das eine merkwürdige Bewertung. Was denn sonst soll sich im Engagement ausdrücken? Während jedem Eigentümer und Investor a priori zugestanden wird, daß er vorrangig seinen eigenen, individuellen Nutzen im Auge hat (selbst Fachbehörden wird es nachgesehen, wenn sie nur innerhalb ihrer Ressortgrenzen denken),

sollen ausgerechnet die Bürgerinnen und Bürger, die über nichts weiter als ihr Interesse verfügen, uneigennützig denken und handeln?

Selbstverständlich ist das eigene Handeln von eigenen Interessen geleitet. Die können allerdings sehr verschieden sein: Manche drückt ihre Lebenslage so sehr, daß sie vor allem an Fragen ihrer Gesundheit, ihrer Familie, ihres Arbeitsplatzes interessiert sind. Andere haben Kopf und Hände frei für weiterreichende Anliegen. Aber auch die haben in der Regel etwas mit eigenen Interessen zu tun. Ein Beispiel: Da wird ein Freibad von den Bürgerinnen und Bürgern in eigener Regie erneuert und betrieben. Denen, die sich engagieren, geht es natürlich auch darum, das schöne Waldbad weiter nutzen zu können.

Viele der Engagierten finden hier aber noch einen anderen Nutzen: Sie erfahren, daß Ihre Kompetenzen, ihr fachliches Wissen und ihre Arbeitskraft benötigt werden. Was an-

ders nicht mehr oder noch nicht der Fall ist. Und so arbeiten sie zusammen – die jungen Architekten, die hier an ein Projekt kommen, das sie in Zukunft vorweisen können, und die frühpensionierten Kaufleute und Techniker, die erfahren, daß ihr Wissen noch etwas wert ist.

Allgemeiner und über diese Gruppen hinausgehend ausgedrückt: Auch die Lust an sinnvoller Tätigkeit kann ein Eigeninteresse sein, das mobilisierbar ist. Hier stecken insgesamt Potentiale, die noch kaum erschlossen wurden.

Letztlich sind es die vielen Einzelinteressen, zwischen denen das Gewebe eines lokalen Kommunikationsprozesses zu knüpfen ist. Nicht die Einzelnen müssen einer übergreifenden Vernunft oder dem Gemeinwohl verpflichtet sein. Es sind die Verfahren, die diesem Anspruch zu genügen haben.

Unmittelbar verbunden mit den eigenen Interessen ist die Frage nach dem Nutzen. Und die wiederum hängt mit der Frage nach der Substanz des Kommunikationsangebotes zusammen:

Was nützt es, wenn ich mich da engagiere? An was habe ich teil? An einer Diskussionsveranstaltung? Oder gibt es auch etwas zu klären, zu entscheiden? Zieht jemand Folgerungen daraus? Erhalte ich, erhalten wir Gestaltungsmöglichkeiten bei Fragen, die uns wichtig sind? Verändert sich etwas, wenn ich mich engagiere?

Bürgermitwirkung darf also keine Leerformel, kein Selbstzweck sein – sonst läuft sie sich schnell tot. Und der Nutzen des Engagements muß – in nicht zu ferner Zukunft – sichtbar sein. Sonst erlahmt das Interesse. Eine Kommunikation *an sich* ist also – um die oben aufgeworfene Frage zu beantworten – keinesfalls sinnvoll, sondern eher kontraproduktiv.

Wenn wirklich echte Entscheidungs- und Mitgestaltungsspielräume eröffnet werden, wenn Kooperation ernst gemeint sein soll, dann heißt das aber auch: Man kann nicht wissen, wie das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit aussehen wird. Positiv ausgedrückt: Man baut auf Lernprozesse. Und zwar auf Lernprozesse aller.

Ist diese Voraussetzung nicht gegeben, fehlt der Kooperation die Basis. Schon für die Planungsbeteiligung wurde Anfang der 90er Jahre – nicht zufällig in einer Schweizer Un-

tersuchung – kategorisch festgestellt: „Wo Behörden ... nicht bereit sind, sich auf das Risiko eines offenen Planungsverfahrens einzulassen, ist auf die Teilnahme der Bevölkerung grundsätzlich zu verzichten“ (Linder u.a. 1992, S. 37).

Diesen Satz kann man so stehen lassen. Vielleicht mit einem Zusatz: Offene Prozesse stellen auch an Politiker und an die Fachleute aus den Verwaltungen neue Anforderungen. Sie müssen neue Rollen finden. Sie leiten nicht an, sondern wirken mit.

Stark vereinfacht (und gröblich verallgemeinernd) kann man sagen: Verwaltung kennt sich mit Bürgerinnen und Bürgern nicht aus. Das gilt in gewissen Grenzen auch für die lokale Politik.

Will Verwaltung dennoch Bürgerinnen und Bürger erreichen und – wie das in den Niederlanden heißt – lokale Maßarbeit betreiben (vgl. Froessler u.a. 1994), dann muß sich manches ändern: Organisationen, Arbeitsformen, Denkweisen, Rollenverständnisse müssen umgebaut werden ... Ein Beispiel: Man hat in den öffentlichen Verwaltungen gelernt, daß große Investoren sich möglicherweise von Vorhaben in einer Stadt schnell wieder abwenden, wenn sie mühsam von einer Dienststelle zur anderen eilen müssen, kein klarer Verhandlungspartner mit Kompetenz erkennbar ist, der zügig zu Problemlösungen beiträgt. Also hat man in den Verwaltungen Projektgruppen gebildet oder andere Formen der Bündelung versucht, mit denen größere Vorhaben begleitet werden. Gleichzeitig hat man erkannt, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwas genauere Kenntnisse über die wirtschaftlichen Aspekte, die Investorenverhalten prägen, haben sollten, um als Gesprächspartner ernst genommen zu werden.

Bündelung, Kompetenz, Effizienz: Nichts anderes wird auch für die Bürgerorientierung benötigt. Nur daß man hier die spezifischen Denk- und Arbeitsweisen von Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen, Gruppen und Verbänden kennen und sich auf sie einlassen muß.

Ganz ähnlich verhält es sich beim nächsten Aspekt. Für großen Investor und kleine Initiative gilt: Sie engagieren sich nur, wenn Ausgangs- und Rahmenbedingungen klar definiert sind. Man nimmt einen Kooperationspartner – in diesem Fall die Kommune – nur ernst, wenn sie Potentiale und Ressourcen einbringt, die es lohnenswert machen, eine Kooperation einzugehen. Also: Welche Kompetenzen haben die Partner? Wie weit reichen die Verhandlungsspielräume? Ist gewährleistet, daß das Ausgehandelte auch nachher mitgetragen wird? Wie sieht es mit der „Rückbindung in die Heimatinstitution“ aus? Werden Entscheidungen auch umgesetzt? Welche finanziellen Ressourcen stehen zur Verfügung, welche nicht?

Erst stabile Rahmenbedingungen fördern die Bereitschaft zu Beteiligung und vor allem zur Eigeninitiative: Die Aufgabe wird überschaubarer, das Engagement aussichtsreicher, der Sprung ins gelegentlich kalte Wasser erträglicher.

Über alles das muß Klarheit herrschen oder herstellbar sein: über die Rahmenbedingungen, über die Zuständigkeiten, über die Entscheidungswege, über die Verwendung von Arbeitsergebnissen und so weiter und so fort ... Transparenz ist unabdingbar.

Es ließen sich weitere solcher Voraussetzungen für die Gestaltung von Kommunikationsprozessen nennen. Aber um den Rahmen an dieser Stelle nicht vollends zu sprengen, sei

abschließend lediglich noch ein Aspekt erwähnt, der den Katalog von Anforderungen und Voraussetzungen nicht weiter verlängern, sondern eher zur Relativierung der Ansprüche beitragen sollen:

Vielfach gerät der mühsame und von außen oft nur unzureichend wahrnehmbare Prozeß der Verständigungsarbeit in Konflikt mit dem Erwartungs- und Verwertungsdruck von außen, mit engen Programmzeiträumen oder der Eigengeschwindigkeit von Projekten. Manche Außenstehende oder Beteiligte erwarten schnell – oder doch schneller – vorzeigbare Ergebnisse. Diese Ungeduld nimmt den Kommunikationsprozessen leicht den notwendigen langen Atem. Aber eben der wird benötigt.

Geduld muß man auch mit der eigenen Arbeit haben, denn selbst gelingende Kommunikationsprozesse sind durch Rückschläge, Verweigerungen, überraschende Wendungen, Sprünge nach vorn gekennzeichnet. Das sind nun einmal Merkmale offener Prozesse. Nicht zufällig heißt es oft in Interviews mit denen, die solche Prozesse gestalten: „Ein wenig Chaos gehört dazu“.

Aber das scheint nicht nur für Kommunikation zu gelten. Hans Magnus Enzensberger (1997, S. 70) verweist in einem Aufsatz, der den bezeichnenden Titel „Gangarten – Ein Nachtrag zur Utopie“ trägt, darauf hin, daß Fortbewegung generell unter den Bedingungen sich selbst organisierender (und nicht zentral lenkbarer) Systeme eine prekäre Angelegenheit mit chaotischem Anteil sei: „Statt auf die Erlösung durch eine schlagende Idee zu hoffen, vertraut man sich lieber einem unendlich verwickelten, sich selbst korrigierenden Prozeß an, der nicht nur den Fortschritt, sondern auch den Rückzug, nicht nur den Zugriff, sondern auch die Vermeidung kennt. Es mag sein, daß eine solche Gangart der Grazie ermangelt. Die Natur macht Sprünge, der Mensch stolpert; ohne chaotischen Anteil gibt es keine Selbstorganisation.“

Zum Schluß: Der fahrenden Lokomotive die Räder wechseln

Es dürfte deutlich geworden sein, daß „nachhaltige“ Kommunikation eine durchaus anspruchsvolle Aufgabe ist. Wer hier scheitert, gefährdet nicht nur einen konkreten Prozeß, sondern richtet möglicherweise auch längerfristigen Schaden an, denn Interesse, Mitwirkungsbereitschaft, Engagement sind – wie eingangs erwähnt – ein knappes Gut.

Für komplexe Verständigungsarbeit, wie sie in vielen lokalen Agenden angelegt und für die Ziele nachhaltiger Stadtentwicklung generell notwendig ist, kann das heißen, daß im laufenden Prozeß Kurskorrekturen notwendig sind. Das erschwert die Aufgabe. Es ist in etwa so anspruchsvoll, wie einer Lokomotive in voller Fahrt die Räder zu wechseln.

Aber es scheint, als hätte man sich mancherorts an diese Aufgabe gemacht. Nach ersten, sehr weit gespannten und im Resultat zu wenig wirkungsvollen Kommunikationsangeboten sind nun Differenzierungen der Aufgabenstellungen und Zuspitzungen auf konkrete „Produkte“ und „Teilziele“ zu beobachten. Auch dem Klären der Voraussetzungen – insbesondere der Substanz- und der Rahmenbedingungen-Fragen – für die jetzt enger und konkreter gefaßten Kommunikationsaufgaben scheint zunehmend mehr Aufmerksamkeit gewidmet zu werden.

Bleibt zu hoffen, daß die Kurskorrekturen gelingen¹⁰ und die mit viel gutem Willen begonnenen Prozesse auch „nachhaltig“ weitergeführt werden können.

Hinweis: Der Text geht auf Vorträge beim Deutschen Institut für Urbanistik (3. Februar 1999 und – anlässlich des mit dem Deutschen Städtetag veranstalteten Erfahrungsaustausches zur Lokalen Agenda – am 11. Juni 1999) sowie an der Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (30. Juni 1999) zurück. Den Reaktionen der Zuhörerinnen und Zuhörer verdanke ich viele Hinweise, von denen ich hoffe, daß sie hier auf angemessene Weise berücksichtigt wurden.

Die ungekürzte Fassung dieses Beitrags ist als Broschüre beim Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover (Braunstrasse 28, 30169 Hannover) zu erhalten.

Literatur

- Apel, Heino, Dorothea Dernbach, Thomas Ködelpeter, Peter Weinbrenner (Hrsg.), Wege zur Zukunftsfähigkeit – ein Methodenhandbuch. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, Nr. 19, hrsg. von der Stiftung Mitarbeit, Bonn.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung, Bd. 1: Dokumentationsband zur internationalen Recherche, 4. Auflage, Gütersloh 1996.
- Bischoff, Ariane, Klaus Selle, Heidi Sinning, Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken, 2. Auflage (Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur) Dortmund 1996.
- Bühler, Theo (Hrsg.), Bürgerbeteiligung und lokale Klimaschutzpolitik, Wissenschaftsladen Bonn e.V., Bonn 1996.
- Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover (Selbstverlag), Nach drei Jahren, Hannover 1999.
- Enzensberger, Hans Magnus (Suhrkamp), Zickzack. Aufsätze, Frankfurt 1997.
- Froessler, Rolf u.a. (Birkhäuser), Lokale Partnerschaften. Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten, in: Stadtforschung aktuell Bd. 45, Basel 1994.
- Hahn, Ekhart (Nomos), Ökologischer Stadtumbau. Acht Orientierungen und die Notwendigkeit lokalen Handelns, in: K. Ganser, J.J. Hesse; Chr. Zöpel (Hrsg.), Die Zukunft der Städte, Baden-Baden, S. 132-159, 1990.
- Heinelt, Hubert (Hrsg.), Modernisierung der Kommunalpolitik. Neue Wege zur Ressourcenmobilisierung, Opladen (Leske+Budrich) 1997.
- ICLEI, Handbuch Lokale Agenda 21. Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen, hrsg. vom Bundesumweltministerium und vom Umweltbundesamt, Bonn/Berlin 1998.
- Klages, Helmut, Thomas Gensicke, Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Speyrer Forschungsberichte, Bd. 193, Speyer (Eigenverlag des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung) 1999.

10 ... und so vermieden werden kann, was in den 70er Jahren geschah: Als deutlich wurde, daß die Realität erheblich hinter den überspannten Hoffnungen auf „Demokratisierung der Planung“ und „Partizipation“ zurückblieb, kippte die Beteiligungspraxis sehr schnell in einen „Dienst nach Vorschrift“ um.

- Linder, Wolf, Prisca Lanfranchi, Damian Schnyder, Adrian Vatter, Mitwirkungsverfahren und -modelle. Vorschläge für eine Mitwirkungspolitik des Bundes nach Art. 4 RPG, Bundesamt für Raumplanung, Bern 1992.
- Offe, Claus, Sozialwissenschaftliche Aspekte der Diskussion, in: J.J.Hesse und Chr. Zöpel (Hrsg.), Der Staat der Zukunft, Forum Zukunft, Bd. 5 (Nomos), S. 107-126, Baden-Baden, 1990.
- Reichard, Christoph, Hellmut Wollmann (Hrsg.), Kommunalverwaltung im Modernisierungsschub?, in: Stadtforschung aktuell, Bd. 58, Basel (Birkhäuser) 1996.
- Selle, Klaus (Hrsg.), Der Beitrag intermediärer Organisationen zur Entwicklung städtischer Quartiere. Ergebnisberichte eines Forschungsprojektes Bd. 1-7, Dortmund (Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur) 1991.
- Selle, Klaus, Was ist bloß mit der Planung los? Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Bd. 69, 2. Auflage, Dortmund 1996a.
- Selle, Klaus (Hrsg.), Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen, Wiesbaden und Berlin (Bauverlag) 1996b.
- Selle, Klaus (Hrsg.), Vom sparsamen Umgang zur nachhaltigen Entwicklung. Programme, Positionen und Projekte zur Freiraum- und Siedlungsentwicklung. Ein Lesebuch für Studierende und andere Interessierte, Dortmund (Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur) 1999a.
- Selle, Klaus (Hrsg.), Arbeits- und Organisationsformen für eine nachhaltige Freiraum- und Siedlungsentwicklung. Ergebnisberichte zum Forschungsprojekt „Kooperativer Umgang mit einem knappen Gut“, Bd. 1-4, Dortmund (Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur) im Erscheinen, 1999b.
- Sinning, Heidi, Bürgergutachten – Ein Dialoginstrument zur Stadtentwicklung, in: DISP, H. 136/137, S. 12-16, 1999.
- Sozialministerium Baden-Württemberg (Hrsg.), SIGMA (Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen Mannheim), Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geislingen-Studie, 2. Auflage, Stuttgart 1996.
- Staubach, Reiner, Martina Schnepf-Orth, Sanierungsbüros, Bürgerbüros, Stadteilläden – Dokumentation ortsnahe Beratungsstellen in der Stadterneuerung in Nordrhein-Westfalen, Dortmund 1989.
- Staubach, Reiner, Lokale Partnerschaften – ein Ansatz zur Entwicklung der Stadt durch ihre Bewohner/innen, in: Kooperationsstelle Wissenschaft-Arbeitswelt (Hrsg.), Wege zur solidarischen Stadt. Dokumentation einer Diskussionsveranstaltung am 25.11.1996 in der Universität Dortmund, Dortmund 1997.
- Walther, Uwe-Jens, Astrid Zellmer (Hrsg.), Bürgerbeteiligung, Bürgermitwirkung, Bürgerselbsthilfe. Seminare, Symposien, Arbeitspapiere, H. 30 (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung), Bonn 1988.
- Zimmer, Annette, Vereine – Basiselemente der Demokratie. Grundwissen Politik, Bd. 14., Opladen (Leske+Budrich) 1996.

Anhang

**Tagesordnung
Teilnehmerliste**

Lokale Agenda 21: Erfahrungsaustausch der Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages am 10./11. Juni 1999 beim Deutschen Institut für Urbanistik

Donnerstag, den 10.6.1999

- 14.00 Uhr Begrüßung
Dr. Rolf-Peter Löhr, Deutsches Institut für Urbanistik
- 14.10 Uhr Einführung und Moderation
Jörg Hennerkes, Deutscher Städtetag
- 14.30 Uhr Ergebnisse der Umfrage 1999 zur Lokalen Agenda 21
Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik
- 15.00 Uhr Diskussion
- 15.20 Uhr Lokale Agenda 21 und Projekte mit sozialem Schwerpunkt (Einführung)
- 15.40 Uhr *Jan Hendrik Trapp, Deutsches Institut für Urbanistik*
- 16.10 Uhr Kaffeepause
- 16.40 Uhr Beispiel 1: Das Sozialkaufhaus „Brauchbar“ in Würzburg
Hartfried Groksch, Brauchbar gGmbH
- 17.10 Uhr Beispiel 2: Die „Ambulante Wohnhilfe“ in Berlin-Wilmersdorf
Siegfried Schuler, Bezirksamt Berlin-Wilmersdorf
- 17.30 Uhr Beispiel 3: Die „Agenda-Schule“ und „Aktivitäten zur Ausländerintegration“ in Duisburg
Andreas von der Heydt, Stadt Duisburg
- ab 19.00 Uhr Erfahrungsaustausch/Diskussion
„Lokal“-Termin

Freitag, den 11.6.1999

- 9.00 Uhr Einführung und Moderation
Cornelia Rösler, Deutsches Institut für Urbanistik
- 9.10 Uhr Die Einbeziehung der Privatwirtschaft in Lokale Agenda 21-Prozesse:
Beispiel: Territorialer Pakt für Beschäftigung und Standortsicherung
Berlin-Neukölln
Jörg Taubert, Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, Berlin
- 9.40 Uhr Beispiel 2: Aktivitäten zur Integration der Wirtschaft in den Lokale
Agenda 21-Prozeß in Hannover
Silvia Hesse, Landeshauptstadt Hannover
- 10.10 Uhr Erfahrungsaustausch/Diskussion
- 10.40 Uhr Kaffeepause
- 11.10 Uhr Kommunikation, Beteiligung und Kooperation im Rahmen der Lokalen
Agenda 21
Prof. Klaus Selle, Universität Hannover und Bürgerbüro Hannover
- 11.45 Uhr Erfahrungsaustausch/Diskussion

Teilnehmerliste

	<i>Name</i>	<i>Dienststelle</i>
Herr	Ahlke	Stadtverwaltung Erfurt
Frau	Barelmann	Stadt Lüneburg
Herr	Baumann	Stadt Aachen
Frau	Borchert	Agenda 21-Lüneburg e.V.
Herr	Brons	Stadt Krefeld
Herr	Doert	Stadt Hamm
Frau	Dr. Fischer	Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Herr	Dr. Hentze	Stadt Düsseldorf
Herr	Dr. Löhr	Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Herr	Ebeler	Niedersächsischer Städtetag, Hannover
Herr	Eidenmüller	Stadt Karlsruhe
Frau	Fischer	Stadt Hamm
Frau	Freihube	Stadtverwaltung Cottbus
Herr	Fricke	Stadtverwaltung Recklinghausen
Herr	Fuß	Landeshauptstadt München
Herr	Groksch	Brauchbar gGmbH, Würzburg
Frau	Hamm	Umweltamt Zehlendorf
Herr	Hastedt	Stadtverwaltung Chemnitz
Herr	Hennerkes	Beigeordneter für Umwelt und Wirtschaft, Deutscher Städtetag, Köln
Frau	Hesse	Stadtverwaltung Hannover
Herr	Jerosch	Stadt Hamburg
Frau	Kitzig	Stadtverwaltung Potsdam
Frau	Kleisinger	Stadt Rastatt
Frau	Kutzner	Hansestadt Rostock
Herr	Liebmann	Stadt Köln
Frau	Lienemann	Stadt Plauen
Herr	Littkopf	Hansestadt Greifswald

	<i>Name</i>	<i>Dienststelle</i>
Herr	Löchle	Stadt Dortmund
Herr	Lottermoser	LH Saarbrücken
Frau	Manz-Keinke	Stadt Lüneburg
Frau	Markwitz	Umweltamt Zehlendorf
Herr	Marwede	Amt für Umweltschutz Neuss
Herr	Materne	Stadt Oranienburg
Frau	Meliß	Stadt Stralsund
Frau	Meyer	LH Saarbrücken
Herr	Mühlbach	Stadt Weimar
Herr	Müller	Stadtverwaltung Neuruppin
Herr	Nagat	Stadtverwaltung Saalfeld
Herr	Nix	Stadt Oranienburg
Herr	Prof. Selle	Universität Hannover
Frau	Püttbach	Stadt Minden
Herr	Putz	Stadt Remscheid
Frau	Rösler	Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Herr	Rühmer	Gemeinde Schäftlarn
Herr	Schmitt	Stadt Würzburg
Herr	Schnauss	Bezirksamt Spandau von Berlin
Herr	Scholz	Stadt Wuppertal
Herr	Schuler	Bezirksamt Berlin-Wilmersdorf
Frau	Schumpp	Senatsverwaltung für Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales und Umweltschutz Bremen
Herr	Schütze-Sieff	Niedersächsischer Städtetag Hannover
Frau	Seidel	Stadt Nürnberg
Frau	Seiffert	Agenda-Büro Wismar
Herr	Tannert	Stadt Stralsund
Herr	Taubert	Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen, Berlin
Herr	Temelli	Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit Bremen

	<i>Name</i>	<i>Dienststelle</i>
Herr	Tietz	Stadt Osnabrück
Frau	Timm	Lokale Agenda 21 für Dresden e.V.
Herr	Trapp	Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Herr	Trüger	Stadtverwaltung Freiberg
Herr	von der Heydt	Stadtverwaltung Duisburg
Frau	Wickop	LH Wiesbaden
Herr	Woitunik	Büro Lokale Agenda 21, Gera
Herr	Zimmermann	Stadt Heidelberg